

Humer, Alexandra

Research Report

Solidarität mit Nicaragua? Städtepartnerschaften als Beispiel kommunaler EZA in Österreich und ihre Rolle in der OEZA

ÖFSE-Forum, No. 55

Provided in Cooperation with:

Austrian Foundation for Development Research (ÖFSE), Vienna

Suggested Citation: Humer, Alexandra (2013) : Solidarität mit Nicaragua? Städtepartnerschaften als Beispiel kommunaler EZA in Österreich und ihre Rolle in der OEZA, ÖFSE-Forum, No. 55, ISBN 978-3-902906-02-1, Südwind-Verlag, Wien, <https://www.oefse.at/publikationen/oefse-forum/detail-oefse-forum/publication/show/Publication/Solidaritaet-mit-Nicaragua/>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/268137>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Alexandra Humer

Solidarität mit Nicaragua?

**Städtepartnerschaften
als Beispiel kommunaler EZA
in Österreich und ihre Rolle
in der OEZA**

ÖFSE **F O R U M**

55

Alexandra Humer

SOLIDARITÄT MIT NICARAGUA?

**Städtepartnerschaften als Beispiel kommunaler EZA in Österreich
und ihre Rolle in der OEZA**

Juni 2013

1. Auflage 2013

© Österreichische Forschungsstiftung für Internationale Entwicklung (ÖFSE)

A-1090 Wien, Sensengasse 3, Telefon: (+43 1) 317 40 10, Fax: (+43 1) 317 40 10-150

e-mail: office@oefse.at, internet: www.oefse.at

Für den Inhalt verantwortlich: Alexandra Humer

Cover: Grieder Graphik

Druck: Facultas Wien


Südwind-Verlag

ISBN: 978-3-902906-02-1

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie;
detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

finanziert durch die

Österreichische
 **Entwicklungszusammenarbeit**

Vorwort

„Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker“ mit diesem bekannten Zitat von Ernesto Cardenal leitet Alexandra Humer ihre Arbeit ein. Ihr Erkenntnisinteresse beruht auf vielen Aufenthalten in Lateinamerika sowie auf einem kritischen Bewusstsein und vielen Fragen, mit denen sie die österreichische Solidaritätsbewegung mit Nicaragua analysiert. Dabei widmet sie sich besonders den Städtepartnerschaften, die seit den 1980er-Jahren als Instrument der Entwicklungszusammenarbeit (EZA) betrachtet werden. Auch in Österreich sind in diesem Zeitraum einige Städtepartnerschaften mit Städten des globalen Südens entstanden, vor allem mit Städten in Nicaragua. Das Engagement der Solidaritätsbewegung sowie vieler österreichischer Nichtregierungsorganisationen (NGOs) in Nicaragua führte letztlich auch dazu, dass Nicaragua ein Schwerpunktland der österreichischen EZA wurde. Mit dem Jahr 2013 wird jedoch Nicaragua von der Liste der Schwerpunktländer der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (OEZA) gestrichen und die bilaterale Zusammenarbeit zwischen Österreich und Nicaragua beendet.

Vor diesem Hintergrund untersucht Alexandra Humer in ihrer Arbeit einerseits Städtepartnerschaften als Beispiel kommunaler EZA und analysiert, welchen Beitrag Städtepartnerschaften zur EZA in Österreich leisten. Dazu bedarf es einer Darstellung von Theorien über kommunale EZA sowie über Städtepartnerschaften. Sie versucht, Definitionen für die Begriffe kommunale EZA und Städtepartnerschaft zu finden, erkennt dabei jedoch, dass diese vielfältig sind und nicht einer einheitlichen Kategorisierung unterzogen werden können. Ein konkretes Beispiel, nämlich die Städtepartnerschaft Wels – Chichigalpa, dient schließlich als praktisches Exempel für eine solche Form der kommunalen EZA. Mittels qualitativer Interviews werden Fakten und Erkenntnisse über diese Städtepartnerschaft gewonnen. Ein Fokus wird auf die Vorteile und Nachteile kommunaler EZA gelegt, diese werden für die Städtepartnerschaft überprüft und damit gelingt es ihr, den Beitrag der Städtepartnerschaft zur EZA sichtbar zu machen. Andererseits geht Alexandra Humer der Frage nach, in welchem Verhältnis die kommunale EZA zur staatlichen EZA steht. Dies wird anhand des Rückzugs der OEZA aus Nicaragua deutlich gemacht.

Abgerundet wird die Arbeit mit einem kurzen Überblick über die OEZA sowie speziell über die OEZA mit Nicaragua. Sowohl die Entstehungsgeschichte als auch aktuelle Tendenzen und Gründe für die Entscheidung, Nicaragua als Schwerpunktland zu streichen, werden erläutert. Die Städtepartnerschaft Wels – Chichigalpa zeigt folglich, dass zwar Abhängigkeiten zur staatlichen EZA bestehen, diese jedoch das Funktionieren und Fortbestehen der Städtepartnerschaft nicht wesentlich beeinträchtigen. Die gelungene Mischung aus Literaturrecherche, Interviews und Reiseerfahrung macht die Diplomarbeit zu einer hervorragenden Arbeit über die kommunale EZA in Nicaragua.

Dr. Michael Obrovsky
Leiter des Bereichs Wissenschaft & Forschung der ÖFSE



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Solidarität mit Nicaragua? Städtepartnerschaften als
Beispiel kommunaler EZA in Österreich und ihre Rolle in
der OEZA“

Verfasserin

Alexandra Humer, BA

angestrebter akademischer Grad

Magistra (Mag.)

Wien, 2013

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 057 390

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Internationale Entwicklung

Betreuerin ODER Betreuer:

Prof. DDr. Wolfgang Dietrich

Danksagung

Diese Diplomarbeit wäre ohne die Unterstützung vieler Menschen nicht so zustande gekommen, wie sie nun vorliegt.

An erster Stelle möchte ich mich bei meinem Betreuer Prof. DDr. Wolfgang Dietrich für die kompetente Betreuung und die hilfreichen wissenschaftlichen Ratschläge bedanken. Danke auch für die unverzüglichen und positiven Rückmeldungen.

Mein größter Dank richtet sich an meine Familie, die mich während der gesamten Studienzzeit unterstützt hat. Meine Eltern, Veronika und Klaus, waren mir stets eine Hilfe und haben mich in Zeiten des Verzagens immer wieder motiviert und aufgebaut. Neben dieser moralischen Unterstützung war es natürlich auch ihre finanzielle Großzügigkeit, die es mir ermöglicht hat, dieses Studium erfolgreich zu beenden. Verena, meiner wunderbaren Schwester, möchte ich besonders danken. Denn sie war zu jeder Stunde und an jedem Ort zur Stelle und ist mir während des Schreibens nicht nur emotional zur Seite gestanden, sondern hat mit ihren wertvollen Anmerkungen und Korrekturen Wesentliches zu dieser Diplomarbeit beigesteuert. Weiters gilt mein Dank meinem Freund, Chris, der mir immer geduldig und aufmerksam zugehört hat und der immer für mich da war. Seine kritischen Kommentare zur Diplomarbeit waren sehr hilfreich.

Meinen drei besten Freundinnen und Mitbewohnerinnen, Carina, Corina und Sarah, möchte ich für den Austausch über meine Diplomarbeit und für ihr offenes Ohr danken. Sie haben mich, wenn nötig, abgelenkt und mich immer wieder motiviert.

Danken möchte ich auch den Interviewpartnern, die sich die Zeit genommen haben, mir viele Fragen bezüglich der Städtepartnerschaft zu beantworten. Im Speziellen bedanke ich mich bei Herrn Mag. Retzl, der auch die mühevollen Arbeit des Korrekturlesens übernommen hat. Vielen Dank.

Zuletzt spreche ich meinen Dank der gesamten Fachbereichsbibliothek Soziologie und Politikwissenschaft aus, in deren Räumlichkeiten ich nicht nur den Großteil der Diplomarbeit verfasst habe, sondern wo ich in den Schreibpausen von den nettesten KollegInnen umgeben war.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
1.1	Perspektivenbildung.....	1
1.2	Erkenntnisinteresse.....	4
1.3	Methode.....	8
1.4	State of Art.....	10
2	Österreichische Entwicklungszusammenarbeit	12
2.1	Hintergrund und Entstehungsgeschichte der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit.....	13
2.2	Fakten, Merkmale und Struktur der OEZA.....	17
2.2.1	Das Entwicklungszusammenarbeitsgesetz – EZA-G 2002/2003.....	17
2.2.2	Akteure in der OEZA.....	19
2.2.2.1	Öffentliche Akteure.....	19
2.2.2.2	Private Akteure.....	22
2.2.3	Internationale Rahmenbedingungen und Einflussfaktoren.....	26
2.2.4	Schwerpunkte und Schwerpunktländer in der OEZA – aktuelle Trends.....	28
2.2.5	Finanzielles Volumen.....	29
2.2.5.1	Bilaterale EZA.....	32
2.2.5.2	Multilaterale EZA.....	33
3	Kommunale Entwicklungszusammenarbeit	35
3.1	Was bedeutet kommunale EZA?.....	36
3.2	Internationale Verankerung kommunaler EZA.....	38
3.3	Vorteile und Nachteile kommunaler EZA.....	41
3.4	Städte und Gemeinden als Akteure der Entwicklungszusammenarbeit in Österreich.	45
3.5	Städtepartnerschaften als Beispiel kommunaler EZA in Österreich.....	48
3.5.1	Was sind Städtepartnerschaften?.....	49
3.5.2	Entstehungsgeschichte der Städtepartnerschaften.....	51
3.5.3	Struktur und Organisation von Städtepartnerschaften.....	54
3.5.4	Aktionsbereiche der Städtepartnerschaften.....	56
3.6	Zusammenfassung.....	57
4	Nicaragua – Entwicklung und aktuelle Trends	59
4.1	Geschichtlicher Abriss.....	60

4.2	Aktuelle Entwicklung.....	67
4.3	Nicaragua als Empfängerland	69
5	Österreichische Entwicklungszusammenarbeit mit Nicaragua.....	73
5.1	Entstehungsgeschichte	73
5.1.1	Exkurs: Solidaritätsbewegung mit der sandinistischen Revolution.....	75
5.2	Nicaragua als Schwerpunktland der OEZA	79
5.3	Finanzielle Entwicklungen der OEZA mit Nicaragua	81
5.4	Aktuelle Trends – Ende der bilateralen EZA mit Nicaragua	83
6	Städtepartnerschaften in Oberösterreich	91
6.1	Der Verein CHICA Nicaragua und CHICA Austria.....	92
6.2	Städtepartnerschaft Wels – Chichigalpa	95
6.2.1	Entstehungsgeschichte	95
6.2.2	Struktur und Organisation der Städtepartnerschaft in Wels.....	96
6.2.2.1	Verein Nicaragua-Komitee Wels	99
6.2.3	Struktur und Organisation der Städtepartnerschaft in Chichigalpa.....	100
6.2.3.1	ASDECOSI	101
6.2.4	Aktionsbereiche und Projekte	102
6.2.5	Finanzierung.....	106
6.2.6	Erfolge und Probleme.....	107
6.2.7	Die Zukunftsperspektive der Städtepartnerschaft Wels – Chichigalpa.....	111
6.3	Die Städtepartnerschaft Wels – Chichigalpa als Beispiel kommunaler EZA	113
6.3.1	Vorteile und Nachteile kommunaler EZA am Beispiel der Städtepartnerschaft Wels – Chichigalpa	115
7	Conclusio	119
8	Bibliographie.....	125
	Abbildungsverzeichnis	141
	Abkürzungsverzeichnis	142
	Abstract	145
	Lebenslauf.....	147

1 Einleitung

1.1 Perspektivenbildung

„Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker“ – ein berühmtes Zitat von Ernesto Cardenal¹, das vor allem hier in Österreich vielen Menschen bekannt ist. Die Solidaritätsbewegung mit Nicaragua, die in den 1980er Jahren ihren Höhepunkt erreicht hatte, bezieht sich immer wieder auf dieses treffende Zitat und fordert auch nach über 20 Jahren Solidaritätsbewegung diese nach wie vor ein. Wie aber bin ich auf das Thema der vorliegenden Arbeit gekommen und was hat mich dazu angetrieben mehr über Nicaragua und die Solidaritätsbewegung zu erfahren?

Ich wurde in Wels in Oberösterreich geboren und habe dort ein Gymnasium mit Sprachenschwerpunkt besucht. Ab der 3. Klasse Unterstufe habe ich mich folglich für Spanisch entschieden und stehe seither mit dieser Sprache in engem Kontakt. Daher kommt auch mein verstärktes Interesse für den spanischsprachigen Raum. Im Februar 2004 ergriff ich die Möglichkeit eines Schulaustausches in Chile. Ich entschied mich aus verschiedenen Gründen für dieses Land in Südamerika. Ich wollte weit von zu Hause weg und meine Sprachkenntnisse verbessern. Es war meine Absicht eine neue Kultur und neue Menschen kennen zu lernen – mich in einer neuen und unbekanntem Umgebung zu integrieren. Es sollte deswegen auch ein Land sein, in dem ich eine für mich neue Kultur erleben konnte. Ich war damals noch sehr jung (15 Jahre), aber sehr neugierig und wissbegierig. Die sechs Monate vergingen wie im Flug und waren ein voller Erfolg. Ich habe eine enge Beziehung zu Land und Leuten aufgebaut. In meinen Erwartungen wurde ich keineswegs enttäuscht und ich würde dieses Auslandssemester jederzeit nochmals machen. Mit diesem Aufenthalt hat sich einerseits mein Spanisch verbessert und andererseits mein Interesse für Lateinamerika verstärkt. Die sechs Monate hatten auch mich als Person beeinflusst. Prägend für mich war der Umgang der Leute miteinander. Mein Eindruck war, dass viele Menschen in Chile herzlicher und offener als die meisten ÖsterreicherInnen sind. Ein spanisches Wort dafür wäre „cariñoso“. Eine Eigenschaft, die meiner damaligen Meinung nach in Österreich nicht zu finden war. Neben meinen neuen FreundInnen und der netten Gastfamilie war es die Freundlichkeit der ChilenInnen, die es mir ermöglichte, mich dort so wohl zu fühlen. Was mich anfangs überraschte, war der Umgang vieler ChilenInnen mit meiner Herkunft. Es schien so, als sei für sie Europa etwas Besonderes und grundsätzlich Gutes. Alles, was aus

¹ Dieses Zitat wird oft auch Ernesto Che Guevara oder Gioconda Belli zugeschrieben. Siehe Köhler 2005:158

Europa kommt, ist positiv und erstrebenswert. Ich als Europäerin wurde in Chile mit offenen Armen aufgenommen. Das überraschte mich, denn immerhin waren es vor allem Menschen aus Europa, die Südamerika kolonialisierten. Und wenn ich an Österreich dachte - da waren keineswegs alle AusländerInnen willkommen. Im Laufe der Zeit wurde mir allerdings klar, dass es auch in Chile unerwünschte ZuwanderInnen aus Nachbarstaaten und starke Diskriminierung gegenüber Minderheiten gibt. Ich musste zur Kenntnis nehmen, dass die Hautfarbe, die Sprache und überhaupt das Herkunftsland äußerst wichtig sind für den Umgang der Menschen untereinander. Ich diskutierte mit vielen Bekannten in Chile über Europa und die USA und deren Begeisterung für diese Staaten. Meine Absicht war es, ihnen aufzuzeigen, dass es auch in den sogenannten westlichen Ländern negative Entwicklungen gibt und dass nicht alles so großartig und perfekt ist, wie es scheint. Chile ist bekannt für die sehr frühe Implementierung des neoliberalen Modells und diese Strukturen prägen das Land auch heute noch maßgeblich. Die Privatschulen und das Sozialsystem im Gesamten, merkte ich damals, haben sich von jenen, die ich aus Österreich kannte, unterschieden. Zu dieser Zeit befasste ich mich noch nicht mit den Problemen und Konsequenzen des Neoliberalismus oder mit Kulturimperialismus. Mit den Theorien zu meinen Erfahrungen beschäftigte ich mich erst nach meiner Rückkehr und vor allem während meines Studiums. Die strukturellen und sozialen Probleme, die es in Chile gibt, konnte ich zwar schon damals beobachten, reflektierte sie aber erst im Nachhinein. Verwundert war ich auch über den Umgang mit ihrer Vergangenheit. Ein heikles Thema war vor allem die Pinochet-Diktatur. Einige wollten nicht über diese Zeit sprechen, andere wiederum bekannten sich sofort als Pinochet-AnhängerInnen und schwärmten von dieser Zeit, was mich zutiefst verwunderte. Die differenzierten und konträren Meinungen über die Pinochet-Diktatur weckten mein Interesse, weshalb ich mich später auch intensiv damit auseinandersetzte. Dies sind Beispiele, die veranschaulichen sollen, was ich damals erleben und mitnehmen durfte. Ich durfte sowohl positive als auch negative Erfahrungen machen. Der Alltag in Österreich holte mich zwar schnell wieder ein, aber eines blieb, die Erinnerungen an eine wunderschöne und aufregende Zeit. Im Nachhinein würde ich behaupten, dass mich die Zeit in Chile zu einem selbstsichereren, weltoffeneren, aber vor allem kritischeren Menschen gemacht hat. Die oben genannten Erfahrungen und Erkenntnisse regten mich zum weiteren Nachdenken über globale Zusammenhänge an. Ich entwickelte ein stärkeres Bewusstsein für internationale Problemstellungen, was einerseits der Ursprung meines Interesses für Lateinamerika und andererseits auch ein Grund für meine Studienwahl Internationale Entwicklung und Politikwissenschaft war. Folglich habe ich auch im Studium

einen Lateinamerika-Schwerpunkt gesetzt und meine Bachelorarbeit in Politikwissenschaft über Zivilgesellschaft und Demokratisierung in Chile geschrieben.

Es war Zeit, mich einem neuen Thema zu widmen und mich mit einer neuen Region zu beschäftigen. Im Laufe des Studiums belegte ich einige Seminare, die das Land Nicaragua und Mittelamerika zum Schwerpunkt hatten. Ich war von der Entwicklung Nicaraguas beeindruckt. Demnach beschloss ich, mich über die Seminare hinaus mit Nicaragua auseinanderzusetzen. Auch Nicaragua war, wie viele Länder Lateinamerikas, lange Zeit eine Diktatur. Ich wusste einiges über die Diktatur in Chile und befasste mich auch damit, warum eine Diktatur so lange Zeit von der Bevölkerung sowie von der internationalen Gemeinschaft akzeptiert wird. So wie in Chile spielten auch in Nicaragua die USA eine wesentliche Rolle für das Fortbestehen der Diktatur. Warum unterstütze ein Land wie die USA, welches als eines der demokratischen Vorbilder angesehen wird, rechte Diktatoren, die schwere Menschenrechtsverletzungen begehen? Mit dem Ende der Diktatur in Nicaragua hörte ich erstmals von einer etwas anderen Möglichkeit, einen Diktator zu stürzen. Auf das autoritäre System in Nicaragua folgte die sandinistische Revolution. Die sandinistische Revolution und ihr Ausgang weckten besonderes Interesse bei mir. Ich las viele Erfahrungsberichte, die voller Begeisterung geschrieben waren. Vermittelt wurde, dass eine Veränderung von unten möglich ist. Warum die *Frente Sandinista de Liberación Nacional* (FSLN) dann schließlich abgewählt wurde und Nicaragua trotz der großen Euphorie in den 1980er Jahren heute immer noch als sehr armes und „unterentwickeltes“ Land bezeichnet werden kann, interessierte mich. Schon bald erhielt ich auch davon Kenntnis, dass Österreich eine besondere Beziehung zu Nicaragua hat. Die Tatsache, dass viele ÖsterreicherInnen die sandinistische Revolution in verschiedensten Formen unterstützt haben, verwunderte mich. Denn in meinen Augen ist heutzutage von dieser Form der Solidarität und dem Engagement, wie es von vielen beschrieben wird, nur mehr wenig übrig. Heute wäre es unvorstellbar, dass sich Menschen zusammentun, um gemeinsam aus Solidarität aufzubrechen, in ein Land reisen und eine Revolution unterstützen.

Die romantische Vorstellung, die Welt zu verändern, und der Versuch der Solidaritätsbewegungen, dies auch umzusetzen, faszinieren mich. Die daraus resultierenden Städtepartnerschaften zeigen, dass trotz der späteren Niederlage der FSLN und der scheinbar vergangenen Euphorie bis heute etwas von dieser Solidaritätsbewegung überlebt hat. Auch Wels hat in Nicaragua eine Partnerstadt, welche vom Welser Nicaragua-Komitee unterstützt wird. Die Partnerstadt heißt Chichigalpa, eine fast so große Stadt wie Wels, welche sich in der

Nähe von León befindet. Das Nicaragua-Komitee ist im Zuge der Solidaritätsbewegungen mit den SandinistInnen in den 1980er Jahren entstanden. Auch heute führt es noch Tätigkeiten aus und ist immer noch aktiv. Bekannt war mir das Nicaragua-Komitee deshalb, weil ein Lehrer meiner ehemaligen Schule, Mag. Werner Retzl, Präsident des Nicaragua-Komitees ist. Über Erzählungen erfuhr ich, dass es das Nicaragua-Komitee gibt. Ich als Studentin der Internationalen Entwicklung habe mich während des Studiums für dessen Projekte und Aktivitäten interessiert und habe mich mit Mag. Retzl getroffen, denn es sind weder über das Internet noch über andere Medien detaillierte Informationen über die Partnerschaft zu finden. Ich wollte vor allem wissen, welche Rolle Städtepartnerschaften in der Entwicklungszusammenarbeit einnehmen. Das Gespräch mit Herrn Mag. Retzl war sehr spannend und aufschlussreich. Die Erzählungen über Nicaragua und die Begeisterung für dieses Land erweckten auch bei mir Fernweh, weshalb ich mich entschied, im Sommer 2011 Zentralamerika zu bereisen. Ich nahm schließlich Kontakt zum Partnerverein der Stadt Wels ASDECOSI (*Asociación para el desarrollo comunal con la solidaridad internacional*) in Chichigalpa auf. Nach nur wenigen Tagen bekam ich die Antwort, dass ich jederzeit vorbeikommen könnte, was ich schließlich im August des letzten Sommers auch tat. Zu diesem Zeitpunkt hatte ich schon in Erwägung gezogen, meine Diplomarbeit über Nicaragua zu verfassen. Demnach wollte ich auch in Nicaragua einige Gespräche mit Beteiligten der Städtepartnerschaft führen. Aus Zeitgründen konnte ich leider nicht wie geplant mit mehreren Personen, wie z.B. mit Dr. Elmer Zelaya, dem Präsidenten des Koordinationsbüros CHICA (*Coordinación de Hermanamientos e Iniciativas de Cooperación Austríaca*), ein Gespräch führen. Das Wichtigste war jedoch, dass ich den Verein ASDECOSI und die Stadt Chichigalpa selbst besuchen konnte.

1.2 Erkenntnisinteresse

Nach Gesprächen mit dem Präsidenten des Welser Nicaragua-Komitees und mit den MitarbeiterInnen des Vereins ASDECOSI und aufgrund meines Hintergrundwissens über Nicaragua verstärkte sich der Wunsch, mehr über dieses Land herauszufinden. Besonders interessiert haben mich die Entwicklung des Landes und das Verhältnis zwischen Österreich und Nicaragua. Ich stellte mir schon vor der Reise viele Fragen:

Wie und warum kam es zu dieser Solidarität mit Nicaragua in den 1980er Jahren? Waren es ausschließlich politisch und ideologisch motivierte Menschen, die an der

Solidaritätsbewegung beteiligt waren? Wie konnte das Interesse auf Nicaragua gelenkt werden, warum nicht ein anderes Land? Wie sind schließlich die Städtepartnerschaften entstanden? Wie viele gibt es in Österreich, und gibt es mit Städten anderer Länder auch Städtepartnerschaften? Wie funktionieren sie und wer ist daran beteiligt? Woher kommen die finanziellen Mittel? Wer genau bekommt in Nicaragua Unterstützung und wie sehen die Strukturen dort aus? Welche Erfolge sind bisher zu verzeichnen? Können sie als NGOs oder als Regierungsorganisation bezeichnet werden? Was bedeuten die Städtepartnerschaften in entwicklungspolitischer Hinsicht? Es gäbe noch viele weitere Fragen, die bezüglich der Städtepartnerschaften gestellt werden könnten.

Das Ziel der Reise nach Nicaragua war unter anderem, Antworten auf einige der oben gestellten Fragen zu finden. Denn schon bald musste ich feststellen, dass es beinahe keine wissenschaftliche Literatur oder Dokumentationen über die Städtepartnerschaft gibt. Hierzu war eben nicht nur das Gespräch mit Mag. Retzl sehr nützlich, sondern auch die Gespräche mit Elmer Gomez, Präsident von ASDECOSI, und Luz Marina Aragon, langjährige Mitarbeiterin von ASDECOSI. Ich wurde sehr herzlich und freundlich empfangen. Wir besichtigten die Projekte, welche entweder schon durchgeführt wurden oder immer noch laufen. Es war sehr aufschlussreich zu sehen, wo das Geld wirklich investiert wird und was damit bewirkt wird. Ich konnte beobachten, wie so eine Partnerschaft aufgebaut ist und wer daran wirklich beteiligt ist, nicht nur auf österreichischer Seite.

Von der Reise nach Nicaragua habe ich auch persönlich sehr viel mitgenommen. Das Land hat mich sehr beeindruckt und fasziniert. Auch politisch und wirtschaftlich hat sich Nicaragua sehr interessant entwickelt. Die Spuren der Revolution sind heute noch im ganzen Land sichtbar. Außerdem konnte ich mit eigenen Augen sehen, was Entwicklungszusammenarbeit auf freiwilliger und kommunaler Basis bedeuten und bewirken kann. Wie stark diese Form der Entwicklungszusammenarbeit aber von persönlichen Kontakten und Vorlieben vor allem in Österreich abhängig ist, konnte ich auch beobachten. Die Frage ist schließlich, wie die Zukunft der Städtepartnerschaft aussehen wird. Sind die TrägerInnen der Städtepartnerschaft immer noch jene der Solidaritätsbewegung aus den 1980er Jahren? Oder gibt es auch neue und vielleicht jüngere Gesichter, die eine Zukunft der Städtepartnerschaft ermöglichen werden?

Aufgrund meiner oben dargestellten persönlichen Beziehung zu Nicaragua sowie aufgrund meiner Erfahrungen, die ich im Laufe meines Studiums und durch meine Reise nach

Nicaragua gemacht habe, soll im Zuge meiner Diplomarbeit dieses kleine, aber beeindruckende Land thematisiert werden.

Wie gezeigt wurde, gäbe es etliche offene Fragen bezüglich der Entwicklung Nicaraguas und der Städtepartnerschaften, die im Zuge einer Diplomarbeit abgehandelt werden könnten. Dennoch möchte ich einen Schritt weiter gehen und die kommunale Entwicklungszusammenarbeit mit der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit Österreichs in Zusammenhang bringen. Das österreichische Koordinationsbüro in Managua wurde im Jahr 1986 eröffnet. Die Aufnahme Nicaraguas als Schwerpunktland der OEZA steht in engem Zusammenhang mit den Solidaritätsbewegungen der 1980er Jahre, ähnlich wie bei den Städtepartnerschaften. Jedoch wird die OEZA ab dem Jahr 2013 Nicaragua als Schwerpunktland streichen. Das Koordinationsbüro wurde bereits im Mai 2012 geschlossen. Im Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungspolitik 2010-2012 des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten (BMeiA) wird zwar darauf hingewiesen, dass die Erfolge der bisherigen Zusammenarbeit abgesichert werden und diverse Projekte in Eigenverantwortung überlassen oder an andere Geber vermittelt werden sollen. Allerdings bleibt abzuwarten, wie dieser Übergang in der Praxis aussehen wird. Ein vermeintlicher Grund für das Ende der bilateralen Zusammenarbeit mit Nicaragua kann bereits im Vorwort des Dreijahresprogramms von Außenminister Dr. Spindelegger gefunden werden. Denn aufgrund der aktuellen finanziellen und wirtschaftlichen Lage sind auch im Bereich EZA budgetäre Kürzungen nötig. Warum dies allerdings die Streichung eines Schwerpunktlandes der OEZA impliziert und die Entscheidung auf Nicaragua gefallen ist, wird folglich nicht thematisiert. Ist in Österreich die Nicaragua-Euphorie am Ende? Oder benötigt Nicaragua mittlerweile keine finanzielle Hilfe mehr? Haben politische Ereignisse, wie die Präsidentschaftswahl Daniel Ortegas (FSLN), einen Einfluss auf die Ausrichtung der OEZA? Wie sieht demnach die Zukunft der OEZA mit Nicaragua aus?

Fragen wie diese sollen in der Diplomarbeit abgehandelt werden, um einerseits aufzuzeigen, wie sich die OEZA mit Nicaragua in den letzten Jahren entwickelt hat und wie die Zukunft der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit mit Nicaragua aussehen könnte. Das Ende der bilateralen EZA mit Nicaragua wirft die Frage nach alternativen Möglichkeiten für ein Fortbestehen der EZA mit Nicaragua auf. Somit stellt sich andererseits die Frage, ob möglicherweise andere Formen der EZA, wie Städtepartnerschaften, in Zukunft mehr zum Tragen kommen werden. Es soll demnach dargestellt werden, inwieweit auch Städtepartnerschaften relevante Akteure der EZA in Österreich sind.

Daraus ergibt sich folgende Forschungsfrage, die es im Zuge der Diplomarbeit zu untersuchen gilt:

Welchen Beitrag leisten kommunale Formen der Entwicklungszusammenarbeit, wie die Städtepartnerschaften Wels – Chichigalpa, zur Entwicklungszusammenarbeit in Österreich und in welchem Verhältnis stehen diese zur staatlichen Entwicklungszusammenarbeit?

Das Ziel der Diplomarbeit soll folglich eine wissenschaftliche Bearbeitung eines bisher unbehandelten Themas sein. Es gibt zwar ausreichend Literatur zum Thema EZA mit Nicaragua sowie einige wenige Veröffentlichungen zu den Städtepartnerschaften, jedoch gibt es bisher keine Publikationen zu der aktuellen Situation der Städtepartnerschaften Österreich – Nicaragua im Bezug zur staatlichen EZA. Die Städtepartnerschaften werden im Rahmen der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit untersucht und sollen als Beispiel der kommunalen EZA dargestellt werden. Da ich zum einen aufgrund meiner Herkunft einen persönlichen Bezug zu Oberösterreich habe und zum anderen vergleichsweise viele Städte in Oberösterreich eine Partnerstadt in Nicaragua haben, möchte ich mich regional auf Oberösterreich spezialisieren. Neben Wels haben auch Linz, Braunau und Traun Städtepartnerschaften mit Städten in Nicaragua. Das Interesse seitens der Städte an einer Partnerschaft mit nicaraguanischen Städten scheint in Oberösterreich besonders hoch zu sein. Da eine Ausarbeitung und Analyse aller vier Städtepartnerschaften den Rahmen dieser Diplomarbeit sprengen würde, konzentriere ich mich auf die Welser Städtepartnerschaft mit Chichigalpa.

Die Diplomarbeit gliedert sich in zwei Teile. Im ersten Teil wird ein theoretischer Überblick über die österreichische Entwicklungszusammenarbeit (OEZA), die kommunale EZA sowie über die EZA mit Nicaragua gegeben. Die oben angeführte Forschungsfrage impliziert in einem ersten Schritt eine allgemeine Darstellung der OEZA, um relevante Begriffe und Hintergründe der OEZA aufzuzeigen. Des Weiteren ist eine nähere Erläuterung der Bezeichnung kommunaler Entwicklungszusammenarbeit nötig. Es wird dargelegt, was unter kommunaler Entwicklungszusammenarbeit verstanden werden kann und welche Ansätze es gibt, diese einzuordnen und zu definieren. Darüber hinaus wird kurz aufgezeigt, welche Formen der kommunalen EZA derzeit existieren. In einem weiteren Kapitel soll ein Überblick über die Entstehung sowie Strukturen von Städtepartnerschaften im Allgemeinen gegeben werden. Diese werden als Form der kommunalen EZA betrachtet. Der Fokus liegt hier vor allem auf österreichischen Partnerschaften mit Städten in „Entwicklungsländern“. In einem

nächsten Schritt soll nach einem Abriss der Geschichte und der aktuellen politischen Lage Nicaraguas die OEZA mit Nicaragua näher beleuchtet werden. Dabei stellen sowohl die Entstehungsgeschichte als auch aktuelle Trends und Entwicklungen der OEZA mit Nicaragua wichtige Anhaltspunkte dar. Eine kritische Auseinandersetzung soll dabei nicht fehlen. Im zweiten Teil der Diplomarbeit wird konkret auf ausgewählte Beispiele der Städtepartnerschaften zwischen Städten in Oberösterreich und Nicaragua eingegangen. Es erfolgt eine nähere Betrachtung und Analyse der Städtepartnerschaft Wels – Chichigalpa. Entstehung, Strukturen und Merkmale werden dargestellt, um schließlich den Bogen zur kommunalen Entwicklungszusammenarbeit zu spannen. Anhand spezifischer Projekte und Aktivitäten der Städtepartnerschaften wird gezeigt, welchen Beitrag diese zur EZA leisten. In einem letzten Schritt wird dann der Versuch unternommen, die Rolle der Städtepartnerschaften in der staatlichen EZA darzustellen und damit auch das Verhältnis kommunaler EZA zur staatlichen EZA darzulegen. Im Zuge der Arbeit sollen die Interdependenzen und die Wechselwirkung zwischen den zwei Ebenen hervorgebracht werden.

1.3 Methode

Zur Beantwortung der zu Grunde liegenden Forschungsfrage ist es einerseits notwendig, allgemeine Literatur über die OEZA sowie deren Akteure heranzuziehen. Andererseits werden Interviews durchgeführt, um Informationen zu erhalten, die in der wissenschaftlichen Literatur nicht zu finden sind, und um Prozesse aufzudecken, die durch quantitative Erhebungen nicht sichtbar gemacht werden können.

Bei der Literaturanalyse wird wissenschaftliche Literatur über die Architektur und die Struktur der OEZA verwendet. Hierbei spielen vor allem die Veröffentlichungen der Österreichischen Forschungsförderung für Internationale Entwicklung (ÖFSE) eine wichtige Rolle. Es ist von großer Relevanz, die Analysen und Berichte kritisch zu betrachten und sie anderen wissenschaftlichen Publikationen gegenüberzustellen. Des Weiteren stellen Dokumente in Form von Jahres- und Entwicklungsstrategien des BMeiA und der ADA relevante Informationen zur Verfügung, welche vor allem zur Darstellung der aktuellen Situation der OEZA mit Nicaragua herangezogen werden. Mittlerweile existieren sehr viele Veröffentlichungen zum Thema EZA. Allerdings wurde dabei den Kommunen keine sehr wichtige Rolle zugeschrieben. Die kommunale EZA wird vor allem in österreichischen

Publikationen sehr selten thematisiert. Auch die Städtepartnerschaften waren bisher kaum Thema einer wissenschaftlichen Auseinandersetzung. In Deutschland und auch in anderen Ländern wurden bereits viele Studien und auch wissenschaftliche Texte zur kommunalen EZA verfasst, weshalb folglich auch auf diese Bezug genommen wird. Weiters werden bei der Darlegung und Erläuterung der Städtepartnerschaften vor allem Eigendarstellungen in Form von Prospekten, Zeitungsartikeln oder Internetseiten analysiert.

Mit Hilfe von Gesprächen mit involvierten Personen der Städtepartnerschaften und der Solidaritätskomitees werden weitere Erkenntnisse gewonnen, die in Form von Gesprächsprotokollen festgehalten wurden. Wichtige Gesprächsprotokolle entstanden bei einer Veranstaltung der Linzer Städtepartnerschaft, bei der ich als Forscherin Zugang zu unterschiedlichen Menschen der Städtepartnerschaften und Solidaritätskomitees hatte. Wichtige Eindrücke und Inhalte wurden mir auch bei meinem Besuch in Chichigalpa vermittelt, welche ich mittels Beobachtungsprotokoll und in Form eines sehr offenen Interviews dokumentiert habe. In weiterer Folge wurden auch ein narratives und zwei problemzentrierte Interviews² durchgeführt, um auch die Hintergrundinformationen von den Beteiligten der Städtepartnerschaft Wels – Chichigalpa zu erhalten. Qualitative Interviews eignen sich in diesem Fall deshalb, weil die persönlichen Erfahrungen und Verwicklungen der Interviewten in die Städtepartnerschaften wichtige Erkenntnisse über die Gründung, die Motivation, die Strukturen und die Zukunftsperspektive bringen können. Darüber hinaus soll mit Hilfe der Interviews die Rolle der Städtepartnerschaften in der OEZA sichtbar werden. Wichtige GesprächspartnerInnen sind vor allem die TrägerInnen und InitiatorInnen der jeweiligen Städtepartnerschaften sowie PolitikerInnen der jeweiligen Städte. Aus diesem Grund habe ich ein Interview mit dem Präsidenten des Nicaragua - Komitees Wels, Mag. Werner Retzl, geführt. Mag. Retzl engagiert sich seit Entstehung der Städtepartnerschaft für Chichigalpa und war stets im Nicaragua-Komitee Wels aktiv beteiligt. Das zweite Interview habe ich mit dem Bürgermeister der Stadt Wels, Dr. Peter Koits, geführt. Er ist als Bürgermeister der Stadt Wels für die Städtepartnerschaft zuständig und kennt sie auch seit ihrer Entstehung. Die Methode der Interviews findet vor allem bei der Analyse des Verhältnisses der Städtepartnerschaften zur staatlichen EZA Anwendung. Es wurden nicht nur Beteiligte der Städtepartnerschaften interviewt, sondern auch ein Mitarbeiter der ADA, Mag. Robert Zeiner. Er ist seit Gründung der ADA in der Abteilung Programme und Projekte International angestellt und hat mehrere Jahre in Nicaragua gelebt. Anhand der Interviews und

² Nähere Ausführungen zum narrativen Interview siehe Lamnek 2005: 357-362; nähere Ausführungen zum problemzentrierten Interview siehe Witzel 2000

der vorangestellten Literaturanalyse soll vor allem auf folgende Fragen eine Antwort gefunden werden:

In welchem Verhältnis stehen die Städtepartnerschaften zur staatlichen OEZA und bestehen Abhängigkeiten zu den staatlichen Gebern? Inwiefern beeinflussen Entscheidungsprozesse der OEZA die kommunale Entwicklungszusammenarbeit in Österreich und in weiterer Folge auch die Städtepartnerschaften? Inwieweit sind also die Städtepartnerschaften in struktureller und finanzieller Hinsicht von der Politik sowohl in Österreich als auch in Nicaragua abhängig? Können Städtepartnerschaften als eine ergänzende und alternative Form von Entwicklungszusammenarbeit betrachtet werden? Welche Zukunftsperspektive ergibt sich demnach für die Städtepartnerschaften?

Die Analyse der Interviews wurde mit Hilfe der Themenanalyse nach Froschauer und Lueger durchgeführt. (vgl. Froschauer/Lueger 2003) Kategorien wurden abgeleitet und die Interviews auf diese hin untersucht. Die Kategorien spiegeln sich im Inhaltsverzeichnis der Diplomarbeit wider.

1.4 State of Art

Dieses Kapitel gibt einen kurzen Überblick über den aktuellen Stand der Wissenschaft zum Thema.

Das Thema Entwicklungszusammenarbeit wird in vielen Büchern und wissenschaftlichen Journalen thematisiert. Eine Analyse aktueller Trends kann also stets gefunden werden. Relevant sind hier etwa das Journal für Entwicklungspolitik (JEP) oder auch die Publikationen der ÖFSE. Einen Überblick über die EZA in Österreich bieten auch Sammelbände wie „Entwicklungszusammenarbeit. Akteure, Handlungsmuster und Interessen.“ von Gomes, Maral-Hanak und Schicho. Die Hintergründe und die Praxis der EZA werden hier kritisch beleuchtet. Des Weiteren helfen vor allem Zeitungsartikel der österreichischen Medien sowie Zeitschriften wie „Südwind“, einen Eindruck vom derzeitigen Geschehen in der OEZA zu gewinnen. Gesetzesänderungen und Beschlüsse werden oft erst durch die Medien bekannt und auch kommentiert. Nicht zu vergessen sind die Entwicklungsstrategien und Veröffentlichungen der staatlichen Entwicklungsinstitutionen selbst, die konkret aufzeigen, welche Gesetze und Beschlüsse verabschiedet wurden. Dabei finden sich vor allem im Dreijahresprogramm des BMeiA und in der Landesstrategie der

ADA relevante Informationen, so auch der Beschluss, Nicaragua als Schwerpunktland zu streichen.

Bei der Aufarbeitung des Terminus kommunale Entwicklungszusammenarbeit werden vorwiegend Studien und Literatur aus Deutschland verwendet, da hierzulande dazu sehr wenig veröffentlicht wurde. Nützliche Studien werden hier von der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) „Kommunale Entwicklungszusammenarbeit“ und vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik „Kommunale Entwicklungspolitik in Deutschland“ bereitgestellt. Teil dieser Studien sind auch Diskussionen über die Bedeutung des Begriffes Kommunale Entwicklungszusammenarbeit. Das Thema „Internationale Entwicklungszusammenarbeit in Gemeinden“ wurde in der Diplomarbeit von Rehbogen bearbeitet. Der regionale Fokus richtet sich dabei auf die Gemeinden Salzburgs.

Sehr wenig wissenschaftliche Literatur ist zu den Städtepartnerschaften zu finden, vor allem in Österreich. Es sind zwar einige Diplomarbeiten zu Städtepartnerschaften in Österreich erschienen, die jeweils deren unterschiedliche Aspekte und Auswirkungen untersuchen, darüber hinaus wurde bisher aber wenig publiziert. Informationen über die Städtepartnerschaften werden daher vor allem von Internetportalen, Foldern oder Zeitungsartikeln und aus den Interviews gewonnen. Das Zentrum für Verwaltungsforschung (KDZ) veröffentlichte im Jahr 1997 eine Studie über bestehende Städtepartnerschaften in Österreich. Da diese Daten seither nicht aktualisiert wurden, wird diese Studie lediglich als Basisinformation dienen. Für die Darstellung aktueller Entwicklungen in Nicaragua stellen ebenfalls Zeitschriften nützliche Informationen zur Verfügung. Viele Informationen wurden hierfür der Zeitschrift „Lateinamerika Nachrichten“ und dem „Südwind“ entnommen.

2 Österreichische Entwicklungszusammenarbeit

In den folgenden Kapiteln wird ein Überblick über die wesentlichen Merkmale und Strukturen der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit oder Ost- und Entwicklungszusammenarbeit (OEZA) gegeben, um die theoretische Basis für die Bearbeitung der Forschungsfrage zu schaffen. Es ist notwendig, diverse Begriffe, Fakten und Tatsachen der OEZA darzustellen, um einerseits die aktuelle Situation der OEZA mit Nicaragua nachvollziehen zu können und um andererseits die Städtepartnerschaften, welche als kommunale Akteure der EZA verstanden werden, im Verhältnis zur staatlichen EZA zu betrachten. Das Ziel des folgenden Kapitels soll weder eine kritische Analyse der EZA in Österreich oder des Konzeptes der EZA im Allgemeinen sein, noch soll es eine Aufarbeitung diverser entwicklungstheoretischer Begriffe sein, die im Diskurs der Entwicklungszusammenarbeit immer wieder neu formuliert und diskutiert wurden. Dieses Kapitel dient dazu, überblicksartig Entwicklungen und Fakten der EZA aus der Perspektive der staatlich-öffentlichen Institutionen in Österreich vorzustellen. Denn diese Vorstellungen und Konzepte der OEZA haben direkten Einfluss auf andere, nicht-staatliche Akteure der EZA.

Folglich wird eine kurze Begriffsbestimmung zentraler Termini gegeben, um das Begriffsverständnis der OEZA aufzuzeigen. Die folgenden Definitionen sind dem Glossar der ADA (*Austrian Development Agency*) entnommen (ADA 2012d – online):

1. Entwicklungsland: Als Entwicklungsland werden von der OEZA jene Länder bezeichnet, denen vom Entwicklungshilfesausschuss, dem *Development Assistance Committee* (DAC) der *Organisation for Economic Co-operation and Development* (OECD), der Status eines Empfängerlandes zugeordnet wird.
2. Entwicklungspolitik: „ist die Gesamtheit aller politischen, wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Mittel und Maßnahmen, um die Lebensbedingungen in Entwicklungs- und Transitionsländern nachhaltig zu verbessern.“
3. Entwicklungszusammenarbeit: wird mit dem Begriff Entwicklungshilfe gleichgesetzt. Besonders in den frühen Jahren der Entwicklungspolitik war noch von Entwicklungshilfe die Rede. Der Begriff Entwicklungszusammenarbeit soll nun die Partnerschaftlichkeit und die Gleichheit zwischen den Geber- und Empfängerländern betonen. Entwicklungszusammenarbeit bedeutet ein gemeinsames (Industrienationen

und Entwicklungsländer), nachhaltiges Minimieren der weltweiten sozialen und ökonomischen Disparitäten und Ungleichheiten.

Auf den Begriff „Entwicklung“ wird im Glossar der OEZA nicht explizit eingegangen. Die Bedeutung des Begriffs hat seit den Anfängen der OEZA diverse Veränderungen erfahren. Entwicklung bedeutete früher „Fortschritt“ und wurde mit Wirtschaftswachstum gleichgesetzt. Heute orientieren sich die Definitionen und Messungen von Entwicklung vermehrt an den *Millennium Development Goals* (MDGs), wobei Entwicklung nicht nur auf Wirtschaftswachstum beschränkt bleibt. (Schicho/Nöst 2006: 48f) Die folgende Darstellung der OEZA wird darüber Aufschluss bringen, welches Verständnis die OEZA von Entwicklung hat.

2.1 Hintergrund und Entstehungsgeschichte der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit

Die Anfänge der Entwicklungspolitik in Österreich müssen vor dem Hintergrund weltweiter politökonomischer Prozesse und Ereignisse betrachtet werden. Denn die Entstehung von Entwicklungshilfe ist im Kontext der Dekolonisierungsprozesse und dem Kalten Krieg zu betrachten. Motiv, Entwicklungshilfe oder Entwicklungspolitik zu leisten, war neben den vermeintlich moralischen Aspekten vor allem eine politische und ideologische Einflussnahme auf die ehemaligen kolonisierten Länder, welche mittels der Entwicklungshilfeleistungen von ihrer politischen und ökonomischen Fehlentwicklung („Unterentwicklung“) befreit werden sollten. (Höll 2006: 884f) Zeitlich kann also der Beginn zunehmender Entwicklungshilfemaßnahmen nach dem 2. Weltkrieg festgemacht werden.

Das Thema Entwicklungshilfe oder Entwicklungspolitik wurde in Österreich erst in den späten 1950er Jahren aufgegriffen. Denn wie Hödl (2003) feststellt, darf nicht vergessen werden, dass Österreich nach dem 2. WK selbst als „Entwicklungsland“ bezeichnet werden konnte. Immerhin hat Österreich vor allem im Rahmen des Marshall-Plans für den Wiederaufbau Hilfsleistungen erhalten. Dies änderte sich schließlich mit der zurückerhaltenen staatlichen Souveränität im Jahr 1955, als der Staatsvertrag endgültig abgeschlossen wurde und Österreich mehr oder weniger verpflichtet war, so wie andere Länder des kapitalistischen Nordens Entwicklungshilfe zu leisten. Eine bedeutende Rolle bei der Entstehung entwicklungspolitischer Maßnahmen kommt der Katholischen Kirche zu, die bereits in den 1950er Jahren Hilfsaktionen für Menschen in der „Dritten Welt“ durchführte. Die ersten

Geldmittel, welche als Entwicklungshilfegelder deklariert wurden, flossen zwischen 1956 und 1959. (vgl. Hödl 2003: 28; vgl. Höll 2006: 888; vgl. Jankowitsch 2005: 22f) Drei Aspekte prägten die österreichische Entwicklungspolitik besonders, die Aufnahme in die Vereinten Nationen (VN) 1955, der Beitritt zum DAC der OECD im Jahr 1965 und schließlich der Beitritt zur Europäischen Union (EU) im Jahr 1995. Alle drei Organisationen geben Richtlinien und Empfehlungen vor, die Österreich formell dazu verpflichten Entwicklungshilfe zu leisten. (Hödl 2003: 31) Die VN beschlossen bereits 1971 das 0,7%-Ziel, welches in drei Entwicklungsdekaden³ erreicht werden sollte. Dieses Ziel, 0,7% des BNP (Bruttonationalprodukt) für Entwicklungshilfe aufzubringen, hat Österreich damals wie heute bei weitem verfehlt (siehe dazu Kapitel 2.2.5.). (Bittner 2000: 36) Der DAC nimmt auch heute noch eine wichtige politische Position ein. Die DAC Mitglieder (derzeit 24 Mitglieder) erarbeiten gemeinsam Richtlinien und Leitlinien und geben so die Struktur für eine gemeinsame Entwicklungspolitik vor. (OECD 2012a/OECD 2012b – online) Der DAC ist auch für die statistische Prüfung der ODA (*Official Development Assistance*) aller Mitgliedsländer verantwortlich. Als ODA werden alle Leistungen, die für Entwicklungszusammenarbeit von Bund, Länder und Gemeinden aufgebracht werden, bezeichnet. (Mair 2006: 126) Ebenso wie die anderen zwei Organisationen gibt auch die EU entwicklungspolitische Richtlinien vor, die seit dem Beitritt Österreichs vertraglich festgelegt sind. Österreich muss als Mitgliedsland die EU-Außenhilfe mitfinanzieren. (ebd.: 135)

Warum leistete Österreich damals überhaupt Entwicklungshilfe? Hödl identifiziert für die 1960er Jahre zwei verschiedene Gründe, wobei der Kalte Krieg bei keiner dieser zwei Argumente im Vordergrund stand.⁴ Zum einen beriefen sich österreichische PolitikerInnen auf die moralische und auch christlich-soziale Verpflichtung, die sogenannten Dritte Welt-Länder zu unterstützen, um sie von ihrer Armut zu befreien. (Hödl 2003: 32) Zum anderen standen wirtschaftsstrategische Motive im Vordergrund, die für die Leistung von Entwicklungshilfe sprachen. Die Entwicklungshilfe sollte Österreich auch einen wirtschaftlichen Nutzen bringen. Denn die „Entwicklungsländer“ würden für Österreich neue Absatzmärkte bieten. Ein Schwerpunkt der damaligen Entwicklungszusammenarbeit lag demnach in der Exportförderung und der Absatzförderung. Absatzförderung bedeutet „[...] die Vergabe von Mitteln an den Kauf von Waren im Geberland [...]“ zu binden. (ebd.: 33f) Neben den zwei genannten Argumentationslinien war auch die Tatsache, dass Österreich im

³ Näheres zu den Entwicklungsdekaden siehe Höll 2006

⁴ Dabei darf allerdings nicht vergessen werden, dass die Leistungen an Entwicklungsländer selbstverständlich auch die sowjetische Einflussnahme mildern sollten. Dieses Ziel verlor in den 1970er Jahren allerdings an Bedeutung. (vgl. Hödl 2004: 207)

Zuge des Marshall-Plans Unterstützung beim Wiederaufbau erhielt, ein Grund zur Hilfe für „Dritte Welt“-Länder. Folglich entstand in Österreich bereits in den 1960er Jahren die Idee, auch für die „Dritte Welt“ einen „Marshall-Plan“ zu schaffen. (ebd.: 30) Dieser „Marshall-Plan für die Dritte Welt“ sollte den Aufbau einer Infrastruktur fördern und darauf aufbauend eine Industrialisierung in den „Entwicklungsländern“ vorantreiben. Diese Idee forcierte vor allem Bruno Kreisky, der im Bereich der Entwicklungspolitik wichtige Schritte setzte. Der „Marshall-Plan für die Dritte Welt“ wurde allerdings niemals verwirklicht, was auf die neoliberale Wende in der Weltpolitik zurückgeführt werden könnte. (Hödl 2004: 172f). In den 1970er Jahren waren die Motive für die Entwicklungshilfe weitgehend dieselben geblieben wie im vorherigen Jahrzehnt, allerdings wurde nun die Entwicklungshilfe vor allem mit der Angst vor einem Konflikt zwischen den entwickelten Industrienationen und den „Entwicklungsländern“ gerechtfertigt. Es sei nötig, die ökonomischen Ungleichheiten zwischen „Norden“ und „Süden“ mittels Entwicklungshilfe auszugleichen, um einem sonst aufkommenden Konflikt, der das System in Gefahr bringen könnte, entgegenzuwirken. (ebd.: 207f) In den 1980er Jahren war die Tatsache, dass Österreich Entwicklungshilfe leistete, bereits weitgehend legitimiert, weshalb die Frage nach dem Warum in den Hintergrund getreten war. Ausschlaggebend dafür könnte laut Hödl aber auch der Kollaps der Sowjetunion, das Liebäugeln Österreichs mit der EU oder der Zusammenbruch Jugoslawiens gewesen sein, was die Nord-Süd Debatte möglicherweise überlagerte. (ebd.: 211)

Für die österreichische Entwicklungspolitik war vor allem der Beschluss eines Entwicklungshilfegesetzes von großer Wichtigkeit. Auch dieses wurde 1974 in der Kreisky-Ära verabschiedet. In diesem Gesetz wurde vor allem die Beziehung zwischen dem Staat und den vielen NGOs und kirchlichen Organisationen, die im Bereich der Entwicklungshilfe tätig waren, und die Bedingungen der Mittelvergabe geregelt. Darüber hinaus wurden die Einführung eines Dreijahresprogramms zur besseren Planung sowie die Einführung eines Entwicklungshilfe-Beirats verankert. (Hödl 2004.: 220) Der Unkoordiniertheit der Entwicklungshilfe in Österreich sollte mit diesem Gesetz entgegengewirkt werden. Die entwicklungspolitischen Anliegen unterstanden stets verschiedenen Ministerien. So waren bis 1973, als Bundeskanzler Kreisky die Entwicklungshilfe dem Bundeskanzleramt unterstellte, beinahe alle Ministerien mit Anliegen der Entwicklungshilfe betraut. (ebd.: 217f) Zwar wechselte die Zuständigkeit der Ministerien für Entwicklungsfragen bis zur Novellierung des Entwicklungshilfegesetzes 2002/2003 immer wieder zwischen Bundeskanzleramt und Außenministerium, jedoch waren erstmals rechtliche Grundlagen im Bereich der Entwicklungshilfe geschaffen. Die Zersplitterung und unzureichende Koordination der EZA

ist vor allem auf die Tatsache, dass die EZA von Beginn an von NGOs und Firmen getragen wurde, zurückzuführen. Der Staat übernahm lediglich die Genehmigung und Finanzierung diverser Projekte. Die Durchführung dieser Projekte oblag immer den jeweiligen NGOs oder Firmen. (Hödl 2006: 37) Die Diskussion über die Kompetenzverteilung nahm mit dem Entwicklungshilfe-Gesetz kein Ende und zog sich bis in die 1990er Jahre hinein. In den 1980er Jahren wurde vor allem mehr Effektivität und Koordination der EZA gefordert, weshalb 1986 erstmals sog. „Entwicklungs-Attachés“ in „Entwicklungsländer“ geschickt wurden, um eine bessere Organisation und Problemidentifizierung zu gewährleisten. (Hödl 2004.: 222) Dies war auch die Voraussetzung für die Eröffnung der ersten Koordinationsbüros in einigen „Entwicklungsländern“. Eine regionale und sachliche Schwerpunktbildung folgten. (Jankowitsch 2005: 26)

Kreisky beeinflusste nicht nur die österreichische Entwicklungspolitik, sondern nahm vor allem auf der weltpolitischen Bühne eine wichtige Rolle ein. Die 1970er Jahre waren von einer sehr offenen und aktiven Außenpolitik gekennzeichnet. Österreich nahm in vielerlei Hinsicht eine vermittelnde Rolle bei internationalen Konflikten und Streitfragen ein. Allerdings ist dies nicht auf den reinen Solidaritätsgedanken zurückzuführen, sondern oftmals auch auf Eigeninteressen. Die engagierte Außenpolitik gegenüber „Entwicklungsländern“ brachte aber auch während der Amtszeit Kreiskys keine Erhöhung der Entwicklungshilfeleistungen mit sich. Dies deutet wiederum auf die ambivalente Haltung Österreichs hin. (Höll 2006: 889f) Das Ziel Kreiskys war es „[...] Fragen der internationalen Entwicklungspolitik auf das höchste politische Niveau zu heben.“ (Jankowitsch 2005: 24) Der Versuch, einen Nord-Süd-Dialog zwischen PolitikerInnen der „Entwicklungsländer“ und einigen Wirtschaftsmächten der Industrienationen auf dem von ihm und dem mexikanischen Präsidenten Lopez-Portillo ins Leben gerufenen entwicklungspolitischen Gipfel in Cancún 1981 zu veranlassen, scheiterte ebenfalls. Die gewünschte Annäherung und Aufhebung der wirtschaftlichen Asymmetrien zwischen Nord und Süd sind aufgrund der sich in den 1980er Jahren verändernden Wirtschaftsparadigmen, einer Wende hin zum Neoliberalismus, und aufgrund des Bedeutungsverlustes der „Entwicklungsländer“ in der Wirtschaft seit Ende der 1970er Jahre nicht eingetreten. (Höll 2006: 890; Jankowitsch 2005: 25) Ab Mitte der 1980er Jahre veränderte sich auch in Österreich die Außenpolitik gegenüber den „Entwicklungsländern“ immer mehr in Richtung europäischer Nachbarländer. 1987 verkündete der neue Außenminister Alois Mock (ÖVP) eine Neuorientierung der Entwicklungspolitik Österreichs. Markt- und privatwirtschaftlich orientierte Entwicklungskonzepte traten an die Stelle der von Kreisky vertretenen strategischen

Solidarität mit den „Entwicklungsländern“. Der Höhepunkt des Engagements in der „Dritten Welt“ wurde erreicht und von anderen außenpolitischen Themen und Debatten abgelöst. (Hartmeyer 1998: 23f; Höll 2006:890) Welche Themen die OEZA heute dominieren und inwiefern sich die Struktur der OEZA bis heute verändert hat, wird in den nächsten Kapiteln ersichtlich werden. Die folgenden Ausführungen sollen aktuelle Tendenzen und vor allem den strukturellen Aufbau der OEZA in der Gegenwart widerspiegeln.

2.2 Fakten, Merkmale und Struktur der OEZA

2.2.1 Das Entwicklungszusammenarbeitsgesetz – EZA-G 2002/2003

Wie oben dargestellt, wurde das erste Gesetz zur Regelung der Entwicklungshilfe oder Entwicklungszusammenarbeit im Jahr 1974 verabschiedet. Im Jahr 2002 wurde dieses vom Entwicklungszusammenarbeitsgesetz (EZA-G) abgelöst. Bereits im Jahr 2003 folgte eine Novellierung des neuen EZA-G, welche die Einrichtung der Österreichischen Gesellschaft für Entwicklungszusammenarbeit (*Austrian Development Agency - ADA*) beinhaltet. Im EZA-G sind die bis heute geltenden Leitlinien, Ziele und die Organisation der OEZA festgehalten, welche im Folgenden kurz dargestellt werden.

Die österreichische Entwicklungspolitik wird dazu angehalten, sich an folgende Ziele gemäß §1 Abs. 3 des EZA-G 2003 zu orientieren:

- „1. die Bekämpfung der Armut in den Entwicklungsländern durch Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, welche zu einem Prozess des nachhaltigen Wirtschaftens und des wirtschaftlichen Wachstums, verbunden mit strukturellem, institutionellem und sozialem Wandel führen soll,
2. die Sicherung des Friedens und der menschlichen Sicherheit, insbesondere durch die Förderung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten und guter Regierungsführung, sowie
3. die Erhaltung der Umwelt und den Schutz natürlicher Ressourcen als Basis für eine nachhaltige Entwicklung.“

Daran anschließend (§1 Abs. 4) werden noch vier Prinzipien festgelegt, die bei der Durchführung aller Maßnahmen zu berücksichtigen sind. Die Zielsetzung sowie der selbst

gewählte Entwicklungsweg der Regierung und der Bevölkerung des Empfängerlandes sollen in die Maßnahmen einbezogen werden. Des Weiteren sollen eine Einbindung in das jeweilige soziale und kulturelle Umfeld sowie eine Verwendung angepasster Technologien erfolgen. Außerdem sind die Gleichstellung von Mann und Frau und eine besondere Rücksichtnahme auf Kinder und Menschen mit Beeinträchtigung zu gewährleisten.

Im zweiten Abschnitt des EZA-G 2003 wird die Gründung der ADA gesetzlich festgelegt. Aufgaben, Finanzierung und die Organisation werden durch das EZA-G 2003 geregelt. Gründer und Eigentümer der ADA ist das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (BMeiA). Die Aufgabe der ADA wird folgendermaßen definiert:

„Aufgabe der ADA ist die Erarbeitung und die Abwicklung von Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit, wobei insbesondere auf deren Wirksamkeit in den Entwicklungsländern zu achten ist. Die ADA führt ihre Aufgaben in Abstimmung mit anderen Einrichtungen, die ebenfalls entwicklungspolitische Maßnahmen setzen, durch.“ (EZA-G –Novelle 2003: §8 Abs.1)

Auf die konkreten Aufgaben und die Organisation der ADA wird in Kapitel 2.2.2.1 noch näher eingegangen. Prinzipiell soll mit der Einrichtung der ADA, also mit der „Arbeitsaufteilung zwischen BMeiA und ADA [...] die Kohärenz staatlicher Entwicklungspolitik und die effiziente Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben für Entwicklungszusammenarbeit, des Entwicklungszusammenarbeitsgesetzes“ gesichert werden. (ADA 2012a – online)

Weiters wird im EZA-G die Erstellung eines Dreijahresprogramms, welches vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten in Absprache mit dem Bundesministerium für Finanzen erstellt wird, verankert. Dieses wird der ADA und dem Beirat zur Anhörung vorgelegt und später von der Regierung begutachtet, um es später dem Nationalrat zur Kenntnisnahme zu übermitteln. Das Dreijahresprogramm beinhaltet die Schwerpunkte der EZA sowie die dazu nötige Finanzierung und die Leitlinien zum Beitrag Österreichs zur EZA, der EU und zu anderen multilateralen und internationalen Institutionen. (EZA-Gesetz-Novelle 2003: § 23)

2.2.2 Akteure in der OEZA

Die OEZA wird seit ihrer Entstehung von vielen verschiedenen Akteuren getragen. Eine bedeutende Rolle nehmen auch heute noch zivilgesellschaftliche sowie private Organisationen ein. Wie zuvor beschrieben, übernahm der Staat früher lediglich die Genehmigung, Finanzierung und Überprüfung von Projekten in „Entwicklungsländern“. Die Durchführung oblag meist den NGOs. Wie diese Kompetenzaufteilung heute aussieht, soll anhand eines Überblicks über die relevanten Akteure in der EZA dargestellt werden.

2.2.2.1 Öffentliche Akteure

Zu den öffentlichen Akteuren, die einen Beitrag zur EZA leisten, können neben dem österreichischen Parlament diverse Bundesministerien gezählt werden. Im Parlament werden entwicklungspolitische Fragen im Unterausschuss für Entwicklungszusammenarbeit, der aus 16 Abgeordneten besteht, thematisiert. (ÖFSE 2012a – online) Das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (BMeiA) bestimmt die strategische Ausrichtung der österreichischen Entwicklungspolitik und ist für ihre Koordinierung verantwortlich. Das BMeiA ist für die Ausarbeitung des Dreijahresprogramms und des EZA-Jahresberichts zuständig, wobei betont wird, dass die Konzepte und die Leitlinien in Absprache mit den Partnerländern und der ADA entworfen werden. Des Weiteren vertritt das BMeiA Österreich in den jeweiligen entwicklungspolitischen Organisationen, wie den VN, der OECD und der EU. Für Entwicklungsfragen im Außenministerium ist die Sektion VII zuständig. (ADA 2012c – online) Den operativen Teil der EZA übernimmt seit Inkrafttreten des EZA-G 2003 die ADA. Die Ausgliederung dieses Bereiches der EZA bringt laut ÖFSE den Vorteil, dass sich das BMeiA nun verstärkt um folgende Bereiche kümmern kann:

„Die Sorge um eine Kohärenz der österreichischen EZA auf Basis des EZA-Gesetzes, die Verantwortung für die Geberkoordination auf internationaler Ebene sowie eine stärkere politische Orientierung der EZA, etwa im Anliegen der Millenniumsziele und der Armutsbekämpfung.“ (ÖFSE 2012c – online)

Das BMeiA ist zuständig für die Verwaltung der Mittel für Programm- und Projekthilfe oder auch technische Hilfe. Dabei spielt nun auch die ADA eine zentrale Rolle, da sie folglich für die Durchführung und Umsetzung der Programme und Projekte in den „Entwicklungsländern“ zuständig ist. Die ADA kann als Bindeglied zwischen dem BMeiA

und den NGOs, welche die Projekte dann konkret umsetzen, betrachtet werden. (Mair 2006: 127ff) Im EZA-G 2003 sind folgende Aufgaben, welche die ADA zu erfüllen hat, verankert: Auf Basis des Dreijahresprogramms sollen Programme und Projekte vorbereitet und Verträge abgeschlossen werden. Eine nachhaltige, soziale und wirtschaftliche Entwicklung soll in den Partnerländern stets gefördert werden. Eine Beteiligung an Programmen und Projekten internationaler Organisationen soll erfolgen und Unternehmen und Entwicklungsorganisationen sollen dazu angehalten werden an Entwicklungsprojekten mitzuwirken. Des Weiteren soll der Einsatz von österreichischen EntwicklungsexpertInnen unterstützt werden und das BMeiA in allen entwicklungspolitischen Belangen sowie bei der Verfassung des Dreijahresprogramms beraten werden. Außerdem ist die ADA dazu verpflichtet ein jährliches Arbeitsprogramm inklusive Jahresbudget vorzulegen. (EZA-G Novelle 2003: §8 (1)) Finanziert wird die ADA einerseits vom Bund, um in Form einer jährlichen Basisabteilung die administrativen Arbeiten abzudecken. Des Weiteren werden vom Bund Mittel zur Verfügung gestellt, um die Durchführung der operationellen Maßnahmen, welche im Arbeitsprogramm festgeschrieben sind, abzusichern. Diese Zuwendungen sind im jährlichen Bundesfinanzierungsgesetz geregelt. Weiters können aus folgenden Quellen Mittel bezogen werden: „[A]us Entgelten für die Erbringung von Leistungen an den Bund oder an Dritte, aus sonstigen öffentlichen oder privaten Zuwendungen, aus sonstigen Einnahmen.“ (ebd.: §10) Die ADA besteht aus 130 MitarbeiterInnen in Wien und wird derzeit von der Botschafterin Mag. Brigitte Öppinger-Walchshofer als Geschäftsführerin vertreten. Weiters werden derzeit 11 Auslandsbüros koordiniert, welche den direkten Dialog mit den PartnerInnen ermöglichen. Diese Auslandsbüros sind in die Struktur der diplomatischen Vertretung eingebunden. Die Funktion der Beratung der ADA und die Kontrolle über die Strategien und Ausführungen der ADA übernimmt der Aufsichtsrat, der aus 12 Mitgliedern für eine Amtszeit von vier Jahren besteht. Der Aufsichtsrat besteht aus dem Vorsitzenden (derzeit Botschafter Dr. Nikolaus Marschik, Leiter der Sektion für Administrative Angelegenheiten und Infrastruktur im BMeiA), weiteren sechs Mitgliedern aus dem BMeiA und jeweils einem Mitglied aus den Ministerien für Finanzen, Lebensmittel, Soziales und Wirtschaft. Auch die Bundesländer sind durch ein Mitglied vertreten. (Mair 2006: 130) Die Struktur der ADA gliedert sich laut ADA-Geschäftsbericht in vier Abteilungen, wobei die Abteilung „Programme und Projekte International“ die wichtigste aller vier darstellt. Diese Abteilung ist nicht nur für die Qualitätssicherung und das Wissensmanagement, sondern auch für die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft zuständig. Auch die Koordinationsbüros und die NRO-Kooperation sind Teil dieser Abteilung. Die zweite Abteilung wird

„Entwicklungspolitische Kommunikation und Bildungsarbeit in Österreich“ genannt. Neben diesen zwei operativen Abteilungen bestehen die Abteilung für „Finanz-, Rechnungs- und Finanzwesen“ und die Abteilung „Allgemeine Verwaltung“. (ADA 2010: 54) Mittlerweile wird allerdings auf der Homepage der ADA die Abteilung „Förderung Zivilgesellschaft“ hinzugezählt, welche als Anlaufstelle für NGOs des Aus- und Inlandes zur Verfügung steht. (ADA 2012b – online) Im Allgemeinen kann die ADA als operativer Teil der OEZA betrachtet werden. Sie ist einerseits für die Umsetzung von Programmen und Projekten verantwortlich (derzeit ca. 700). Von der ADA selbst wird betont, dass die Programme und Projekte zusammen mit NGOs und Unternehmen abgewickelt werden und sich die Vorhaben an anderen Gebern, der EU, den NGOs und den Regierungen in den Partnerländern orientieren. (ADA 2012a – online) Andererseits zählt auch die ADA speziell die entwicklungspolitische Bildungsarbeit und Öffentlichkeitsarbeit zu ihren Hauptaufgaben. (ADA 2012b – online)

Neben den zwei genannten öffentlichen Akteuren tragen auch andere Ministerien einen Teil zur Entwicklungszusammenarbeit in Österreich bei. Das Dreijahresprogramm kann nicht ohne Zustimmung des Bundesministeriums für Finanzen (BMF) erstellt werden. Des Weiteren ist das BMF für die im Jahr 2008 gegründete österreichische Entwicklungsbank (OeEB) zuständig und vertritt die Interessen Österreichs bei multilateralen Entwicklungsbanken. Die Zahlungen an multilaterale und internationale Institutionen wie die EU erfolgen auch aus dem Budget des BMF. Auch der Bereich der Entschuldungsmaßnahmen obliegt dem BMF. (ADA 2012e – online) Insgesamt stellte das BMF im Jahr 2010 65,24% der gesamten ODA-Leistungen zur Verfügung. (BMeiA/ADA 2012: 32) Das Bundesministerium für Inneres (BMI) spielt insofern im Bereich der EZA eine Rolle, als es für den Bereich Asylwesen verantwortlich ist und die Kosten für die Betreuung von Flüchtlingen und die Rückkehrunterstützung als ODA verbucht werden können. Das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung übernimmt die Studienplatzkosten und Stipendien und leistet so einen Beitrag zur EZA. Das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur (BMUKK) beteiligt sich mittels Vorstudienlehrgängen und AuslandslehrerInnen am Budget der EZA. (Obrovsky 2010.:75) Weitere Bundesministerien, die einen geringen Teil zur EZA beitragen, sind das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, das Bundesministerium für Landesverteidigung und das Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend. (ADA 2012a – online) Einen finanziell geringeren Beitrag zur EZA leisten auch die Länder und Gemeinden. Dieser umfasste 2009 2,18% der gesamten ODA-

Leistungen (18 Mio. €). (Obrovsky 2010: 75) Auf die Rolle der Gemeinden wird in Kapitel 3.4. im Detail eingegangen.

2.2.2.2 Private Akteure

Private Akteure spielen in der OEZA schon seit den Anfängen der Entwicklungszusammenarbeit eine wichtige Rolle. Kirchliche Organisationen nahmen in der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit von Beginn an eine Pionierrolle ein. Eine erste Koordinierungsstelle der österreichischen Bischofskonferenz wurde bereits 1963 gegründet. Neben diesen katholischen Organisationen, die sich heute unter dem Dachverband Horizont 3000 vereinigen, existierten schon damals im Bereich der nicht-konfessionellen Entwicklungsorganisationen eine große Vielfalt an unabhängigen entwicklungspolitischen Vereinen, Initiativen und Organisationen. (Freudenschuß-Reichl 2007: 145; ÖFSE 2012e) NGOs/NROs (*Non-Governmental Organisations* / Nichtregierungsorganisationen) tragen auch heute noch wesentlich zur EZA bei. Einerseits wird dies durch die finanziellen Leistungen privater Hilfsorganisationen an „Entwicklungsländer“ verdeutlicht, welche im Jahr 2009 100 Mio. € oder 4% der österreichischen Gesamtleistungen an „Entwicklungsländer“ betragen. (Obrovsky 2010: 65) Andererseits übernehmen NGOs oder private Unternehmen über 50% der Technischen Hilfe. Neben der Projektdurchführung liegen die Aufgaben der NGOs auch in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit. Außerdem stehen sie für die Anwaltschaft der Partnerländer. (Mair 2006: 128)

Was kann unter dem Begriff NGO verstanden werden? Prinzipiell muss im Rahmen der EZA davon ausgegangen werden, dass es sich um Organisationen handelt, die sich mit entwicklungspolitischen Themen befassen. In Anlehnung an Tvedt werden NGOs folgendermaßen definiert:

„[D]evelopment NGOs should be used as a common denominator, a collective term for all organisations operating within the aid channel that are formally independent of the state apparatus and that are not distributing profits among their members.“ (Tvedt 2006: 345)

Diese Definition schließt sowohl religiöse NGOs als auch säkulare Organisationen mit ein. Ein sehr breites Verständnis von NGOs ist deshalb wichtig, da ansonsten nicht alle entwicklungsrelevanten Akteure im privaten Sektor miteinbezogen werden können. Die Landschaft der privaten Akteure darf deswegen nicht nur auf die NGOs reduziert bleiben,

sondern umfasst auch Unternehmen und Einzelpersonen, welche oftmals auch profitorientiert arbeiten. (Schicho/Nöst 2006: 56)

Den Definitionen zufolge agieren NGOs unabhängig vom Staat. Allerdings sind sie seit Beginn der EZA in Österreich auch Kooperationspartner der öffentlichen EZA. Eine beidseitige Abhängigkeit definierte das Verhältnis zwischen NGOs und Staat in den ersten Jahrzehnten der EZA Österreichs. Kirchliche Organisationen und andere private Organisationen waren für die Projektdurchführung und Wissensvermittlung in den Partnerländern zuständig. Der Staat sicherte die politischen und finanziellen Rahmenbedingungen. Dies bedeutete, dass die NGOs in Eigenverantwortung Projekte initiieren und abwickeln konnten, was auf den sog. „Wissensvorsprung“ der NGOs gegenüber den staatlichen Stellen zurückzuführen ist. Denn die NGOs standen als zivilgesellschaftliche Organisation in direktem Kontakt mit der Bevölkerung in den Partnerländern und das nötige Wissen über Probleme und Bedürfnisse in den Partnerländern wurde von den NGOs bereitgestellt. (Obrovsky 2006: 251f) In den späten 1980er Jahren veränderte sich der positive Blick auf die entwicklungspolitischen NGOs weitgehend. Die Übernahme des Außenministeriums von Alois Mock (ÖVP) 1987 bedeutete für die NGOs der EZA eine geringere finanzielle Unterstützung und eine Verdrängung aus dem entwicklungspolitischen Diskussionsfeld. (Hartmeyer 1998: 25) Daraufhin wurde 1988 schließlich der Dachverband Arbeitsgemeinschaft EntwicklungsZusammenarbeit (AGEZ), heute Globale Verantwortung, gegründet. Die AGEZ dient als Interessensvertretung aller wichtigen entwicklungspolitischen NGOs in Österreich. Eine zunehmende Professionalisierung der EZA ist ab den 1990er Jahren zu verzeichnen. Die Effizienz der EZA sollte mit einer Konzentration auf acht Schwerpunktländer und mit der Eröffnung der Koordinationsbüros in den Schwerpunktländern gesteigert werden. Diese Änderungen in der OEZA hatten aber auch für NGOs Konsequenzen. Viele Projekte von NGOs wurden aufgrund der regionalen Schwerpunktsetzung nur mehr kofinanziert oder gekürzt und die NGOs sahen ihren Handlungsspielraum nun beschränkt. Als Durchführungsorganisationen wurden nicht mehr nur NGOs herangezogen, sondern auch Firmen. Das System der Grundfinanzierung wurde von Werkverträgen abgelöst, wodurch die NGOs langsam zu Auftragnehmerinnen wurden und nun in direkter Konkurrenz zu privaten Unternehmen stehen. (Obrovsky 2006.: 254f)

„Als Auftragnehmer werden NGOs aber immer weniger von Profit-Organisationen unterscheidbar und müssen neben ihrer Professionalität auch ihren zusätzlichen Wert als NGO (*Added Value*) nachweisen.“ (ebd.: 255)

Darüber hinaus wirken sich auch internationale Trends in der Entwicklungspolitik auf die Rolle der NGOs aus. Ein neues Geberverhalten kann identifiziert werden kann. Denn die staatlichen Geber versuchen heute vermehrt mit den Partnerländern selbst zu kooperieren, um ihnen mehr Verantwortung zu übergeben. Mittels Programmhilfe und Budgethilfe werden die Mittel direkt an staatliche Einrichtungen oder in Programme (z.B. PRSPs) investiert. NGOs warnen allerdings vor einem zu schnellen und unüberlegten Kurswechsel, der NGOs zunehmend in den Hintergrund rücken würde und ihre Rolle in Frage stellt. (AGEZ/EU-Plattform 2006: 2) Zusammenfassend können mit Schicho und Nöst vier Probleme der Nord-NGOs konstatiert werden:

„Eines davon ist die Abhängigkeit von staatlicher Finanzierung, ein zweites die Konkurrenz der Süd-NGOs im Wettbewerb um staatliche und internationale Aufträge, ein drittes die selbstauferlegte Verpflichtung zur Partnerschaft und ein viertes die unklare Abgrenzung der nicht-profitorientierten NGOs gegenüber profitorientierten EOn [Entwicklungsorganisationen] (Firmen).“ (Schicho/Nöst 2006.: 56f)

Die finanziell größten NGOs in Österreich gemessen an ihren EZA-Leistungen stellen die Koordinierungsstelle der österreichischen Bischofskonferenz für internationale Entwicklung und Mission⁵ (41,78 Mio. €), Ärzte ohne Grenzen (9,11 Mio. €) und SOS Kinderdorf (7,38 Mio. €) dar. (Obrovsky/Altmann 2010: 84) Die ÖFSE-Institutionendatenbank verzeichnet derzeit beinahe 900 NGOs und zusätzlich ca. 55 profitorientierte Entwicklungsorganisationen. (ÖFSE 2012d – online; ÖFSE 2012f – online)

Die ADA hat im Jahr 2007 Leitlinien zur NRO-Kooperation veröffentlicht, um „Richtlinien für die strategische Gestaltung und die Durchführung der Zusammenarbeit mit NRO im Rahmen der bilateralen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit“ zu schaffen. (BMeiA/ADA 2007: 2) Damit soll ein Rahmen für die institutionelle Zusammenarbeit und Gestaltung gegeben sein. Prinzipiell werden in den Leitlinien unter NROs gemeinnützige NROs verstanden, die nach der Definition vom *Liaison Committee* das gemeinsame Ziel haben, „[...] ein menschenwürdiges Leben für alle Menschen auf der Welt zu ermöglichen und die Armut zu bekämpfen.“ (ebd.: 3) Die Firmen und profitorientierten NGOs werden demnach bei diesen Leitlinien ausgeschlossen, obwohl sie heute auch wichtige Kooperationspartner der OEZA sind. Die Prinzipien und Maßnahmen für die Zusammenarbeit der OEZA mit den NROs sind den nationalen und internationalen Veränderungen und vorgegebenen Richtlinien der

⁵ KOO umfasst 13 ordentliche Mitglieder und vier außerordentliche Mitglieder. (KOO 2012 – online)

Entwicklungspolitik, wie den MDGs und der Pariser Deklaration, angepasst. Folgende Bereiche werden von den NROs in Zusammenarbeit mit der OEZA abgedeckt: Programm und Projektarbeit, Personelle Entwicklungszusammenarbeit, Humanitäre Hilfe, Entwicklungspolitische Bildungs-, Kultur- und Öffentlichkeitsarbeit, Wissenschaft und Forschung sowie Anwaltschaft. (ebd.: 8f) Allerdings sollen nicht nur österreichische NROs direkt unterstützt werden, sondern der Fokus soll vor allem im Sinne von *local ownership* auch auf eine Förderung und Finanzierung von NROs in den Partnerländern gelegt werden. Die Stärkung der lokalen Partner soll auch von den österreichischen NROs unterstützt werden. (ebd.: 10) Darüber hinaus werden in den Leitlinien konkrete Qualitätsstandards für die Auswahl einer NRO zur Zusammenarbeit festgelegt.⁶ (ebd.: 11) Prinzipiell wird bei der Auswahl der Partnerorganisationen auf eine Kohärenz mit den Programmen der OEZA geachtet, wobei die zu unterstützenden EZA-Tätigkeiten der NROs den Leitlinien des aktuellen Dreijahresprogramms entsprechen sollten. Damit die international geforderte Harmonisierung und Anpassung erfolgt, sollen sich NROs explizit an den MDGs, PRSP (*Poverty Reduction Strategy Paper*), die EU-CSP (*Community Stabilisation Programme*) und den nationalen Entwicklungsplänen (auch der Partnerländer) orientieren. Regelmäßige Evaluierungen der Projekte und Programme sollen die Nachhaltigkeit der EZA sicherstellen. (ebd.: 11f) Da NROs wichtige Partner der OEZA darstellen und die Einbringung ihrer Anliegen und Perspektiven relevant sind, wird ein strukturierter Dialog zwischen den staatlichen Institutionen der EZA und den NROs sowohl in Österreich als auch in den Partnerländern forciert. Für diesen Austausch werden regelmäßige Treffen und Foren festgelegt, und in den Partnerländern stehen die Koordinationsbüros für den Dialog zur Verfügung. (ebd.: 13)

Anhand der NRO-Leitlinien der OEZA kann festgestellt werden, dass sich der oben beschriebene Trend in Richtung verändertem Geberverhalten bestätigt. Die daraus resultierende Neubewertung der NGOs in Österreich kommt in den Leitlinien ebenfalls zur Geltung. Die Absicht, den Partnerländern selbst mehr Verantwortung zu übergeben, soll auch über die NGOs erreicht werden, was meist einen Bedeutungsverlust der österreichischen NGOs bedeutet. Im Allgemeinen werden aber auch von der staatlichen Seite die wichtige Rolle und der Beitrag der NGOs zur EZA anerkannt und für unverzichtbar gehalten. Zwar werden sich die Aufgaben und Strukturen für die österreichischen NGOs teilweise verändern, aber ihr Verzicht in der EZA scheint nicht in Frage zu kommen.

⁶ Details siehe Leitlinien NRO-Kooperation S. 11

Auch auf subnationaler Ebene werden NGOs gerne als Partner wahrgenommen. So sieht beispielsweise Rehbogen in den NGOs das Potential, die Gemeinden und Städte für Engagement in der EZA zu motivieren, und betrachtet diese als nützliche Partnerorganisationen der Kommunen bei der Durchführung von Projekten. (Rehbogen 2008) Welche Rolle die NGOs in der kommunalen EZA tatsächlich einnehmen, wird anhand des Praxisbeispiels der Städtepartnerschaft ersichtlich werden.

2.2.3 Internationale Rahmenbedingungen und Einflussfaktoren

Internationale Abkommen und Ziele sind auch für die österreichische Entwicklungspolitik relevante Richtlinien, an denen sich Österreich bei der Strategieausarbeitung und -umsetzung in der EZA orientiert. Für die Entwicklungspolitik stehen dabei vor allem die Abkommen und Leitlinien der VN, der EU und der OECD/DAC im Vordergrund. Im Folgenden sollen die *Millennium Development Goals* (MDGs) und die Pariser Erklärung in ihren Grundzügen dargestellt werden, da diese die Strategien sowie die Schwerpunktsetzung (Dreijahresprogramm) der OEZA derzeit maßgeblich prägen und daher für die weitere Analyse der OEZA wichtige Begriffe und Konzepte enthalten. Zuerst soll auf die MDGs eingegangen werden, weil diese die Basis sowohl für die Programme der EU als auch für die Pariser Erklärung bilden.

Im Jahr 2000 wurde die *United Nations Development Declaration* verabschiedet und acht Ziele (MDGs) formuliert, die eine Reduzierung der weltweiten Armut und deren Folgen bis zum Jahr 2015 vorsehen. Zwar können dem MDG Report 2011 zufolge Fortschritte und Erfolge bei der Erreichung der Ziele verzeichnet werden, allerdings wird auch darauf hingewiesen, dass viele der ärmsten und benachteiligsten Menschen bisher nicht erreicht wurden. Es kann deshalb davon ausgegangen werden, dass die MDGs bis 2015 nicht erfüllt werden. Dennoch wird auch in Zukunft daran festgehalten, da sie als international anerkannte Ziele dienen. (UN 2011: 3f) Folgende Ziele wurden festgelegt:

„1. *Eradicate extreme poverty and hunger* 2. *Achieve universal primary education* 3. *Promote gender equality and empower women* 4. *Reduce child mortality* 5. *Improve maternal health* 6. *Combat HIV/AIDS, malaria and other diseases* 7. *Ensure environmental sustainability* 8. *Develop a global partnership for global development.*“ (UN 2011)

Die acht Ziele beinhalten weitere Zielvorgaben, welche erreicht werden sollen, um die acht Oberziele zu realisieren.⁷

Auf die MDGs bezieht sich sowohl das österreichische Dreijahresprogramm 2010-2012 als auch die Pariser Erklärung des Jahres 2005, welche ebenfalls als Richtlinie für die OEZA dient.

Die Pariser Erklärung über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit (*Paris Declaration on Aid Effectiveness*) wurde von den OECD-Mitgliedsstaaten, vielen Empfängerstaaten und einigen wenigen NGOs verabschiedet und bestimmt fünf Prinzipien, die zu einer Verbesserung der Entwicklungszusammenarbeit führen sollen (OECD 2005):

1. *Ownership* (Eigenverantwortung): Die Verantwortung für die jeweiligen Entwicklungsstrategien und -politiken sowie deren Koordination ist bei den Partnerländern angesiedelt, was von den Geberländern respektiert und unterstützt werden muss.
2. *Harmonization* (Harmonisierung): Die Tätigkeiten der Geber werden aufeinander abgestimmt und transparenter gestaltet.
3. *Alignment* (Anpassung an die Systeme der Partner): Die Geberländer sollen sich an den Entwicklungsplänen und Landesstrategien der jeweiligen Partnerländer orientieren und ihre Kapazitäten und Strukturen nutzen.
4. *Managing for Results* (Ergebnisorientiertes Management): „Ergebnisorientiertes Management bedeutet, die EZ-Leistungen in einer Weise zu verwalten und praktisch einzusetzen, bei der die Realisierung der angestrebten Ergebnisse die Richtschnur bildet und vorhandene Informationen zur Verbesserung der Entscheidungsprozesse genutzt werden.“ (OECD 2005: 10)
5. *Mutual Accountability* (Beiderseitige Verantwortlichkeit und Rechenschaftspflicht): Die Transparenz bezüglich der Verwendung von EZA-Mitteln soll erhöht sowie die gegenseitige Rechenschaftspflicht gestärkt werden.

Die Pariser Erklärung gibt bekannt, dass die Erreichung ihrer Ziele nur mit einer Erhöhung der finanziellen Mittel für die EZA einhergehen kann. Inwieweit sich das Finanzvolumen der OEZA seither erhöht hat, wird in Kapitel 2.2.5. besprochen. Mit der Pariser Erklärung 2005 wurden 12 Fortschrittsindikatoren festgelegt, die bis 2010 erreicht werden sollten. Im Jahr

⁷ Details siehe UN Homepage <http://www.un.org/millenniumgoals/> oder UN MDG Report 2011

2008 wurde in Accra das 3. *High Level Forum on Aid Effectiveness* abgehalten, bei dem eine Bestandsaufnahme der bisherigen Fortschritte und Entwicklungen gemacht wurde. Ein zu geringer Fortschritt bei der Umsetzung der Ziele wurde festgestellt. (OECD 2008b: 1f) Im Jahr 2011 fand schließlich das 4. *High Level Forum* in Busan statt, bei welchem die Entwicklung und Umsetzung der Pariser Erklärung seit 2005 thematisiert wurde. Die Ziele der Pariser Deklaration hätten bis 2010 erreicht werden sollen. Der *“Aid Effectiveness Report”* zeigt allerdings auf, dass lediglich ein Ziel, nämlich Indikator Nr. 4, die „Stärkung der Kapazitäten durch koordinierte Unterstützung“, erreicht wurde. (OECD 2011a) Bei diesem Forum wurde die Schlusserklärung *Busan Partnership for Effective Development Co-operation* verabschiedet, bei der vor allem die veränderte „Empfänger-Geber“-Architektur und damit die Rolle der Süd-Süd-Partnerschaften und der Privatwirtschaft hervorgehoben wird. (OECD 2011b)

Im Folgenden wird nicht weiter auf die Ergebnisse und Umsetzung der Pariser Erklärung eingegangen, da dies für die vorliegende Forschungsfrage wenig relevant ist.

2.2.4 Schwerpunkte und Schwerpunktländer in der OEZA – aktuelle Trends

Die OEZA konzentriert sich seit 1992 im Bereich der bilateralen EZA auf verschiedene Schwerpunktregionen und legt im Dreijahresprogramm die Schwerpunktthemen fest. In den letzten Jahren haben sich bei den Schwerpunktländern diverse Änderungen ergeben. Mit einigen Ländern wurde die bilaterale EZA beendet und mit anderen intensiviert oder neu aufgenommen. Regional konzentriert sich die OEZA heute hauptsächlich auf Afrika und auf Südost-Osteuropa. Folgende Länder werden im Dreijahresprogramm 2010-2012 als Schwerpunktländer angegeben: Burkina Faso, Äthiopien, Uganda, Mosambik, Moldau, Kosovo, Georgien, Armenien, Bhutan und Nicaragua. Neben diesen Schwerpunktländern existieren außerdem die Schwerpunktregionen, welche über andere Institutionen oder Abkommen verstärkt unterstützt werden. Folgende Länder/Regionen gelten als Schwerpunktregionen der OEZA: Afrika (AU), Westafrika (ECOWAS), Südliches Afrika (SADC), Donauraum, Schwarzmeerregion, Himalaya-Hindukusch (ICIMOD), Zentralamerika (SICA) und Karibik (CARICOM) sowie palästinensische Gebiete. Die OEZA hat sich in den letzten Jahren vor allem aus der Region Südosteuropa zurückgezogen und wird demnächst (2013) auch Nicaragua von der Liste der Schwerpunktländer streichen. Neue Schwerpunktländer wurden schließlich Georgien und Armenien. (BMeiA 2010: 17f)

Neben den Schwerpunktländern und -regionen wird im Dreijahresprogramm auch ein thematischer Fokus festgeschrieben. Dabei orientiert sich die OEZA stets an internationalen Zielen und Abkommen, um eine politische Kohärenz herzustellen. Folgende Schwerpunkte werden bei der Umsetzung von Programmen und Projekten derzeit von der OEZA gesetzt: Armutsminderung, Friedenssicherung und Krisenprävention, Umwelt und natürliche Ressourcen, Gender, Wasser und Siedlungshygiene, ländliche Entwicklung, Energie, Privatsektorentwicklung, Bildung und Wissenschaft, Governance und Menschenrechte, Gesundheit und Public Finance Management. (ADA – online) Im aktuellen Dreijahresprogramm wird speziell auf die Schnittstellen Sicherheit und Entwicklung, Umwelt und Entwicklung sowie Wirtschaft und Entwicklung eingegangen, wo jeweils ein strategischer Leitfaden erstellt wurde. Diese Leitfäden dienen allen Akteuren als Richtlinie, die in diesen Bereichen entwicklungstechnisch tätig sind. Des Weiteren wurde im Bereich der Budgethilfe ein strategischer Leitfaden verabschiedet, wobei dieser Bereich aufgrund der allgemeinen Einsparungen nicht ausgeweitet werden wird. (BMeiA 2010: 23ff) Ein besonderes Augenmerk im Dreijahresprogramm wird außerdem auf die entwicklungspolitische Kommunikation und Bildung in Österreich gelegt, da diese als wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche Entwicklungspolitik angesehen wird. (ebd.: 31f)

Durch die Analyse des Dreijahresprogramms 2010-2012 wird ersichtlich, dass auch die OEZA von budgetären Kürzungen maßgeblich betroffen ist. Das ODA-Ziel der UN und der EU, die 0,7% Marke, wird laut BMeia/ADA bis 2015 nicht erreicht werden. Des Weiteren werden und wurden, wie schon oben genannt, Koordinationsbüros geschlossen und die bilaterale Zusammenarbeit mit diversen Ländern eingestellt. Einsparungen soll es allerdings hauptsächlich bei der Verwaltung der ADA sowie bei der Budgethilfe geben, wodurch Kürzungen im Bereich der NGOs vermieden werden sollen. Die Effizienz der OEZA soll mittels Kohärenz und der daraus resultierenden Synergieeffekte zwischen den verschiedenen Akteuren der EZA gesteigert werden. (ebd.: 9f)

2.2.5 Finanzielles Volumen

Dieses Kapitel gibt einen kurzen Überblick über die Entwicklungshilfeleistungen Österreichs, um zu veranschaulichen, welchen quantitativen Beitrag Österreich zur Entwicklungszusammenarbeit leistet und welchen finanziellen Beitrag davon Gemeinden und Städte übernehmen.

Um internationale Vergleiche anstellen zu können, wurde das Instrument der ODA-Quote, also die gesamten Leistungen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit gemessen am Bruttonationaleinkommen (BNE), entwickelt. Als Official Development Assistance (ODA) gelten:

[g]rants and concessional loans for development and welfare purposes from the government sector of a donor country to a developing country or multilateral agency active in development.” (OECD 2008a: 2)

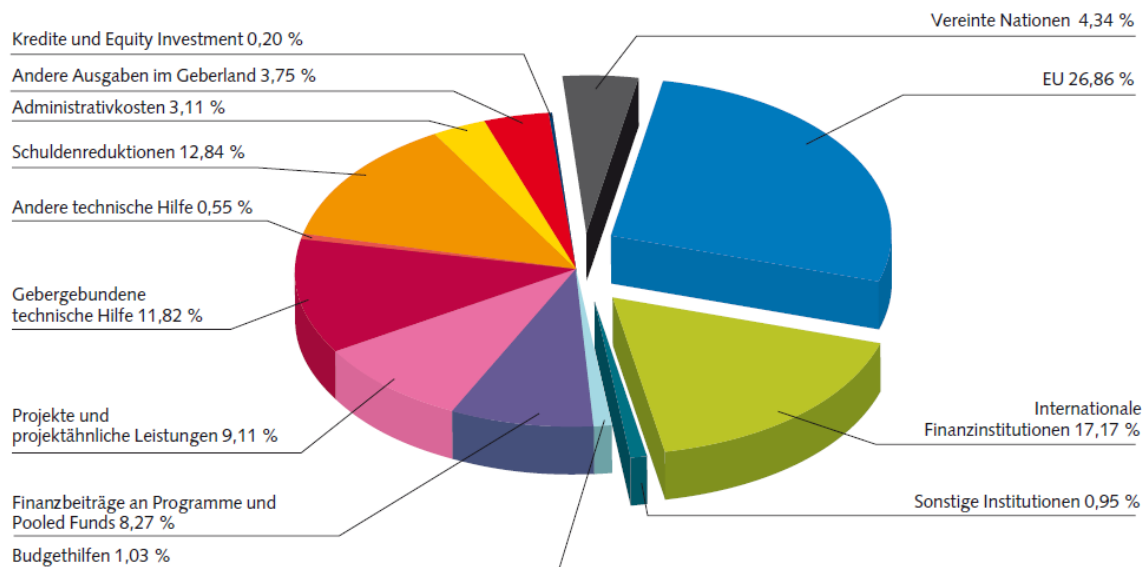
Prinzipiell werden vom DAC aber alle Finanzflüsse von Österreich an „Entwicklungsländer“ erfasst, was neben den öffentlichen Leistungen für EZA (ODA) auch die Kategorien, sonstige öffentliche Leistungen (OOF), private Leistungen zu marktüblichen Bedingungen und die Zuschüsse privater Hilfsorganisationen mit einschließt.

Die finanziellen Gesamtleistungen Österreichs an „Entwicklungsländer“ betragen im Jahr 2009 ca. 2,35 Mrd. €, wobei die ODA mit 850 Mio. € 35% davon ausmachen. Der Großteil, nämlich 1,46 Mrd. €, ist den privaten Leistungen zu marktüblichen Bedingungen zuzurechnen. Die privaten Leistungen schwanken von Jahr zu Jahr deutlich. Im Jahr 2007 waren immerhin 94% oder fast 14 Mrd. € aller Finanzleistungen private Leistungen, was schließlich auch für die sehr hohen Gesamtleistungen an „Entwicklungsländer“ (14,90 Mrd. €) verantwortlich war. Das zivilgesellschaftliche Engagement ist vor allem an den finanziellen Beiträgen der privaten Hilfsorganisationen zu messen. Dieses ist demnach, betrachtet man die Statistik, im Steigen begriffen. Mit 100 Mio. € oder 4% der Gesamtleistungen an „Entwicklungsländer“ liegen die Leistungen der Hilfsorganisationen höher als in den Jahren zuvor. (Obrovsky 2010: 65).

Zur ODA zählen Leistungen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit, welche direkt an ein bestimmtes Land fließen, und Leistungen der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit, welche an internationale Organisationen wie die EU, VN oder anderen Finanz- und Entwicklungsorganisationen gehen. Im Bereich der ODA ist ein Rückgang zu beobachten, was möglicherweise auf die Finanzkrise und auch auf den Rückgang der Entschuldungsmaßnahmen zurückzuführen ist. In den letzten Jahren lag die höchste ODA-Quote bei 0,52% des BNE im Jahr 2005. Im Jahr 2009 sank sie schließlich wieder auf 0,30% des BNE, was knapp unter dem DAC-Durchschnitt von 0,31% ist. (ebd.: 67f) Der Bericht für das Jahr 2010 zeigt wiederum einen leichten Anstieg auf 0,32% des BNE. Im Jahr 2011 ging die ODA-Quote wieder auf 0,27% des BNE zurück. Österreich hat neben Griechenland, Belgien, Japan und Spanien damit die stärksten Rückgänge bei der ODA-Quote im Jahr 2011.

(OECD 2012c – online) Die Entschuldungsmaßnahmen beliefen sich im Jahr 2005 auf rund 57% der gesamten ODA, im Jahr 2009 auf nur 5% der ODA und 2010 wieder auf 12,84% der ODA. Dieser Anstieg der Entschuldungen im Jahr 2010 ist demnach auch der Grund für die höheren ODA-Leistungen. (Obrovsky 2010: 68; BMeiA/ADA 2012: 31) Die folgende Grafik stellt alle Bereiche, die in der ODA enthalten sind, für das Jahr 2010 dar:

Abbildung 1 Hauptbestandteile der österreichischen ODA 2010



Quelle 1: BMeiA/ADA 2012: 31

Die öffentlichen EZA-Leistungen werden von verschiedenen Ministerien und anderen öffentlichen Stellen finanziert. Der höchste Anteil stammt meist vom BMF. Im Jahr 2010 wurden 65,24% (595,16 Mio. €) vom BMF bereitgestellt. Die ADA folgt an zweiter Stelle und stellte 2010 10,32% (104,68 Mio. €) (exkl. Verwaltungskosten) zur Verfügung. An dritter Stelle befindet sich das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung, welches 7,59% (69,21 Mio. €) der ODA übernommen hat. Die Länder und Gemeinden haben im Jahr 2010 insgesamt 2,17% zur ODA beigesteuert. Der Rest setzt sich aus den Beiträgen anderer Ministerien und Stellen zusammen.⁸ (BMeiA/ADA 2012: 32)

Das von der EU festgelegte 0,51%-Ziel für das Jahr 2010 wurde von Österreich bei weitem nicht eingehalten. Auch im Dreijahresprogramm gesteht man sich ein, dass das 0,7%-Ziel der VN und der EU bis 2015 sicher nicht erreicht werden wird. Im Vorwort weist Außenminister Spindelegger darauf hin, dass aufgrund der Wirtschaftskrise auch im Bereich der EZA Einsparungen nötig sind und daher eine Steigerung der ODA nicht möglich sei. (BMeiA 2010:

⁸ Detaillierte Informationen siehe BMeiA/ADA 2012: ODA – Bericht 2010

2) Im Folgenden sollen die zwei Bereiche bilaterale EZA und multilaterale EZA genauer betrachtet werden.

2.2.5.1 Bilaterale EZA

Die bilaterale EZA umfasst sowohl Zuschüsse, also nicht rückzahlbare Leistungen, als auch Kredite, welche zu vergünstigten Bedingungen an „Entwicklungsländer“ vergeben werden. Ein wichtiger Teil der bilateralen EZA wird von der ADA für Programme und Projekte verwendet, welche direkt in den Schwerpunktländern und -regionen eingesetzt wird.

Insgesamt belief sich die bilaterale EZA im Jahr 2010 auf 462,39 Mio. €, d.h. es wurden 50,68% der gesamten ODA für bilaterale EZA ausgegeben. Im Vergleich zu den Jahren davor hat sich das Verhältnis zwischen multilateraler und bilateraler EZA verändert. Denn die Ausgaben für multilaterale EZA sind gestiegen und jene für die bilaterale gesunken, was durch folgende Grafik ersichtlich wird:

Abbildung 2 Entwicklung der österreichischen Gesamt-ODA 2006-2010

	Auszahlungen in Mio. Euro und in % des BNE				
	2006	2007	2008	2009	2010
Gesamt-ODA	1.193,80	1.321,08	1.187,97	819,91	912,35
<i>davon bilaterale ODA</i>	869,70	967,39	855,27	364,17	462,39
<i>davon multilaterale ODA</i>	324,10	353,69	332,70	455,75	449,97
Gesamt-ODA in % des BNE	0,47 %	0,50 %	0,43 %	0,30 %	0,32 %

Quelle 2: BMeiA/ADA 2012: 32

Die Empfängerländer der gesamten bilateralen EZA unterscheiden sich zunehmend von den Schwerpunktländern und -regionen der OEZA. Im Jahr 2010 empfing die Demokratische Republik Kongo mit 21,17% der bilateralen ODA die höchsten Auszahlungen, jedoch das meiste davon in Form von Entschuldungen. Folgende Länder befinden sich unter den Top Ten - Empfängerländern: Bosnien und Herzegowina, Türkei, China, Afrika südlich der Sahara, Kosovo, Serbien und Uganda.⁹ (BMeiA/ADA 2012: 45)

Die bilaterale EZA der ADA betrug im Jahr 2010 94,13 Mio. € und liegt demnach um ca. 4 Mio. € höher als im Jahr zuvor. Prinzipiell blieb aber das Budget der bilateralen OEZA-Mittel

⁹ Detaillierte Informationen zu Verteilung und Rangordnung siehe BMeiA/ADA 2012: ODA-Bericht 2010

der ADA trotz der Gesamt-ODA-Reduktion in den letzten fünf Jahren mehr oder weniger stabil. (ebd.: 40) Die meisten Mittel der bilateralen EZA der ADA gingen mit 20,80% (19,58 Mio. €) an die Schwerpunktregion Ostafrika, gefolgt von 19,92% (18,75 Mio. €) an die Schwerpunktregion Südosteuropa/Westbalkan. 19,90 %, also 18,73 Mio. € der OEZA-ADA-Mittel, gingen an Länder außerhalb der Schwerpunktsetzung. Auch die geografische Verteilung der ADA-Mittel blieb über die letzten Jahre ziemlich stabil und erfuhr wenig Schwankungen. (ebd.: 41f) Bei der Verteilung der Mittel für die Durchführung der Programme und Projekte vergibt die ADA mittlerweile fast gleich viel Mittel an die Institutionen der Empfängerländer (36,16%) wie an jene in Österreich (39,14%). Dieses Verhältnis hat sich in den letzten Jahren stark verändert, denn im Jahr 2008 gingen immerhin noch 43,48% an österreichische Institutionen und nur 25,11% an jene der Empfängerländer. (ebd.: 44) Diese Veränderung deutet auf eine stärkere Einbindung der Empfängerländer hin und zeigt einen Trend hin zu mehr *ownership*. Die Angst der österreichischen NGOs, immer mehr Aufträge und Verantwortung in der EZA zu verlieren, scheint demnach Realität geworden zu sein.

2.2.5.2 Multilaterale EZA

Die multilaterale EZA ist, wie zuvor erwähnt, in den letzten fünf Jahren angestiegen. Im Jahr 2010 waren 49,32% (449,97 Mio. €) der gesamten ODA der multilateralen EZA zuzurechnen. Die Beiträge, die Österreich im Rahmen der multilateralen EZA vergibt, gehen hauptsächlich an Organisationen der Vereinten Nationen, an internationale Finanzinstitutionen (Weltbankgruppe, Regionalbanken und andere Finanzinstitutionen) und an die Europäische Union. Der größte Anteil der multilateralen Mittel geht an die Europäische Union, welche sich in den letzten Jahren auch weiterhin erhöhte. Im Jahr 2010 flossen 245,06 Mio. € an EZA-Institutionen der Europäischen Union. 99,11 Mio. € gingen dabei an den Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) und der Rest an das Kommissionsbudget für EZA. Von den 161,10 Mio. €, die an internationale Finanzinstitutionen gingen, wurden 113,9 Mio. € an die Weltbankgruppe abgegeben. Die Organisationen der Vereinten Nationen erhielten 2010 mit 39,62% am wenigsten der gesamten bilateralen EZA. Die Beiträge für die multilaterale EZA stammen zum Großteil vom BMF, welche 2010 insgesamt 412,70 Mio. € betrug. Das BMeiA investierte 24,63 Mio. € an multilateraler EZA, wovon 22,38 Mio. € an Organisationen der Vereinten Nationen gingen. (BMeiA/ADA 2012: 34)

Wie gezeigt wurde, übernehmen die Länder und Gemeinden finanziell betrachtet nur einen Bruchteil der öffentlichen EZA-Leistungen. Dennoch soll im nächsten Kapitel gezeigt werden, wie Städte und Gemeinden im Feld der EZA agieren und wie Akteure der lokalen Ebene in dem vom Bund stark determinierten Bereich der EZA mitwirken.

3 Kommunale Entwicklungszusammenarbeit

„Als Politik- und Verwaltungsebene, die den Bürgern am nächsten ist, spielen sie [Kommunen] eine entscheidende Rolle dabei, die Öffentlichkeit aufzuklären und zu mobilisieren und im Hinblick auf die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung auf ihre Anliegen einzugehen.“ (Agenda 21 1992: 291)

Bereits im Jahr 1992 bei der Konferenz für Umwelt und Entwicklung (UNCED) in Rio de Janeiro wurde die bedeutende Rolle der Kommunen im internationalen Entwicklungsprozess erkannt und offiziell in der Agenda 21 festgeschrieben. Städte und Gemeinden engagieren sich schon lange im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit, vor allem in Form von Städte- und Gemeindeparterschaften. In Deutschland und anderen Ländern Europas werden die Städte und Gemeinden auch vom Bund als unterstützende und wertvolle Akteure in der EZA anerkannt. Die kommunale EZA ist in diesen Ländern teilweise institutionell verankert. Rahmenbedingungen und Organisationen, wie etwa in Deutschland die Servicestelle Eine Welt, dienen als Orientierung und Anlaufstelle für die Kommunen bei entwicklungsrelevanten Angelegenheiten.

In Österreich nehmen die Kommunen einen weitaus geringeren Platz in der staatlichen EZA ein als in anderen Geberländern. Sie finden weder eine besondere Erwähnung in den Entwicklungsprogrammen des BMeiA/ADA noch gibt es gesonderte Organisationen oder Serviceeinrichtungen, welche die Kommunen als Akteure der EZA unterstützen oder vertreten. Kommunen agieren im Bereich der EZA, wie sich herausstellen wird, zwischen dem Staat und dem Dritten Sektor.

Im Weiteren soll ein Überblick über die EZA von Gemeinden und Städten gegeben werden. Dabei wird einer auch für Österreich adäquaten Definition des Begriffs kommunaler Entwicklungszusammenarbeit nachgegangen sowie die Einbettung kommunaler EZA auf internationaler Ebene geschildert. Darüber hinaus werden Vorteile und Nachteile kommunaler EZA ausgearbeitet. In einem weiteren Schritt wird ein Überblick über die Entstehungsgeschichte und die Strukturen von Städtepartnerschaften mit Fokus auf Österreich gegeben. Die Erkenntnisse dienen als Grundlage für die Analyse der Städtepartnerschaft zwischen Wels und Chichigalpa, welche als Form kommunaler EZA betrachtet wird.

3.1 Was bedeutet kommunale EZA?

Zunächst ist es wichtig, den Begriff Kommune genauer zu bestimmen. Der Begriff Kommune wird im Lexikon der Politikwissenschaft als „aus lat. communis = Gemeinwesen abgeleiteter, mit Gemeinschaft und Gemeinde sinnverwandter Begriff“ verstanden. Kommune „beschreibt als Rechtsform einen polit.-administrativen Zweckverband, dessen Geltungsbereich durch eine unterstaatl. Gebietskörperschaft (Ort, Stadt, Kreis) territorial begrenzt wird.“ (Holtmann 2010: 473) Kommunen schließen im Rahmen dieser Arbeit sowohl Städte als auch Gemeinden ein. Demnach bezieht sich die kommunale EZA auf die EZA der Städte oder Gemeinden und findet auf lokaler Ebene statt.

In der Literatur werden neben dem Begriff der kommunalen EZA auch die Termini kommunale Entwicklungspolitik, kommunale Entwicklungspartnerschaft oder auch Städtepartnerschaft verwendet. In der österreichischen Literatur zu EZA findet der Begriff kommunale EZA kaum Anwendung. In Deutschland hingegen wird über die Begriffsbestimmung und -verortung häufiger diskutiert.

In der Studie „Kommunale Entwicklungspolitik in Deutschland“ von Fröhlich und Lämmlin wird zwischen kommunaler Entwicklungszusammenarbeit und kommunaler Entwicklungspolitik unterschieden. Die Definitionen der zwei Begriffe basieren auf den allgemeinen Definitionen für Entwicklungszusammenarbeit und Entwicklungspolitik. Die Verwendung des Begriffes kommunale Entwicklungspolitik scheint für sie passender, da dieser sowohl die Aktivitäten im Inland als auch im Ausland mit einschließt. Entwicklungspolitik beinhaltet im Gegensatz zur Entwicklungszusammenarbeit auch Aspekte, die direkt und indirekt zu Veränderungen in den Partnerregionen führen. Es werden lediglich die Aktivitäten der Verwaltungsebene einer Kommune berücksichtigt und jene von ortsansässigen anderen Akteuren (NGOs, Kirche, Schule, etc.) nicht. (Fröhlich/Lämmlin 2009: 11) Kommunale EZA impliziert auch für Schwanenflügel den materiellen sowie den ideellen Bezug zu einer Kommune eines „Entwicklungslandes“. Sie zeichnet sich durch eine bestimmte Handlung aus. Die kommunale Entwicklungspolitik hingegen betrachtet er als eigenes Politikfeld auf kommunaler Ebene, was meist auch politische Interessen beinhaltet. (Schwanenflügel 1992: 37f) Die Friedrich-Ebert-Stiftung definiert kommunale EZA breiter und zählt alle Formen von Engagement im Bereich der Nord-Süd-Thematik in einer Kommune zur kommunalen EZA. (Friedrich-Ebert-Stiftung 1994 zit. nach Fröhlich/Lämmlin 2009:12) Athenstaedt hingegen ordnet der kommunalen EZA anders als den Partnerschaften lediglich die Durchführung befristeter Projekte zu. Kommunale EZA umfasst für ihn

helfendes Engagement und den Austausch zwischen zwei oder mehreren Städten oder Gemeinden. Wichtig dabei ist immer das Engagement bestimmter BürgerInnen. Des Weiteren wird darauf hingewiesen, dass die kommunale EZA als ein Prozess „von unten“ bezeichnet werden kann, was Athenstaedt zufolge als positiver Aspekt für Demokratisierung angesehen wird. (Athenstaedt 2011: 17) Weiters werden mit kommunaler EZA oftmals auch kommunale Entwicklungspartnerschaften gleichgesetzt, welche die „Zusammenarbeit von Kommunen (Städten, Gemeinden oder Landkreisen) in Industriestaaten mit Kommunen in Entwicklungsländern und Transformationsstaaten“ beschreiben. (Emminghaus 2003: 14) Auch Klimabündnisse werden auf kommunaler Basis eingegangen, was meinem Erachten nach ebenfalls als kommunales Engagement bezeichnet werden kann. Klimabündnisse sind Partnerschaften zwischen Gemeinden, Schulen und Betrieben und indigenen Organisationen in Amazonasgebieten, die sich verstärkt für Klimaschutz einsetzen und damit zu einer nachhaltigen Entwicklung und gerechten Weltordnung beitragen wollen. (Klimabündnis Europa 2012 – online)

Allen Definitionen ist gemein, dass kommunales Engagement in der EZA stets auf einer Beziehung oder Kooperation zwischen mindestens zwei Kommunen beruht. Die Voraussetzung kommunaler EZA stellt laut Schwanenflügel lediglich die Zusammenarbeit von einer Kommune des „Nordens“ und einer Kommune des „Südens“ dar. (Schwanenflügel 1992: 37)

Im Rahmen dieser Arbeit wird der Begriff kommunale EZA verwendet werden, da ich wie Athenstaedt der Meinung bin, dass dieser über die „traditionellen Städtepartnerschaften“ hinaus als Bezeichnung nützlich ist. (Athenstaedt 2011: 17) Unter kommunaler EZA wird folglich das Engagement kommunaler Akteure für entwicklungsrelevante Themen sowohl im eigenen Land als auch im Partnerland verstanden. Als kommunale Akteure werden alle lokalen AkteurInnen, d.h. die Gemeinden oder Städte selbst, aber auch zivilgesellschaftliche Organisationen und Bewegungen, Schulen, Kirchen, Einzelpersonen etc., die sich in Zusammenarbeit mit ihren Kommunen für Entwicklungszusammenarbeit engagieren, definiert. Städtepartnerschaften werden dabei als Form kommunaler EZA betrachtet und nicht direkt damit gleichgesetzt. Auch das Klimabündnis oder ähnliche Kooperationen können im Sinne der obigen Definition als Form kommunaler EZA begriffen werden. Festzuhalten ist, dass eine eindeutige Definition, die sowohl bestimmte Akteure als auch Aktivitäten festlegt, nicht existiert und nicht sinnvoll erscheint. Kommunale EZA kann als komplexes Feld verstanden werden, welches, wie sich

noch zeigen wird, von Akteuren verschiedener Bereiche (Zivilgesellschaft, Kirche, Staat etc.) getragen wird. Eine breit gefasste Definition scheint daher angemessen.

3.2 Internationale Verankerung kommunaler EZA

Kommunen werden auf internationaler Ebene bereits seit den 1990er Jahren als wichtige Akteure anerkannt und es kommt ihnen sowohl in Entwicklungsfragen als auch in Umweltfragen eine tragende Rolle zu. Wegbereiter zur Anerkennung der Kommunen auf internationaler Ebene waren vor allem die VN und die EU.

Die schon zuvor erwähnte Agenda 21, welche von über 180 Staaten im Jahr 1992 auf der Konferenz der VN für Umwelt und Entwicklung verabschiedet wurde, hebt die Verantwortung der Kommunen erstmals besonders hervor. In der Agenda 21 werden Entwicklungs- und Umweltziele festgeschrieben, die zu einer nachhaltigen Entwicklung führen sollen. Die Umsetzung der Agenda 21 ist Aufgabe sowohl der supranationalen und nationalen Ebene als auch der subnationalen Ebene. „Dieser Prozess stellt den Beginn einer neuen globalen Partnerschaft im Dienste der nachhaltigen Entwicklung dar.“ (Agenda 21 1992: 1) Für die Beteiligung der Kommunen am Prozess wurde im Kapitel 28 die „Lokale Agenda 21“ beschlossen. Darin ist der Beschluss enthalten, dass die Kommunalverwaltungen der einzelnen Länder bis 1996 eine eigene „Lokale Agenda 21“ entwickeln. Eine Intensivierung von Partnerschaften und Kooperationen zwischen verschiedenen Akteuren der lokalen und globalen Ebene soll angestrebt werden. (ebd.: 291) Auch in Österreich wurde eine „Gemeinsame Erklärung zur Lokalen Agenda 21“ verabschiedet, welche Leitlinien zur nachhaltigen Entwicklung beinhaltet. Im Jahr 2010 wurden insgesamt 430 lokale und 35 regionale Lokale Agenda 21-Prozesse dokumentiert. (Das österreichische Nachhaltigkeitsportal 2010 – online) „Global denken – und lokal handeln“ lautet hier das Motto. Es wurde demnach erkannt, dass auch auf lokaler Ebene angesetzt werden muss, um globale Probleme nachhaltig lösen zu können. Neben der Agenda 21 waren auch die Habitat-Agenda aus dem Jahr 1996 in Istanbul sowie die Rio+ 10-Konferenz des Jahres 2002 wichtige Ereignisse, bei denen die Kommunen zunehmend an Bedeutung erlangten. Darüber hinaus wurde im Jahr 2000 ein Beratender Ausschuss der Kommunen bei den VN gegründet. Die Stimme der Kommunen wird heute bei den VN weitgehend berücksichtigt, was sich schließlich auch auf die Ausgestaltung der Entwicklungsstrategien auswirkt. (Heinz/Langel/Leitermann 2004: 27)

Ein weiterer relevanter Schritt, der die Wichtigkeit der lokalen Ebene unterstreicht, war die Gründung des Weltverbands der Kommunen – *United Cities & Local Governments* (UCLG) im Jahr 2004. Dieser vertritt Mitglieder aus 136 Ländern auf internationaler Ebene und tritt weltweit für die Selbstverwaltung der Kommunen ein. (United Cities and Local Governments 2012 – online) Weiters existiert ein Dachverband der Gemeinden und Regionen Europas – *Council of European Municipalities and Regions* (CEMR), welcher bereits 1951 in Genf gegründet wurde und Mitglied der UCLG ist. Der CEMR repräsentiert über 100.000 lokale Gebietskörperschaften gegenüber der EU und setzt sich vor allem für die kommunale Selbstverwaltung und eine stärkere Präsenz der lokalen Gebietskörperschaften bei der EU-Gesetzgebung und EU-Politik ein. (CEMR 2010: 4f)

Auch auf EU-Ebene werden Städte und Gemeinden als wichtige Partner in Entwicklungsfragen betrachtet. Fröhlich und Lämmlin sehen den Aufruf von Madrid im Jahr 1988 als Beginn der Einbindung von Kommunen in die Entwicklungspolitik Europas. Des Weiteren ist die Charta von Aalborg 1994 zu nennen, welche die Verankerung der Agenda 21 auf lokaler Ebene festschreibt. (Fröhlich/Lämmlin 2009: 22) Das Europäische Parlament hat im Jahr 2007 einen Bericht über lokale Gebietskörperschaften und Entwicklungszusammenarbeit erstellt, der veranschaulicht, wie sich die Einbindung der lokalen Ebene vor allem auf EU-Ebene entwickelt hat und über die letzten Jahrzehnte politisch verankert wurde. Die Kommunen werden in diesem Bericht als wichtige Akteure der Entwicklungszusammenarbeit anerkannt. Betont werden vor allem der Beitrag der lokalen Gebietskörperschaften zur Erreichung der MDGs und ihre Anerkennung als Partner der VN. (Schapira 2007) Darüber hinaus werden die wichtigsten Abkommen und Beschlüsse dargestellt, welche die Kommunen zu Partnern in Entwicklungsfragen gemacht haben. Relevante Abkommen waren außerdem das Lomé IV (1989) Abkommen. Dieses sieht eine dezentralisierte Zusammenarbeit vor, bei der sowohl die Zivilgesellschaft als auch lokale Gebietskörperschaften als politische Partner der Staaten agieren sollen. Die Rechtsgrundlage zur dezentralen Zusammenarbeit wurde erst 1998 verabschiedet. Währenddessen wurden aber Programme zur Finanzierung von Aktivitäten zwischen Städten in Europa und Städten anderer Kontinente entwickelt: URB-AL (1995) – Europa und Lateinamerika; Asia URBS (1998) und MED-URBS. (ebd.: 15) Neben diesen zwei Programmen existiert auch Tacis IBPP, welche geografisch die GUS-Staaten und die Mongolei mit einschließt. Dabei werden neben bilateraler Zusammenarbeit auch Vorhaben zur Unterstützung der Zivilgesellschaft und lokaler Initiativen mittels Kooperationen zwischen NGOs und kommunalen/regionalen Gebietskörperschaften unterstützt. (Emminghaus 2003: 81) Bedeutend war außerdem das

Cotonou Abkommen. Dieses schreibt die Einbindung nicht-staatlicher Akteure in den politischen Dialog fest. Fünf Jahre später wird dies um die lokalen Gebietskörperschaften erweitert, welche seither als politische Partner ganzheitlich anerkannt werden. (Schapira 2007: 16)

Die Anerkennung und Unterstützung der Kommunen als Akteure der EZA seitens der EU und den VN ist seit 2005 also offiziell verankert. Auch behandelten die *European Development Days* im Jahr 2008 das Thema „*Local Authorities and Development*“, wo abermals die Rolle der Kommunen in der EZA unterstrichen wurde. Während der *Development Days* 2008 wurde auch PLATFORMA – *European platform of local and regional authorities for development* gegründet. PLATFORMA steht für eine stärkere Einbindung lokaler und regionaler Akteure in der EU-Entwicklungspolitik sowie für Förderung effizienter und dezentralisierter Kooperationen. (Platforma 2010) Eine eigene Mitteilung mit dem Titel „Gebietskörperschaften als Akteure der Entwicklungszusammenarbeit“ der Europäischen Kommission veranschaulicht die Wichtigkeit der Kommunen bei der Ausgestaltung und Umsetzung der EU-Entwicklungspolitik. (Europäische Kommission 2008; Fröhlich/Lämmlin 2009: 24) Darin wird ein Rahmenkonzept gefordert, das die Rolle und Aufgaben der Gebietskörperschaften in der EZA regelt. Es wird betont,

„dass die Gebietskörperschaften auf dem Gebiet der Versorgungsleistungen über umfangreiches Fachwissen verfügen und darüber hinaus wichtige Impulsgeber für den gesellschaftlichen Wandel, die Konfliktprävention, die Dezentralisierung und die Vertrauensbildung im Rahmen des Entwicklungsprozesses sind.“ (Europäische Kommission 2008: 2)

Wie gezeigt wurde, haben die Kommunen auf internationale Ebene schon lange den Status eines vollwertigen Partners bei der Ausarbeitung und Verhandlung von Entwicklungsstrategien erlangt. Sie werden als wichtige Akteure bei der Umsetzung von Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit betrachtet und nehmen an Entwicklungsprozessen aktiv teil. Die positiven Effekte, die bei einer Einbeziehung lokaler und regionaler Akteure in den Entwicklungsprozess erzielt werden können, wurden auf EU-Ebene und bei den VN wahrgenommen. Wie die Situation auf nationaler Ebene, in diesem Fall in Österreich, aussieht, wird nach der Darstellung der Vorteile und Nachteile kommunaler EZA erörtert.

3.3 Vorteile und Nachteile kommunaler EZA

Die oben dargestellte internationale Anerkennung der Kommunen als Akteure der EZA zeigt, dass die internationalen Akteure die Einbindung der Kommunen in die EZA als Mehrwert und Nutzen für die EZA betrachten. Auch für die beteiligten Kommunen werden einige Vorteile und Chancen konstatiert, wobei diese im Gegensatz zu den Nachteilen und Kritikpunkten dominieren. In diesem Kapitel sollen die wichtigsten Vorteile der kommunalen EZA dargestellt werden. Aber auch auf die Kritikpunkte und Nachteile soll eingegangen werden. Um die Vorteile und Nachteile kommunaler EZA bestimmen zu können, ist es zuvor notwendig, die wichtigsten Aktivitäten kommunaler EZA vorzustellen.

Die Tätigkeiten kommunaler EZA sind breit gestreut und es sind nicht für jede Form kommunaler EZA (Städtepartnerschaften, Freundschaften, Projektpartnerschaften etc.) dieselben auszumachen. „Kommunen haben eine große Bedeutung beim Aufbau demokratischer, selbstverwalteter und damit bürgernahe Strukturen in Entwicklungsländern.“ (Deutscher Städtetag 2011: 5) Die wichtigsten Aktivitäten im Inland sind nach Fröhlich und Lämmlin jedoch folgende: „Entwicklungspolitische Bildungs-, Öffentlichkeits- und Informationsarbeit“, „Faire öffentliche Beschaffung/Fairer Handel“, „Einbeziehung von Migrantinnen und Migranten in der kommunalen Eine-Welt-Arbeit“, „Unterstützung entwicklungspolitischer aktiver Gruppen (NROs, Kirchen, Schulen) innerhalb der eigenen Gemeinde“, „Lokale Agenda21-Aktivitäten; Klimaschutz bzw. umweltschonende Maßnahmen in der eigenen Kommune“. (Fröhlich/Lämmlin 2009: 13ff) Die Tätigkeiten in der Partnerkommune können z.B. „Kommunale Auslandsbeziehungen: (Partnerschaften, Freundschaften, Kontakte)“ sein. Bei diesen wird vor allem der Erfahrungsaustausch angestrebt, welcher u.a. durch Personalaustausch erfolgen kann. Des Weiteren wird oftmals Nothilfe geleistet und Unterstützung mittels Spenden o.ä. für Menschen in Not geboten sowie eine „Teilnahme an internationalen Netzwerken“ angestrebt. Das gegenseitige Lernen zwischen den Partnerkommunen steht hier im Mittelpunkt. (ebd.: 16f)

Es kann beobachtet werden, dass vor allem der Bereich Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit in den Kommunen der Industrieländer im Zentrum steht. Eine Sensibilisierung der Bevölkerung für entwicklungspolitische Problemstellungen soll damit erreicht werden und der Zugang zu oft fernem und komplexem Sachverhalten der Nord-Süd-Thematik ermöglicht werden. Konkrete Themen, die im Rahmen der kommunalen EZA bearbeitet werden, finden sich vor allem im Bereich Infrastruktur und kommunale Selbstverwaltung („Städtisches Management und Kommunale Finanzen“; „Umweltplanung und -management“,

„Stadtentwicklungsplanung“, „Abfallentsorgung und -management“, „Verkehr“, „Wasserversorgung“, etc.). (GTZ 2004: 16) Die Aufgabenschwerpunkte kommunaler Kooperationen liegen außerdem vor allem im Bereich Kultur sowie Soziales und Gesundheit. (Heinz/Langel/Leitermann 2004: 24)

Welche Vorteile ergeben sich durch die oben dargestellten Aktivitäten für die EZA? Meist wird zwischen dem Nutzen für die Kommunen in den Industrieländern und dem Nutzen für die Kommunen in den „Entwicklungsländern“ unterschieden, da die kommunale EZA jeweils verschiedene Auswirkungen hat. Im Folgenden sollen die Vorteile kommunalen Engagements für die gesamte EZA beleuchtet werden.

Kommunales Engagement zeichnet sich vor allem dadurch aus, dass eine Kooperation und Zusammenarbeit zwischen zwei gleichen Partnern auf gleicher Ebene, d.h. auf gleicher Augenhöhe stattfindet. (Heinz/Langel/Leitermann 2004: 25) Eine tatsächliche Partnerschaft kann demnach bei kommunalem Engagement eher verwirklicht werden. Eine Partnerschaft ist auch deswegen eher möglich, weil die Projekte zwischen Kommunen meist weniger komplex und kleiner angelegt sind als Projekte auf staatlicher Ebene. So wird oftmals auch eine Mitgestaltung der Partnergemeinde gewährleistet. Dies bringt der Partnergemeinde laut Schwanenflügel auch mehr Selbstvertrauen. Hilfe zur Selbsthilfe wird so ermöglicht. (Schwanenflügel 1993: 54) Einen weiteren Vorteil stellt die Bedarfsorientiertheit dar. Projekte und Aktivitäten zwischen Kommunen können aufgrund der Nähe zur Bevölkerung besser auf die Bedürfnisse vor Ort abgestimmt werden und somit konkret in die Entwicklungspolitik integriert werden. (ebd.: 37) Darüber hinaus werden Aktivitäten und Projekte meist da realisiert, wo bereits Netzwerke oder Partnerschaften existieren. Erfahrungen mit den Partnerkommunen sowie die Kenntnisse der Akteure und der Notwendigkeiten vor Ort helfen Projekte mit geringer Vorlaufzeit, mit wenig Risiko und vor allem mit Nachhaltigkeit durchführen zu können. Auch nach Ende der Projekte wird die Nachhaltigkeit durch den Fortbestand des Netzwerkes und des Kontaktes zwischen den Partnerkommunen meist gewährleistet. (Emminghaus 2003: 17) Ein weiterer Vorteil kommunalen Engagements wird im direkten Einsatz der Mittel und der damit einhergehenden Transparenz gesehen. Transparent deshalb, weil die finanziellen oder materiellen Mittel auf lokaler Ebene transferiert werden und ein Umweg über die staatliche Ebene oder andere mögliche Mitkassierer damit ausbleibt. (Schwanenflügel 1993: 53;58) Die EU sieht in den entwicklungspolitischen Aktivitäten der Kommunen auch den Vorteil, dass sie als direkt gewählte Vertreterinnen am besten in der Lage sind die Zivilgesellschaft und ihre Bedürfnisse

zu repräsentieren. (Schapira 2007: 16) Durch die Nähe der Kommunen zur Bevölkerung kann des Weiteren Vertrauen in die politischen Strukturen geschaffen werden, was als Voraussetzung für die Entwicklung von Demokratie betrachtet wird. (Emminghaus 2003: 14) Die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit Kommunen wird auch von der EU als Chance für mehr Demokratie auf lokaler Ebene in „Entwicklungsländern“ betrachtet. (Schapira 2007: 17) Die kommunale EZA kann als Instrument der Dezentralisierung betrachtet werden und fördert diese unmittelbar. (Deutscher Städtetag, Leitfaden 2011: 5) Bereits Schwanenflügel betrachtet Dezentralisierung als Voraussetzung für Entwicklung. Diese kann nur dann erreicht werden, wenn die kommunale Selbstverwaltung gestärkt wird. Kommunale EZA fördert diese schon alleine durch die Zusammenarbeit auf Augenhöhe. (Schwanenflügel 1993: 55f) Die Dezentralisierung wird heute als wichtiger Teil der Entwicklungspolitik betrachtet. Die Kommunen werden sowohl bei der Umsetzung der Dezentralisierung als auch bei der Lösung von Problemen, die mit der rasanten Urbanisierung in vielen „Entwicklungsländern“ einhergehen, als wichtige Akteure betrachtet. Eine funktionierende Kommunalverwaltung kann zur Lösung der gesellschaftlichen Probleme beitragen. Die Erfahrungen der Kommunen in den Industrieländern können dabei genutzt werden. (Fröhlich/Lämmlin 2009: 27) Auch wird in der Literatur und in vielen Studien betont, dass kommunale Akteure der EZA weniger in das politische Interessengeflecht sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene eingebunden sind. Demnach können Kommunen unabhängiger und freier agieren. (Heinz/Lämmlin/Leitermann 2004: 25; Fröhlich/Lämmlin 2009: 28) Jedoch muss auf die Verbindung der Beteiligten zu politischen Parteien und Regierungskreisen in den Kommunen hingewiesen werden, was sie nicht gänzlich unabhängig erscheinen lässt. (Schulz 2008: 816) Das Potential der kommunalen EZA wird auch in der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit gesehen. Zusammen mit der gegebenen BürgerInnennähe kann bei der Bevölkerung der Städte und Gemeinden ein Prozess der Bewusstseinsbildung in Gang gesetzt werden. Eine Sensibilisierung für globale Problemstellungen und ein Interesse für entwicklungsrelevante Themen kann so gefördert werden. (vgl. Schwanenflügel 1993: 53; vgl. Deutscher Städtetag 2011: 6; vgl. Fröhlich/Lämmlin 2009: 27) Eine Bewusstseins- und Verhaltensänderung gegenüber der Nord-Süd-Thematik betrachtet Schwanenflügel als Voraussetzung für eine Veränderung der ungleichen Nord-Süd-Verhältnisse insgesamt. (Schwanenflügel 1993: 53) Sowohl die Bevölkerung als auch die Zivilgesellschaft wird bei Aktivitäten auf lokaler Ebene stärker eingebunden, wodurch Entwicklungszusammenarbeit für viele näher und erfahrbarer gemacht wird. Diese unmittelbare Betroffenheit der BürgerInnen führt oftmals zu mehr Engagement

dieser in der EZA. (ebd.: 57f; Fröhlich/Lämmlin 2009: 27) Der Leitfaden für Kommunale Entwicklungszusammenarbeit des Deutschen Städtetags hebt hauptsächlich die Vorteile hervor, die sich dabei für die Kommunen in Deutschland ergeben. Dieser betont ausdrücklich einen wirtschaftlichen Profit, der durch die kommunalen Aktivitäten im Ausland erreicht werden kann. „Kommunen können über ihr weltweites Profil für sich werben und somit den eigenen Standort stärken.“ (Deutscher Städtetag 2011: 6) Ein weiterer Mehrwert für die Kommunen in den Industrieländern besteht im Erfahrungsgewinn des Verwaltungspersonals, welches durch die Kooperation mit Partnerkommunen im Ausland interkulturelle Kompetenzen, aber auch neue Strukturen und Organisationsformen der Verwaltung kennen lernen kann. (ebd.: 6; Fröhlich/Lämmlin 2009: 29f)

Gegenüber diesen Vorteilen der kommunalen EZA können aber auch ein paar wenige Kritikpunkte und Nachteile identifiziert werden. Bei vielen Kooperationen und Aktivitäten zwischen Kommunen steht der Erfahrungsaustausch im Bereich Selbstverwaltung und Organisation im Mittelpunkt. Das Wissen und Know-how der Kommunen in den Industrieländern wird oftmals an ihre Partnerkommunen übermittelt. Dies birgt allerdings die Gefahr, dass westliche Verwaltungsmodelle einfach auf die Partnerkommunen übertragen werden. (Schwanenflügel 1993: 56) Dies sollte keinesfalls Sinn der kommunalen Zusammenarbeit sein. Des Weiteren darf nicht davon ausgegangen werden, dass die MitarbeiterInnen einer Gemeinde oder Stadt ausreichende EZA-Kenntnisse besitzen. Die zunehmende Professionalisierung der EZA kann den VerwaltungsmitarbeiterInnen demnach die Arbeit im entwicklungspolitischen Bereich erschweren. (Emminghaus 2003: 20) So verweisen auch Fröhlich/Lämmlin drauf, dass die beteiligten Personen häufig über eine mangelnde interkulturelle Kompetenz und über zu wenig Erfahrung im Bereich der EZA verfügen. (Fröhlich/Lämmlin 2009: 30) Eine Unkoordiniertheit der Projekte und eine zeitliche Fehleinschätzung können die Folge sein. (Schwanenflügel 1993: 58) Zwar werden die Bedarfsorientierung und die Kenntnisse über Strukturen in den Partnerkommunen als Vorteil ausgewiesen, jedoch werden häufig auch die Themen und Aktivitäten von den Kommunen in den Industrieländern vorgegeben während eine Berücksichtigung der Wünsche und Bedürfnisse in den Partnerkommunen vernachlässigt wird. (Emminghaus 2003: 20; Fröhlich/Lämmlin 2009: 30)

Inwieweit die Vorteile und Nachteile auch auf die Städtepartnerschaften in Österreich zutreffen, soll in Kapitel 6.3.1 überprüft werden. Vor allem der Vorteil, dass Kommunen unabhängiger von Interessenskonstellationen sind, ist fraglich, da auch Projekte auf

kommunaler Ebene oftmals von staatlicher Seite kofinanziert und gefördert werden, oder aber, wie die Broschüre des Deutschen Städtetags zeigt, wirtschaftliche Interessen im Vordergrund der Vorhaben stehen. Kommunale EZA würde in diesen Fällen die bestehenden Asymmetrien zwischen dem „Norden“ und dem „Süden“ eher verfestigen als aufheben. Zusammengefasst kann festgehalten werden, dass kommunales Engagement im Bereich der EZA mehr Vorteile als Nachteile mit sich bringt, jedoch sollte eine Kooperation von Kommunen stets auf dem Gedanken der Zusammenarbeit aufbauen, bei der alle beteiligten Akteure gleichberechtigte Partner sind und die dominierenden Nord-Süd-Asymmetrien auf lokaler Ebene nicht reproduziert werden.

3.4 Städte und Gemeinden als Akteure der Entwicklungszusammenarbeit in Österreich

Städte und Gemeinden werden, wie dargestellt wurde, sowohl auf internationaler Ebene als auch in anderen Staaten als bedeutende Akteure in der EZA anerkannt und folglich auch in die Gestaltung der Entwicklungspolitik immer mehr eingebunden. Aber welchen Stellenwert haben Gemeinden und Städte in der österreichischen EZA?

In Österreich wurde, wie bereits erwähnt, eine Gemeinsame Erklärung zur Lokalen Agenda 21 beschlossen. Darüber hinaus übernehmen die österreichischen Kommunen aber sehr wenige Aufgaben auf dem Gebiet der EZA. Ein Überblick der ADA über die Akteure der EZA zeigt, dass sich österreichische Kommunen hauptsächlich in Form von Partnerschaften in der EZA engagieren. Dabei stehen der Erfahrungsaustausch und das gegenseitige Kennenlernen im Vordergrund der Aktivitäten. Betont wird, dass von den hunderten Partnerschaften Österreichs die Mehrheit der Partnerkommunen innerhalb Europas situiert ist. (ADA 2012e – online) Mehr Informationen zur Rolle der Kommunen in der OEZA werden von der ADA nicht zur Verfügung gestellt. Auch auf den Internetseiten des österreichischen Städtebundes und des Gemeindebundes können keine relevanten Informationen zum Engagement österreichischer Kommunen in der EZA gefunden werden. Dies kann bereits auf eine weniger wichtige Rolle der österreichischen Kommunen in der OEZA hinweisen. Im Dreijahresprogramm sowie in den Jahresberichten der ADA werden Kommunen kurz erwähnt. Dies betrifft insbesondere ihren finanziellen Beitrag zur ODA und die Forcierung von Dezentralisierungsprozessen bei der Umsetzung von Projekten der ADA, bei denen die lokale Ebene eine wesentliche Rolle spielt. Dies ist auf die Abstimmung des österreichischen

Dreijahresprogramms auf die Ziele und Themen der VN zurückzuführen, welche die Einbindung der lokalen Ebene und Dezentralisierung in den „Entwicklungsländern“ als Thema vorgibt. (BMeiA 2010: 12) Demzufolge setzen sich viele Projekte der ADA das Ziel, die lokalen Strukturen in den Partnerländern zu stärken und die lokale Bevölkerung direkt einzubinden. (BMeiA 2011: 8ff) Die Einbeziehung der Kommunen wird, betrachtet man die Entwicklungsstrategien und Projekte der ADA, lediglich in den Partnerländern selbst angestrebt. Österreichische Gemeinden übernehmen dabei meist keine Aufgaben und sind in diese Prozesse weniger involviert, obwohl in den Leitlinien zur NRO-Kooperation auf die Bundesländer und Gemeinden verwiesen wird, da diese laut ADA Projekte der EZA mitfinanzieren. Kooperiert wird meist mit zivilgesellschaftlichen und internationalen Akteuren. Weiters wird auf die Koordinationssitzungen der Bundesländer hingewiesen, welche als Austauschplattform fungieren. (BMeiA/ADA 2007:14) Eine Einbringung der Kommunen wird auch nicht erwartet, wie es Mag. Zeiner im Interview auf den Punkt bringt: „Die [Kommunen] machen eine exzellente Arbeit in vielen Fällen, was die [...] Kommunalverwaltung [...] angeht, aber die internationale Zusammenarbeit ist ja auch nicht in der Formalkompetenz von Städten“. (Interview Zeiner: 2) Auch Rehbogen kommt zu dem Schluss, dass das Potential der österreichischen Kommunen als Akteure der EZA bisher noch nicht wahrgenommen wurde und diese als Akteure der EZA ebenso wenig anerkannt werden. (Rehbogen 2008: 150f; 160)

Finanziell betrachtet leisten die österreichischen Länder und Gemeinden lediglich einen geringen Beitrag zur ODA, wie auch Mag. Zeiner meint: „[E]s ist vom Volumen her naturgemäß nicht das allergrößte, weil die Gemeinden und Städte sind ja nicht dazu ausgestattet international tätig zu sein.“ (ebd.: 2) Das Volumen belief sich im Jahr 2010 auf 2,17% der gesamten ODA, also rund 19,8 Mio. Euro. Wien und Oberösterreich geben der Statistik zufolge am meisten für EZA aus (rund 2 Mio. Euro). Davon steuern die Gemeinden in Oberösterreich rund 130.000 Euro bei. (BMeiA/ADA 2012: 47) Wels engagiert sich z.B. neben der Städtepartnerschaft auch für bestimmte Projekte in Bolivien und Brasilien. Den Schwerpunkt des kommunalen Engagements setzt die Stadt Wels aber bei der Städtepartnerschaft. (Interview Koits: 4) Prinzipiell merkt Stachel in seinem Bericht über die Partnerwahl in der EZA an, dass in beinahe allen Bundesländern die EZA mittlerweile fixer Bestandteil ist. Die Ziele decken sich meist mit jenen des Dreijahresprogramms des Bundes. (Stachel 1996: 156)

Das Land OÖ gibt selbst in einer Pressekonferenz vom März 2011 an, dass im Jahr 2011 rund 1,2 Mio. Euro für EZA und internationale Hilfsmaßnahmen zur Verfügung stehen und im Jahr 2010 rund 1 Mio. Euro für EZA ausgegeben wurde. Diese Zahlen unterscheiden sich allerdings wesentlich von den Zahlen des ODA-Berichts (1,92 Mio. €). Im Jahr 2010 hat das Land OÖ 89 Entwicklungsprojekte, 56 Auslandseinsätze und 45 Entwicklungsprojekte, welche mit Schulen durchgeführt wurden, zumindest mitfinanziert. Weiters wird in OÖ jährlich der Eduard-Ploier-Preis für Entwicklungszusammenarbeit vergeben, welcher „außerordentliche Leistungen“ im Bereich EZA auszeichnet. Die Förderungen und Programme des Landes OÖ orientieren sich auch an den MDGs. (Land OÖ 2011)

EZA auf Gemeindeebene wird, wie schon erwähnt, vorrangig mittels Partnerschaften ausgeübt. (Stachel 1996: 156) Rehbogen gibt in seiner Diplomarbeit einen Überblick über das EZA-Engagement der Gemeinden in Salzburg. Bei der empirischen Untersuchung geben 20% (13 Gemeinden) der antwortenden Gemeinden an, im Bereich der EZA aktiv zu sein. Innerhalb von zehn Jahren (1996-2006) wurden 24 Projekte durchgeführt, welche meist in Kooperation und mit Unterstützung von Organisationen und Vereinen umgesetzt wurden. Thematisch beziehen sich die realisierten Projekte vor allem auf Katastrophenhilfe, wie z.B. Hilfsprojekte nach der Tsunami-Katastrophe 2004. (Rehbogen 2008: 134) Die Motivation ist in der Hälfte aller aktiven Gemeinden in Salzburg auf humanitäre Gründe sowie auf Solidarität und Unterstützung in Notsituationen zurückzuführen. Rehbogen stellt somit fest, dass es normative Gründe sind, die zu einem EZA-Engagement führen. (ebd.: 126) ImpulsgeberInnen für Projekte sind meist Organisationen oder Vereine oder aber auch Gemeindemitglieder. (ebd.: 132) Information sowie emotionale Betroffenheit stellen die wichtigsten Faktoren für ein Engagement der Gemeinden in der EZA dar. Neben persönlichen Kontakten und Netzwerken kann auch ein konkretes Projektkonzept Gemeinden zu mehr Engagement in der EZA antreiben. (ebd.: 138f) Auch Mag. Zeiner ist der Ansicht, dass eine Motivation zum EZA-Engagement der Kommunen in Österreich nicht „zentral“ gesteuert werden kann. Eine Motivation von außen ist nicht möglich.

„[E]s funktioniert ja nur so, indem sich da in einer Gemeinde, Stadt oder so einer Gemeinschaft, engagierte Leute zusammentun und ein bestimmtes Anliegen betreiben, [...] so entstehen dann auch entsprechende Interessensstellungen aufgrund derer sich dann einzelne Städte oder auch Gemeinden anfangen zu interessieren.“ (Interview Zeiner: 3)

Denn die Menschen in den Kommunen „haben dann auch viel unmittelbarer Zugang zu den jeweiligen Stadt- und Gemeinderegierungen, um halt dann ein entsprechendes Interesse herzustellen.“ (ebd.: 3)

Jedes Bundesland und auch jede Gemeinde setzt einen individuellen Schwerpunkt bei seinem/ihrem Engagement im Bereich der EZA. Einige Gemeinden und auch Bundesländer wenden mehr finanzielle Mittel auf als andere. Die Gründe können unterschiedlich sein. Dennoch merkt auch Mag. Zeiner an, dass die Kommunen wichtig sind, wenn es „darum geht einzelne Beziehungen zu fördern, da hat es immer wieder Aktivitäten gegeben und da gibt’s auch die eine oder andere sehr gute Erfahrung in Nicaragua“. (Interview Zeiner: 2)

In einem weiteren Schritt sollen Städtepartnerschaften in Österreich näher betrachtet werden, da diese die gängigste Form kommunalen Engagements in der EZA in Österreich sind.

3.5 Städtepartnerschaften als Beispiel kommunaler EZA in Österreich

Städtepartnerschaften werden in Österreich schon seit den 1980er Jahren als Instrument der Gemeinden und Städte für entwicklungspolitisches Engagement betrachtet. „[M]it den entwicklungspolitischen Aktivitäten von Städten und Gemeinden [ist] ein neuer Ansatz zur Entwicklungshilfe entstanden.“ (Fischer-Kramer 1988: 8) Vor allem in Österreich, wo EZA auf kommunaler Ebene meist über Städtepartnerschaften stattfindet, nehmen diese eine nicht zu unterschätzende Rolle in der EZA ein. Auch Mag. Zeiner sieht in den Städtepartnerschaften:

„eine wichtige Möglichkeit, wie neben der Zusammenarbeit Beziehungen zwischen verschiedenen Gruppen, Gemeinden, Städten hergestellt werden können und damit eine sehr direkte Begegnungsmöglichkeit zwischen Menschen, die in den Gemeinden und Städten leben oder die Möglichkeit ähnliche Erfahrungen in Gruppen und Institutionen in der Gesellschaft und Strukturen auszutauschen, von einander zu lernen und so ein Verständnis, ein wechselseitiges auch herzustellen“. (Interview Zeiner: 1)

Im Folgenden soll im Speziellen auf Städtepartnerschaften in Österreich eingegangen werden. Zunächst wird aber erläutert, was allgemein unter Städtepartnerschaften verstanden wird. Danach wird ein kurzer Überblick über die Verwendung des Begriffs gegeben. Weiters werden die Entstehungsgeschichte und Organisation der Städtepartnerschaften, die

Beweggründe für die Partnerschaftsabkommen sowie ein aktueller Überblick über Städtepartnerschaften in Österreich dargelegt. Der Fokus liegt dabei auf Partnerschaften zwischen Kommunen in Österreich und Kommunen in „Entwicklungsländern“. Konkrete Beispiele werden dann in Kapitel 6 dargestellt.

3.5.1 Was sind Städtepartnerschaften?

Wie bereits bei der Begriffsbestimmung kommunaler EZA ersichtlich wurde, existieren verschiedenste Termini, um eine Kooperation oder Beziehung zwischen zwei oder mehreren Kommunen zu bezeichnen. Eine einheitliche Definition kann auch für den Begriff der Städtepartnerschaft nicht festgemacht werden. In Österreich wird meist der Begriff Städtepartnerschaft oder Gemeindepartnerschaft verwendet, um Kooperationen oder auch „Grenzüberschreitende Partnerschaften“ zu beschreiben. (Österreichischer Gemeindebund 2012 – online) Fieber beispielsweise plädiert für die Verwendung des Begriffs Gemeindepartnerschaften, da dieser sowohl größere Städte als auch kleinere Gemeinden mit einschließt und spricht sich demnach gegen die Verwendung des Begriffs Städtepartnerschaften aus. (Fieber 1995: 25) Im deutschsprachigen Raum findet oftmals der Überbegriff kommunale Partnerschaften Anwendung, um diverse Formen von Beziehungen zwischen Kommunen zu bezeichnen. Oftmals wird dieser Begriff synonym mit jenem der Städte- bzw. Gemeindepartnerschaften verwendet. (vgl. Schwanenflügel 1993: 17; vgl. Köhle 2005) Die deutsche Sektion des RGRE identifiziert drei Formen des kommunalen Auslandsengagement, welche wiederum unter dem Sammelbegriff „Kommunale Partnerschaften“ zusammengefasst werden:

„Partnerschaften (P): Förmliche, zeitlich und sachlich nicht begrenzte Partnerschaft, beruhend auf einem Partnerschaftsvertrag (Partnerschaftsurkunde)

Freundschaft (F): Eine Verbindung, die auf einer Vereinbarung beruht, aber zeitlich begrenzt ist und/oder genau spezifizierte Projekte der Beziehung benennt.

Kontakt (K): Eine Verbindung ohne förmliche Festigung.“ (RGRE 2012 – online)

Emminghaus verwendet in seiner Studie den schon zuvor erwähnten Begriff „kommunale Entwicklungspartnerschaft“. Dieser Begriff grenzt sich insofern vom Begriff Städtepartnerschaft ab, als dieser lediglich Partnerschaften mit „Kommunen in Schwellen-

oder Entwicklungsländern“, die konkret auf Projekte orientiert sind, beschreibt. Dennoch stellen klassische Städtepartnerschaften oftmals die Basis für kommunale Entwicklungspartnerschaften dar. (Emminghaus 2003: 17) Das vom RGRE gegründete Twinning Portal differenziert ebenfalls zwischen „Twinning“ und „Twinning and partnership for development“. Ersteres wurde von John Bareth, Mitgründer des CEMR folgend definiert: *“A twinning is the coming together of two communities seeking, in this way, to take action with a European perspective and with the aim of facing their problems and developing between themselves closer and closer ties of friendship”* (Twinning 2012a – online) Zweiteres bezieht sich auf Partnerschaften zwischen Ländern des “Nordens” und des “Südens”. (Twinning 2012b – online) Auch Köhle weist darauf hin, dass es eine Vielfalt von Partnerschaften gibt, welche sich auch in ihrer Form, ihrer Intensität und ihren Motiven unterscheiden. Folgende Kooperationsformen können demnach identifiziert werden: „Städtepatenschaft“, „Städtekooperation“, „Internationales kommunales Netzwerk“, „Regionalpartnerschaften“, „Partnerstädte“, „Wirtschaftspartnerschaften“, „Town Twinning“, „Sister Cities“ und „Kommunale Partnerschaften“. (Köhle 2005) Weiters subsumiert Köhle unter kommunalen Partnerschaften „Entwicklung-/Solidaritäts-/Hilfspartnerschaften“, „Freundschaftliche Verbindungen“, „Europäische Integrationspartnerschaften“, „Projektpartnerschaften“ und „Jugend-/Schul-/Universitätspartnerschaften“. (ebd.: 33) Auch der Begriff „Nord-Süd-Partnerschaften“ kann in der Literatur gefunden werden. Dieser wird als eigene Form der klassischen Städte- und Gemeindepartnerschaft betrachtet. Anders als bei Köhle kann laut Halbartschlager bei den „Nord-Süd-Partnerschaften“ zwischen sogenannten Solidarpartnerschaften und sogenannten Hilfspartnerschaften unterschieden werden. Die Solidarpartnerschaften können als die klassischen „Nord-Süd-Städtepartnerschaften“ bezeichnet werden und die Hilfspartnerschaften werden aufgrund bestimmter Krisensituationen ins Leben gerufen. (Halbartschlager 2006: 3)

Prinzipiell werden Städtepartnerschaften meist dem Dritten Sektor zugeordnet. Auch die Organisationsdatenbank der ÖFSE bezeichnet sie als Nonprofit-Organisationen (NPO) oder als private Einrichtungen. Im Allgemeinen können aber Städtepartnerschaften als Netzwerk bezeichnet werden. Denn wie Schicho und Nöst beschreiben, sind in einem Netzwerk „verschiedene Elemente – Organisationen, Personengruppen, Einzelpersonen – über ihre Interaktion miteinander verbunden.“ (Schicho/Nöst 2006: 59) Netzwerke handeln auf internationaler, nationaler, regionaler und lokaler Ebene und können „stark zentralisiert“ oder „weniger stark zentralisiert“ organisiert sein. (ebd.: 59f)

Im Rahmen dieser Untersuchung wird stets von Städtepartnerschaften die Rede sein, da die untersuchten Kommunen diesen Begriff selbst verwenden und ihre Kooperationen mit Kommunen außerhalb Europas als Städtepartnerschaft bezeichnen. Des Weiteren halte ich den Begriff Städtepartnerschaft für neutraler. Immerhin soll mit diesem Begriff eine Kooperation und Zusammenarbeit auf gleicher Augenhöhe bezeichnet werden.

3.5.2 Entstehungsgeschichte der Städtepartnerschaften

Städtepartnerschaften, so wie sie heute bestehen, entstanden erstmals nach dem 2. WK. Andere Formen, welche der Idee von Städtepartnerschaften ähnlich sind, wie Bündnisse oder Freundschaften zwischen Kommunen, wurden bereits in der Antike und im Mittelalter gegründet. Die erste europäische Städtefreundschaft wurde bereits im Jahr 836 urkundlich besiegelt. (Köhle 2005: 14; Halbartschlager 2006: 1; Statz/Wohlfarth 2010: 46) Städtepartnerschaften wurden nach dem 2. WK als Instrument zur internationalen Verständigung betrachtet. Ein vereintes Europa sollte nach dem 2. WK aufgebaut werden. Die Gemeinden wurden als wichtige Vermittler des Friedens zwischen den Völkern angesehen, da sie als bürgernächste Ebene fungierten. Relevante Akteure und Organisationen bei der Förderung der ersten Städtepartnerschaften ab den 1950er Jahren waren vor allem die Internationale Bürgermeisterunion (IUL) , der Rat der Gemeinden Europas (RGE) und der Europarat. Die problematische Beziehung zwischen Deutschland und Frankreich stand dabei vor allem ab den 1950er Jahren im Zentrum. (Garstka 1972: 52;55) Ein Austausch auf kultureller und sportlicher Ebene zwischen den BürgerInnen der Partnerkommunen, insbesondere zwischen Jugendlichen und deren Schulen, bildeten den Mittelpunkt der ersten Städtepartnerschaften. (Statz/Wohlfarth 2010: 13) Die ersten offiziellen Städtepartnerschaften nach dem 2. WK wurden bspw. zwischen Großbritannien und Deutschland (1947: Bonn-Oxford; Düsseldorf-Reading etc.) sowie zwischen deutschen und amerikanischen Städten gegründet. Städtepartnerschaften mit sowjetischen Städten wurden von Deutschland erst mit Beginn der Entspannungspolitik (60er/70er) angestrebt. Frankreich und andere Länder pflegten schon zuvor Kontakte und Partnerschaften mit sowjetischen Städten. Das Ende des Kalten Krieges und die Wende prägten auch die Entwicklung der Städtepartnerschaften. So konzentrieren sich die seit der Wende neu gegründeten Städtepartnerschaften verstärkt auf Länder der ehemaligen Sowjetunion. (ebd.: 47) Städtepartnerschaften mit Städten in „Entwicklungsländern“ sind seit den 1970er Jahren üblich, wobei diese meist in Zusammenhang mit den Dekolonisationsprozessen betrachtet werden können

(Schwanenflügel 1993: 22) oder auch im Kontext zunehmender Kritik am dominierenden „Entwicklungshilfe-Modell“ der 1960er/1970er Jahre und der damit einhergehenden Verarmung breiter Bevölkerungsgruppen in den „Entwicklungsländern“. Auch die Solidarisierung mit politischen Bewegungen in „Entwicklungsländern“ führte oft zur Gründung von Städtepartnerschaften. So wandten sich in diesem Fall Solidarinitiativen oder andere Organisationen an die Städte und Gemeinden, um materielle Unterstützung und eine institutionelle Einbettung zu erlangen. (Statz/Wohlfarth 2010: 53) Globale politische Prozesse und Trends beeinflussen demnach auch die Entwicklung und Gründung von Städtepartnerschaften. Angesichts der Entwicklung der Städtepartnerschaften kann festgestellt werden, dass die Interessen der jeweiligen Regierungen eines Staates auch auf der Ebene der Kommunen weitgehend vertreten und berücksichtigt wurden und werden. Die Auswahl der Partnerkommunen orientiert sich meist an der Politik übergeordneter Ebenen. (Athenstaedt 2011: 19) Auch Schulz schreibt, dass sich die außenpolitischen Beziehungen der Kommunen nicht gegen die außenpolitischen Interessen übergeordneter Ebenen (Bundesregierung) richten dürfen. Allerdings zeigt die Geschichte der Städtepartnerschaften mit „Entwicklungsländern“ (zumindest in Deutschland), dass die Einrichtung von Städtepartnerschaften als Instrument des Protests verwendet wurde. (Schulz 2008: 824)

Eine Städtepartnerschaft wird meist auf Wunsch der Kommunen selbst und der Kontakt von den Gemeinden direkt oder über eine Organisation (z.B. Twinning Portal – RGRE) hergestellt. Nach Herstellung des Kontakts folgen üblicherweise gegenseitige Besuche von Gemeindemitgliedern – „freundschaftliche Kontakte“ oder „freundschaftliche Beziehungen“ entstehen. Die nächste Phase vor dem offiziellen Partnerschaftsabschluss (Unterzeichnung der Partnerschaftsurkunde) ist auch unter „Partnerschaftsanbahnung“ bekannt. In der Partnerschaftsurkunde, welche von beiden Kommunen unterzeichnet wird, ist die Aufrechterhaltung und Pflege des Kontakts zwischen den Partnergemeinden festgeschrieben. (Fieber 1995: 25) Rechtlich betrachtet geben diese Urkunden lediglich gemeinsam beschlossene Ziele und Richtlinien vor, welche den Partnerschaften ihre Form geben. Die Urkunden können rechtlich nicht als Verträge betrachtet werden. Die Intensität und Verpflichtungen der Städtepartnerschaften werden nicht von der Urkunde, sondern vom Engagement der Beteiligten bestimmt. (Winkler 2008: 28f) Dennoch können Städtepartnerschaften laut Schulz als stabile Kooperationen bezeichnet werden, welche im Gegensatz zu anderen zivilgesellschaftlichen, stärker politischen Akteuren, formalisierte Partnerschaften haben. Diese helfen schließlich politische Spannungen und Machtwechsel zu überwinden. (Schulz 2008: 825;827)

Franke identifiziert zahlreiche Beweggründe, welche zur Bildung von Städtepartnerschaften geführt haben: historische Begebenheiten, politisches Interesse, persönliche Bekanntschaften, Freundschaften unter Vereinen, spontane Hilfeleistungen, gleiche Symbole wie Wappen o.ä., gleiche Ortsnamen, kulturelles Interesse, geografische Gründe, wirtschaftliches Interesse, Vorfahren. Diese Liste zeigt, dass verschiedenste Erlebnisse und Gründe für die Entstehung von Städtepartnerschaften ausschlaggebend sein können. (Franke 1991)

In Österreich wurde die erste Städtepartnerschaft im Jahr 1930 zwischen Klagenfurt und Wiesbaden abgeschlossen. (Hein/Ortner 1997: 20) Das Kommunalwissenschaftliche Dokumentationszentrum (KDZ) befasste sich erstmals 1988 mit der Dokumentation der bestehenden Städtepartnerschaften in Österreich mit der „Dritten Welt“. Im Jahr 1997 wurde schließlich eine Studie vom KDZ veröffentlicht, welche den Versuch unternahm alle Städtepartnerschaften in Österreich mittels Fragebogen zu dokumentieren. Eine Neuauflage dieser Studie existiert bisher noch nicht. Damals existierten 719 Städtepartnerschaften und Kontakte mit Kommunen im Ausland, wobei sich diese auf 487 Gemeinden in Österreich, das sind 20% aller Gemeinden, aufteilten. Weiters wird angenommen, dass jedes Jahr ungefähr 18 neue Partnerschaften gegründet werden. Die meisten Partnerstädte liegen in Deutschland (339 oder 47%). Auffallend ist, dass die Mehrheit der Partnerschaften mit Städten in Nachbarländern Österreichs besteht. Nur 169 (24%) der 719 Partnerstädte liegen nicht in den Nachbarländern Österreichs. (ebd.: 48f) Die Analyse zeigt, dass 610 (85%) aller Partnerschaften einen offiziellen Charakter aufweisen und mit einem Gemeinderatsbeschluss besiegelt wurden. Neben diesen offiziellen Städtepartnerschaften, welche mittels Partnerschaftsurkunde begründet wurden, existieren auch „lose Bindungen“, Kooperationen oder Freundschaften mit anderen Städten. Mehr als die Hälfte der Partnerschaften wurde aufgrund von „guten persönlichen Beziehungen“ und aufgrund von „kulturellen Gemeinsamkeiten“ gegründet. Andere wichtige Gründe waren die „gemeinsame Sprache“, „historische Gemeinsamkeiten“, „andere Gründe (z.B. Namensgleichheit)“, „verwandte Sportaktivitäten“ sowie „kommunalpolitische Gemeinsamkeiten“. (ebd.: 57) Als InitiatorInnen der Partnerschaften wurden meist PolitikerInnen genannt. (ebd.: 58)

Ein anderes Bild ergibt sich, wenn die österreichischen Städtepartnerschaften mit „Entwicklungsländern“ betrachtet werden. Im Jahr 1977 wurde die erste österreichische Städtefreundschaft mit einer Stadt des globalen Südens beschlossen, zwischen Arusha in Tansania und Mürzzuschlag. Weitere folgten in den 1980er Jahren, z.B. zwischen Leibnitz und Pedra Badejo oder zwischen Salzburg und León (Nicaragua). Heute bestehen insgesamt

fünf offizielle Städtepartnerschaften zwischen Österreich und Nicaragua, wobei vier der österreichischen Partnerstädte in Oberösterreich liegen. Die fünfte wurde zwischen Salzburg und León abgeschlossen. Anders als bei den „traditionellen Städtepartnerschaften“ steht bei Städtepartnerschaften mit Kommunen in „Entwicklungsländern“ eine Verbesserung der Lebensbedingungen der BürgerInnen in den Partnerstädten im Vordergrund. Dies soll mittels finanzieller und materieller Hilfsleistungen erreicht werden. Weiters soll durch die Städtepartnerschaften eine moralische und ideelle Unterstützung der Entwicklung eines Landes sowie der jeweiligen Stadt geleistet werden. Ziel ist es mitunter, dass sich BürgerInnen beider Städte beteiligen und so ein kultureller und persönlicher Austausch stattfindet. Neben humanitären Motiven für die ersten Städtepartnerschaften mit Kommunen im Ausland spielten auch politische Motive eine wichtige Rolle. Dies zeigt sich z.B. bei den Städtepartnerschaften mit Nicaragua, welche durch die Unterstützung der sandinistischen Revolution oder direkt aus den Solidaritätsbewegungen mit den SandinistInnen entstanden. (Fischer-Kramer 1988: 21f) Der Hauptunterschied zu den gewöhnlichen Städtepartnerschaften, deren Partnerstädte meist in Europa liegen, ist der entwicklungspolitische Aspekt bei den Partnerschaften mit Kommunen in „Entwicklungsländern“. Interessant ist weiters, dass die InitiatorInnen der Städtepartnerschaften mit „Entwicklungsländern“ meist Vereine, genauer sog. „Dritte Welt-Gruppen“ oder Solidaritätskomitees waren. (ebd.: 23) Auch hier gilt, dass die Entstehungsgeschichte und Motive für die Bildung der jeweiligen Städtepartnerschaften heterogen sind. Dennoch soll anhand der Städtepartnerschaft zwischen Wels und Chichigalpa ein praktisches Exempel dargelegt werden, um Entwicklungstrends und Motive auszumachen.

3.5.3 Struktur und Organisation von Städtepartnerschaften

Städtepartnerschaften werden auf kommunaler Ebene abgeschlossen, dies impliziert aber ebenso die Involvierung von staatlichen Akteuren. Sie können in Bezug auf ihre Organisation jedoch auch als NGOs betrachtet werden. Denn das Funktionieren und die Erfolge der Städtepartnerschaften hängen meist von der freiwilligen Mitarbeit der Bevölkerung innerhalb der Kommunen ab. (Hein/Ortner 1997: 15) Der Erfolg von Städtepartnerschaften, d.h. eine aktive Zusammenarbeit und eine dauerhafte Kooperation, ist meist vom Engagement einzelner BürgerInnen und von der Beteiligung und Einbeziehung der Zivilgesellschaft abhängig. Denn den Kommunen fehlt es oftmals an Know-how, Ressourcen und Erfahrungen,

sodass die Städtepartnerschaften ohne Unterstützung der Zivilgesellschaft lediglich Abkommen auf dem Papier bleiben würden. (Statz/ Wohlfarth 2010: 22;26;54)

Städtepartnerschaften können unterschiedlich organisiert und verwaltet sein. Die Verwaltung und Organisation der Angelegenheiten, welche im Rahmen der Städtepartnerschaften anfallen, sind entweder bei der Verwaltung, bei einem Partnerschaftskomitee/Ratsausschuss oder bei einem Partnerschaftsverein angesiedelt. Wird die Städtepartnerschaft von der Verwaltung alleine organisiert, besteht für die Gemeinde und deren Magistratsabteilungen oder eben auch für den/die BürgermeisterIn selbst ein Mehraufwand. Deshalb wird in diesem Fall des Öfteren eine eigene Abteilung o.ä. für die Angelegenheiten der Städtepartnerschaften gegründet oder die Aufgaben werden in die bestehende Gemeindestruktur integriert. Obliegt die Organisation einem Partnerschaftskomitee, so ist die Verwaltung lediglich für die formale Gestaltung der Partnerschaft zuständig. Die Organisation von Tätigkeiten und Aktionen übernimmt in diesem Fall das Partnerschaftskomitee, welches aus engagierten BürgerInnen oder aus einem Ratsausschuss besteht. Dadurch wird ein Ziel der Städtepartnerschaften, nämlich die Partizipation der BürgerInnen an der Städtepartnerschaft, bereits erreicht. Die Entscheidungsmacht liegt allerdings noch bei der Gemeindeverwaltung. Existiert ein Partnerschaftsverein, so ist dieser sowohl für die formale als auch für die materielle Durchführung der Partnerschaftsaufgaben zuständig. Der Verein wird privatrechtlich organisiert und die Mitglieder kommen sowohl aus dem privaten Bereich als auch aus dem Verwaltungsbereich. (Huber 1999: 97f) In Österreich werden in 55% der vom KDZ dokumentierten Gemeinden, das waren damals 280 Gemeinden, die Städtepartnerschaften von der Verwaltung selbst organisiert. 26% der Gemeinden haben eigene Partnerschaftsvereine mit der Organisation der Partnerschaften betraut und rund 19% geben an, die Partnerschaften auf politischer Ebene zu verwalten. (Hein/Ortner 1997: 61) Prinzipiell ist eine Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft Voraussetzung für das Funktionieren von Städtepartnerschaften mit „Entwicklungsländern“, da die Gemeinden und Städte meist nur die Rahmenbedingungen schaffen sowie teilweise materielle oder finanzielle Unterstützung bieten können. Darüber hinaus wird durch die Verlagerung der Aufgaben der Städtepartnerschaften an eine zivilgesellschaftliche Organisation ein gewisses Maß an Unabhängigkeit vom staatlichen Macht- und Interessensgefüge gewährleistet. (Statz/Wohlfarth 2010: 54) Daher macht es vor allem bei Städtepartnerschaften mit „Entwicklungsländern“ Sinn, dass Aufgaben wie die Organisation in vielen Fällen bei zivilgesellschaftlichen Initiativen und Vereinen angesiedelt sind. Immerhin können diese außerhalb der von der staatlichen Seite vorgegebenen Entwicklungspolitik agieren.

46,4% aller befragten Gemeinden tragen die Kosten für die Städtepartnerschaft zur Gänze selbst und 34,3% der Gemeinden übernehmen die Kosten zur Hälfte. Rund 21,4% geben an, die Ausgaben durch private Zuschüsse zu finanzieren. (Hein/Ortner 1997: 60) Städtepartnerschaften mit Kommunen in „Entwicklungsländern“ und deren Projekte werden meist von privaten Spenden, aber auch von staatlicher Seite, dem Bund oder den Ländern mitfinanziert. (Fischer-Kramer 1988: 29) In Österreich existiert zwar ein Förderrahmen der ADA für Städtepartnerschaften, jedoch ist dieser explizit für das Projekt CHICA Nicaragua, welches als Koordinationsstelle der Städtepartnerschaft fungiert, vorgesehen. (Interview Zeiner: 2)

3.5.4 Aktionsbereiche der Städtepartnerschaften

Die Tätigkeiten und Aktivitäten, welche im Zuge der Städtepartnerschaften ausgeführt werden, sind ebenso breit gestreut wie die Gründe für die Entstehung und Gestaltung von Städtepartnerschaften. Jede Städtepartnerschaft setzt hier ihre individuellen Schwerpunkte und Maßnahmen. Hier kann wiederum zwischen den „traditionellen Städtepartnerschaften“ und jenen mit „Entwicklungsländern“ unterschieden werden. So ergeben sich aus der Zielsetzung, die Lebenssituation der Bevölkerung der Partnerstädte in den „Entwicklungsländern“ zu verbessern, vor allem Tätigkeiten im Bereich der Projektarbeit. Projektarbeit bedeutet in diesem Zusammenhang die Unterstützung von diversen Projekten im Bereich Infrastruktur, Bildung und Gesundheit. Aber auch Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit stehen im Mittelpunkt der Tätigkeiten. Diese findet durch die direkte Einbeziehung der Bevölkerung in den Gemeinden sowie durch Bewusstseinsbildung mittels Veranstaltungen und Veröffentlichungen im Gemeinde-nahen Kreis statt. (Fischer-Kramer 1988: 31)

Die Tätigkeiten „traditioneller Städtepartnerschaften“ reichen von Austauschprogrammen bis zu Aus- und Weiterbildungen. (vgl. Wex 1993: 11f) Aus der KDZ-Studie geht hervor, dass im Rahmen der österreichischen Städtepartnerschaften folgende Aktivitäten am häufigsten ausgeübt werden: „gemeinsame Symposien, Feste“; „Kulturveranstaltungen“; „Sportveranstaltungen“; „kommunalpolitischer Erfahrungsaustausch“ sowie „(Schüler)Austauschprogramme“. (Hein/Ortner 1997.: 58)

3.6 Zusammenfassung

Im Allgemeinen kann festgehalten werden, dass das Feld der kommunalen EZA sehr heterogen ist und eine einheitliche Definition nicht gefunden werden kann. Diese Heterogenität ist auch bei der Suche nach einer Definition für Städtepartnerschaften sowie deren Entstehungsgründe und deren Struktur festzustellen. In der Literatur werden verschiedenste Begriffe verwendet, um Kooperationen oder Beziehungen von Kommunen zu beschreiben. Dennoch konnte, wie dargestellt, eine für diese Arbeit adäquate Begriffsbestimmung für beide Termini, jene der kommunalen EZA und der Städtepartnerschaft, gefunden werden.

Prinzipiell ist anzumerken, dass den Kommunen auf internationaler Ebene (EU, VN) bereits seit den frühen 1990er Jahren der Status eines vollwertigen Partners bei Umwelt- und Entwicklungsfragen zugestanden wird. Die Rolle der Kommunen bei internationalen Angelegenheiten und deren Einbindung in die Agenden internationaler Akteure wird meist in einem Atemzug mit der Zivilgesellschaft genannt. Sie werden auch international als Teil dieser wahrgenommen und fungieren den Beschlüssen und Abkommen zufolge ebenfalls als Bindeglied zwischen der Bevölkerung und dem Staat sowie der supranationalen Ebene. In Österreich gestaltet sich die Situation etwas anders. Die rare Präsenz der Kommunen in Dokumenten und Berichten der ADA und des BMeiA sowie die Aussagen von Mag. Zeiner lassen vermuten, dass den Kommunen in Österreich eine weniger wichtige Rolle in der Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit zukommt. Auch die nicht aktualisierten Daten über Städtepartnerschaften in Österreich, welche nun schon vor über 10 Jahren erhoben wurden, weisen auf Desinteresse hinsichtlich der Städtepartnerschaften hin. Es stellt sich schließlich die Frage, ob denn die Anerkennung und die Förderung der Kommunen sich außenpolitisch und auch entwicklungspolitisch zu betätigen, in Österreich überhaupt erwünscht ist oder nicht. Hat der Bund in Österreich das Potential der Kommunen noch nicht wahrgenommen? Oder will man dieses bewusst nicht erkennen und fördern?

Die Vorteile und Nachteile der kommunalen EZA wurden zuvor erläutert und es konnte festgestellt werden, dass die kommunale EZA mehr Vorteile als Nachteile für alle Beteiligten aufweist. Einige Probleme und Kritikpunkte der staatlichen EZA könnten durch das Engagement von Kommunen in der EZA beglichen werden und das Ziel echter partnerschaftlicher EZA könnte demzufolge über die Kommunen erreicht werden. Denn Kommunen sind die politische Ebene, die der Bevölkerung am nächsten steht. Dies wirkt sich positiv auf die Entwicklung von Demokratie und kommunaler Selbstverwaltung aus und

bringt so die Kommunen beider Länder auf den sogenannten „richtigen“ Entwicklungspfad. Dieser Vorteil impliziert jedoch den bereits erwähnten Kritikpunkt kommunaler EZA, nämlich das einfache Übertragen westlicher Entwicklungs- und Politikmodelle. Fest steht, dass Städtepartnerschaften mit Städten in „Entwicklungsländern“ gewisse Vorteile gegenüber anderen Formen der EZA aufweisen können, diese jedoch nicht automatisch und nicht in allen Fällen umgesetzt werden können oder oftmals nicht auf diese zutreffen. Denn jede Städtepartnerschaft variiert in ihrer Organisation, Umsetzung und Gestaltung. Welche der oben genannten Vorteile sich in der Praxis ergeben und welche nicht, soll anhand der Städtepartnerschaft zwischen Wels und Chichigalpa gezeigt werden.

4 Nicaragua – Entwicklung und aktuelle Trends

Im folgenden Kapitel wird ein kurzer Überblick über das untersuchte Land Nicaragua gegeben. Dabei werden sowohl historische Ereignisse, die für die später folgende Analyse der Städtepartnerschaften relevant sind, als auch aktuelle Entwicklungen Nicaraguas thematisiert. Der Beginn des EZA-Engagements in Österreich ist im Kontext der sandinistischen Revolution zu betrachten. Aus diesem Grund wird auf diesen Abschnitt der Geschichte Nicaraguas detaillierter eingegangen als auf vorherige Ereignisse. Prinzipiell soll dieses Kapitel nur die wichtigsten Eckpunkte und Fakten Nicaraguas aufzeigen. Dieses Kapitel erhebt nicht den Anspruch auf eine ausführliche Aufarbeitung und Analyse der Geschichte und der aktuellen Situation Nicaraguas.

Das Land Nicaragua liegt in Mittelamerika und grenzt im Norden an Honduras und im Süden an Costa Rica. Im Osten des Landes liegt der Atlantik und im Westen der Pazifik, wobei sich die Küstenregionen jeweils in Klima, Besiedlung und Bewirtschaftung unterscheiden. Nicaragua stellt mit einer Größe von 130.370 km² (CIA 2012 – online) und einer Bevölkerung von 5,9 Mio. den größten, aber am dünnsten besiedelten Staat Mittelamerikas dar. Die Verteilung der Bevölkerung ist sehr ungleich, da bspw. 57,6% der Bevölkerung im urbanen Gebiet wohnen und insgesamt zwei Drittel der Bevölkerung die Pazifikregion (15% der Landesfläche) besiedeln. (Slezak 2010; UNDP 2011: 164) Nicaragua wies 2011 einen *Human Development Index*¹⁰ (HDI) von 0,589 auf und befindet sich laut *Human Development Report 2011* auf Rangliste 129 (von 187 Ländern). Nur Haiti und Guatemala haben einen schlechteren HDI in Mittel- und Südamerika. (UNDP 2011: 129) 46,2% der NicaraguanerInnen leben unter der nationalen Armutsgrenze und die durchschnittliche Lebenserwartung liegt derzeit bei 74 Jahren. (ebd.: 144; 129) Das Bruttonationaleinkommen pro Kopf betrug in Nicaragua laut Weltbank im Jahr 2010 1110 US\$. Die Wirtschaftswachstumsrate lag im Jahr 2010 bei 7,5% und soll sich in den nächsten Jahren bei gleichzeitiger Armutsreduzierung weiter erhöhen. Dennoch gilt Nicaragua nach Haiti immer noch als zweitärmstes Land der Region. (World Bank 2012 – online) Eine turbulente Geschichte, externe und interne Faktoren, wie immer wiederkehrende Naturkatastrophen in Form von Erdbeben und Hurrikans, haben die Entwicklung Nicaraguas bis heute geprägt.

¹⁰ Der HDI kann maximal 1 betragen und wurde zur Messung von „Entwicklung“ gegründet. Der HDI setzt sich aus drei Komponenten zusammen: Gesundheit gemessen an der Lebenserwartung, Bildung gemessen am Besuch einer Schule; Lebensstandard gemessen am BNE/Kopf. (UNDP 2012 – online)

4.1 Geschichtlicher Abriss

Das heutige Gebiet von Nicaragua wurde 1522/23 von spanischen *conquistadores* besiedelt. Die Kolonialstädte Granada und León wurden im Westen des Landes errichtet. Die Eroberung Nicaraguas bedeutete auch dort eine Vertreibung und Ausbeutung der dort lebenden *indígenas*. An der Atlantikküste konnte sich ab 1633 bis zur Unabhängigkeit Nicaraguas auch England ein Protektorat sichern. Die Engländer betrieben mit den dort ansässigen *Misquitos* eine „Bündnispolitik“. Rivalitäten zwischen Spanien und England waren die Folge. Im Jahr 1821 wurde Nicaragua von Spanien unabhängig. Bevor Nicaragua 1838 endgültig den Status eines unabhängigen Staates erlangte, war es von 1822 bis 1833 Teil des Zentralamerikanischen Staatenbundes und zuvor an Mexiko angeschlossen. Die Zeit bis zur Jahrhundertwende war vor allem von Konflikten zwischen liberalen und konservativen Kräften geprägt, die sich auf die zwei Städte León (liberal) und Granada (konservativ) aufteilten. Nachdem der Staatspräsident der Liberalen, William Walker, ein US-Bürger, nach zweijähriger Herrschaft im Jahr 1857 gestürzt wurde, folgte eine Phase konservativer Herrschaft bis 1893. Liberale Kräfte, unter ihnen José Santos Zelaya, der „politische Machthaber“, übernahmen ab diesem Zeitpunkt die Macht und förderten die Entwicklung hin zu einem stärkeren Zentralstaat und zu mehr Agrarexport (Kaffee, Zucker, Bananen, etc.). (Krennerich 1995: 210f)

Der Einfluss der USA in Nicaragua wurde vor allem ab 1909 stark. Es folgte eine dauerhafte Besetzung des Landes von *marines*, welche mit einer kurzen Unterbrechung bis 1933 andauerte. Ziel der USA war es, ihre eigenen Interessen und Investoren zu schützen. (Krumwiede 1992: 228f) Nicht nur mittels der Anwesenheit der *marines* wurde die Machtstellung der USA in Nicaragua gesichert, sondern auch Staatspräsidenten wie Adolfo Díaz ab 1911 oder Emiliano Chamorro ab 1917 unterstützten die fortschreitende Invasion der USA und ihrer Firmen. Die USA hatten in dieser Zeit sozusagen freies Spiel in Nicaragua. In der Bevölkerung machte sich großer Unmut breit, welcher sich kurzfristig mit dem Abzug der *marines* 1925 und mit einem von der Bevölkerung akzeptierten Präsidenten legte. (Dietrich 1988: 72ff) Aber schon acht Monate nach dem ersten Abzug der *marines* intervenierten die USA erneut aufgrund der Konflikte um das Amt des Staatspräsidenten, welches nun an liberale Kräfte zu gehen drohte. (ebd.: 73) Es folgten Kämpfe zwischen liberalen Gruppierungen und der von den USA unterstützten konservativen Regierung. Währenddessen gründete Augusto César Sandino seine eigene Befreiungsarmee, mit welcher er für ein besatzungsfreies Nicaragua kämpfte. Anfangs noch den liberalen Kräften angeschlossen brach

er schließlich mit den Truppen der Liberalen. Denn José María Moncada, der die Liberalen im Kampf anführte, wurde von den USA zum Präsidenten ernannt. (ebd.: 79) Sandino veranlasste dies jedoch zum Weiterkämpfen und er etablierte eine erfolgreiche Guerillafront, welche die *marines* zunehmend unter Druck setzte und schließlich zu ihrem Abzug führte. 1932 wurde Dr. Juan Bautista Sacasa von den USA unter Absprache mit den liberalen und konservativen Kräften zum Präsidenten bestellt. Auch Sandino hielt sein Versprechen, die Waffen niederzulegen, sobald die *marines* abgezogen waren. Die von den USA gegründete Nationalgarde Nicaraguas bekam nun einen neuen Oberkommandanten namens Anastasio Somoza, welcher trotz des Friedensabkommens radikal gegen die Sandino-AnhängerInnen und gegen Sandino selbst vorging. (ebd.: 85f) Derselbe war schließlich auch für die Ermordung Sandinos im Jahr 1934 verantwortlich. Die AnhängerInnen blieben Sandino auch noch nach seinem Tod treu und kämpften weiter, allerdings weitgehend erfolglos.

Im Jahr 1936 stürzte Somoza die Regierung Sacasa und installierte eine langjährige Familien-Diktatur, welche bis 1979 anhielt. (Vanden/Prevost 2005: 531) Bis 1979 waren drei Familienmitglieder des Somoza-Clans in Nicaragua an der Macht. Nach der Ermordung Anastasio Somozas 1956 übernahm sein ältester Sohn Luis Somoza Debayle direkt die Macht in Nicaragua. Diese ging 1967 an seinen jüngeren Bruder Anastasio Somoza Debayle über. Die Regierungsstile der Somozas unterscheiden sich zwar voneinander, allerdings können nach Walker drei Merkmale identifiziert werden, welche die gesamte Periode der Somoza-Diktatur kennzeichnen: „1) *co-optation of key domestic elites*; 2) *direct control of the National guard*; and 3) *the support of the United States*.“ (Walker 1997: 3) Die Wirtschaftspolitik der Somozas führte in Nicaragua zu großen sozialen Problemen und Klassenunterschiede manifestierten sich in der Gesellschaft Nicaraguas. Die Produktion und Spezialisierung auf Baumwolle und Kaffee bedeutete für viele NicaraguanerInnen Vertreibung und Ausbeutung ihres Landes. Davon profitiert haben die Familie Somozas sowie deren FreundInnen und AnhängerInnen. Die Folgen für die Bevölkerung waren hohe Kindersterblichkeitsraten, Analphabetismus, geringe Lebenserwartung und Hungersnöte. (ebd.: 4) In den 1970er Jahren geriet die Politik des Somoza-Clans in eine politische Krise. Gründe dafür waren unter anderem die schon zuvor erwähnten sozioökonomischen Bedingungen sowie die fortschreitende Repression und die Bereicherungspolitik der Somozas. Diese erreichte nach dem schweren Erdbeben 1972, als Somoza die Hilfsgelder aus dem Ausland selbst einsteckte, ihren Höhepunkt. Der Versuch einer friedlichen Ablösung Somozas durch die „bürgerliche“ antisomozistische Bewegung scheiterte. (Krennerich 1995: 214) Der Mord an dem Anführer des oppositionellen Bürgertums, Pedro Joaquín Chamorro, verübt von

der somozistischen Nationalgarde, führte schlussendlich zu einem Anschluss dieser Gruppierung an die *Frente Sandinista de Liberación Nacional* (FSLN). Die FSLN und ihre AnhängerInnen, darunter Gruppierungen unterschiedlichster Kräfte, hatten schließlich Erfolg. Im Jahr 1979 wurde die Somoza-Diktatur durch einen Aufstand unter der militärischen Führung der FSLN beendet. (Dietrich 1988: 178)

Die FSLN wurde 1961 gegründet und setzte sich zu Beginn aus einer kleinen Gruppe marxistischer Studierender zusammen. Inspiriert von der kubanischen Revolution und von Sandino entwickelten sie im Hintergrund der Diktatur ihre eigene Oppositionsbewegung, welche der Überzeugung war, die Diktatur nur mittels Gewalt beenden zu können. Die Zusammensetzung der FSLN wurde bis zum Sturz immer vielfältiger und wurde schließlich auch von der katholischen Kirche unterstützt (Befreiungstheologie). (Walker 1997: 6f) Prinzipiell konnten aber drei Tendenzen innerhalb der FSLN festgemacht werden: *Guerra Popular Prolongada – GPP*, *Tendencia Proletaria* und *Terceristas*. Diese haben sich in ihren Strategien, wie das gemeinsame Ziel, Somoza zu stürzen, erreicht werden kann, unterschieden. Letztere hat auch eine andere politische Zielsetzung vertreten, da sie eine Einbindung breiter Massen (aller Oppositionsgruppierungen) forcierte und der rein marxistischen Linie der anderen zwei Tendenzen eine Absage erteilte. Die *Terceristas* bildete schließlich auch die politisch und zahlenmäßig stärkere Tendenz. (Dietrich 1988: 175f) Auf die konkreten Oppositionsbewegungen und Formierungen sowie auf den detaillierten Weg, der schlussendlich zum Sturz Somozas führte, soll hier nicht weiter eingegangen werden.¹¹

Am 19. Juli 1979 marschierten die SandinistInnen nach Managua und installierten eine vorübergehende Regierung, welche unter der Federführung der FSLN stand. Aber auch Personen, die anderen Oppositionsbewegungen angehörten, wie Violeta Chamorro oder Alfonso Robelo, waren Mitglieder der neuen Regierung. Diese Zusammensetzung deutet auf ein weitgehend ausgeglichenes und gut funktionierendes Verhältnis zwischen den verschiedenen Kräften in Nicaragua (FSLN, Konservative, Kirche, etc.) zu Beginn der sandinistischen Machtübernahme hin. (Vanden/Prevost 2005: 537) Nach einer fast 50 Jahre andauernden Diktatur sollte Nicaragua wieder stabilisiert und eine neue Staatsordnung etabliert werden. Die ersten freien Wahlen sollten spätestens nach fünf Jahren stattfinden. Es wurden eine Regierungsjunta, ein Staatsrat und ein Kabinett installiert, welche den Weg zu den ersten Wahlen im Jahr 1984 leiten sollten. Wie schon oben angedeutet, war es nicht nur die FSLN, die Positionen innerhalb dieser Organe besetzte, sondern auch Mitglieder anderer

¹¹ Für eine detaillierte Darlegung siehe Dietrich 1988: 168ff; Vanden/Prevost 2005: 532ff; Staten 2010: 67ff

Parteien oder Parteilose. Dennoch war es die FSLN, welche zahlenmäßig die dominierende Partei in den jeweiligen Organen darstellte. Vor allem aber die Regierungsjunta setzte sich ab 1981 nur mehr aus drei Personen zusammen, nämlich Daniel Ortega, Sergio Ramírez und Rafael Córdova Rivas. Die Macht beschränkte sich demnach vor allem auf Ortega und Ramírez, da sich diese zwei besonders nahe standen. (Dietrich 1988: 190ff) Eine Revolution in der Gesellschaft Nicaraguas, die einen sozialen, politischen und ökonomischen Umbruch bringen würde, sollte in Gang gesetzt werden. (Vanden/Prevost 2005: 537) Dabei wurden folgende Ziele festgelegt: politischer Pluralismus, gemischtwirtschaftliche Ordnung und außenpolitische Blockfreiheit. Diese Prinzipien wurden auch später in der 1986 verabschiedeten Verfassung festgeschrieben. Dem Prinzip des politischen Pluralismus kam die sandinistischen Regierung in der ersten Phase bis zu den Wahlen 1984 nicht wirklich nach, da sie weder durch Wahlen offiziell legitimiert war noch eine Einbindung der größten Opposition, der *Coordinadora Democrática*, in die Regierung gesichert war. (Krumwiede 1992: 230f) In den ersten vier Jahren nach dem Sturz Somozas wurden bereits Landreformen, Gesundheitsreformen und Bildungsreformen (Alphabetisierungskampagnen) durchgeführt. Diese erfolgreichen Reformen, die zu einer wesentlichen Verbesserung der sozialen Lage in Nicaragua führten, wurden aber von immer höher werdenden Verteidigungs- und Sicherheitsausgaben begleitet. (Dietrich 1988: 2000; Vanden/Prevost 2005: 538) Diese erhöhten Ausgaben waren auf die ständig drohende Intervention der USA und auf die zunehmenden Aktivitäten der Contras zurückzuführen. (Dietrich 1988.: 198) Die Contras setzten sich zu Beginn noch aus einigen Ex-SomozistInnen sowie FSLN-GegnerInnen, die nach dem Sturz zu den Contras übergelaufen waren, zusammen. Später formierte sich aber mit Hilfe der USA und des CIA, vor allem seit dem Amtsantritt Ronald Reagans 1981, eine militärisch gut koordinierte Contra-Bewegung, die den Sturz der sandinistischen Regierung zum Ziel hatte.¹² (ebd.: 390ff) Die Intervention der USA in Nicaragua und die hohen Geldsummen, mit welchen die Contras unterstützt und finanziert wurden, sind mit dem Kampf gegen den Kommunismus gerechtfertigt und bis zum Ende der 1980er Jahre fortgeführt worden. (ebd.:352) Der Krieg dauerte bis in die späten 1980er Jahre an und konnte letztlich auf Kosten vieler Tausender Menschenleben von den SandinistInnen militärisch gewonnen werden. (Vanden/Prevost 2005: 540)

Die versprochenen Wahlen wurden schließlich im November 1984 abgehalten. Mit den freien Wahlen beabsichtigte die FSLN, sich offiziell als Regierungspartei legitimieren zu lassen und

¹² Für nähere Ausführungen zur Organisation und Struktur der Contras siehe Dietrich 1988: 390ff

die Unterstützung westlicher Staaten zu erlangen, weshalb sich die Wahlen stark an westlichen Standards orientierten. Trotz des Wahlboykotts der konservativen Partei *Coordinadora Democrática* können die Wahlen des Jahres 1984 als korrekt und ehrlich bezeichnet werden. Die FSLN setzte sich gegen sechs Parteien durch und ging mit 62,9% für den neuen Präsidenten Daniel Ortega und mit 62,3% für Abgeordnete der FSLN als Siegerpartei hervor. Ein Drittel der Sitze stand Abgeordneten der anderen Parteien zu. Begleitet wurde die Wahl von Angriffen der Contras und der Propaganda der US-Regierung. Diese zweifelte die Korrektheit der Wahl an. Der Wahlerfolg der SandinistInnen, aber auch der zunehmende Konflikt mit den Contras, welcher die volle Aufmerksamkeit der FSLN beanspruchte, führte zu einem Bedeutungsverlust der *grassroots*-Organisationen in den höheren politischen Ebenen. Die sandinistische Bewegung wandelte sich immer mehr hin zu einer top-down-Bewegung, an dessen Spitze eine ausgewählte Gruppe stand. (Vanden/Prevost 2005: 539f; Gabriel 2011)

Bis zum Jahr 1986 wurde eine neue Verfassung erarbeitet, die neben den „revolutionären Errungenschaften“ auch liberale Grundrechte festschrieb. Der Verfassung zufolge ist Nicaragua ab diesem Zeitpunkt ein präsidentielles Regierungssystem, bei dem der Präsident alle 6 Jahre zu wählen ist. Auch wird der Atlantikküste ein Autonomiestatut in der Verfassung zugesichert. Im Jahr 1987 trat diese folglich in Kraft. (Krumwiede 1992: 231f; Walker 1997: 12) Die Jahre bis zur nächsten Wahl im Jahr 1990 waren keineswegs nur von Errungenschaften und Erfolgen geprägt. Die wirtschaftliche und soziale Lage in Nicaragua verschlechterte sich drastisch. Das Pro-Kopf-Einkommen sank um 33,1%, die Inflationsrate lag 1988 bei über 30.000% und die Arbeitslosigkeit erhöhte sich über die Jahre. Diese missliche Lage wurde schließlich auch noch von den über 30.000 Kriegsoptionen verschärft. (Krumwiede 1992: 238; Vanden/Prevost 2005:540) Sowohl der Contra-Krieg als auch das im Jahr 1985 veranlasste Handelsembargo der USA gegenüber Nicaragua führten das Land in eine miserable Lage in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre. (Dietrich 1988: 352) Diese Phase gipfelte in den Wahlen von 1990, welche die FSLN mit 40,8% verlor. (Vanden/Prevost 2005: 542)

Die Wahlen von 1990 wurden von der *Unión Nacional Opositora* (UNO) unter Violetta Chamorro mit 54,7% der Stimmen gewonnen und die SandinistInnen übergaben zu aller Überraschung der neuen Präsidentin und der UNO widerstandslos die Macht. Die UNO war ein Oppositionsbündnis, welches von 14 Parteien abgeschlossen wurde. Die Parteien gehörten unterschiedlichen Strömungen an, also sowohl dem linken als auch dem rechten Flügel.

Dementsprechend gestaltete sich das Bündnis sehr heterogen. (Krumwiede 1992: 234) Die USA, zu diesem Zeitpunkt bereits unter Bush, sahen in den Wahlen 1990 eine Chance, die SandinistInnen endgültig aus der Regierung auszuschließen, und förderten aus diesem Grund die Gründung der UNO. Sie unterstützten die UNO mit großen Geldmengen (mind. 9 Mio. US\$) und verhalfen ihr so zum Sieg. (Vanden/Prevost 2005: 541) Die folgenden Jahre waren von einer Umwälzung der sandinistischen Politik und Mischwirtschaft in ein neoliberales Modell geprägt, dessen AnführerInnen die externen und internen Wirtschaftseliten waren. (ebd.: 543) Mit Unterstützung der USA wurden verschiedene Reformen eingeleitet, um die Inflation zu stoppen, Exporte zu erhöhen und den Staat zurückzudrängen. Das Handelsembargo der USA wurde aufgehoben und Kredite der Weltbank und des IWF wurden wieder gewährt. Nicaragua war aber so hoch verschuldet, dass die neuen Kredite lediglich zur Tilgung der Zinsen reichten. Staatseigentum wurde privatisiert und eine Steigerung der Agrarexporte forciert. Auch im Sozialbereich gab es bedeutende Einschnitte. Der freie Schulzugang wurde durch teure Privatschulen ergänzt und die Gesundheitsversorgung war nicht weiter kostenlos. (Staten 2010: 133f) Die Politik Chamorros wirkte sich auf die wirtschaftlichen Daten des Landes teilweise positiv aus. So konnte bis 1995 beispielsweise ein Wirtschaftswachstum verzeichnet und die Inflationsrate gesenkt werden. Auch der Bürgerkrieg konnte beendet werden. Die soziale Lage hatte sich aber weiter verschlechtert und Hungersnöte, Arbeitslosigkeit, erhöhte Kindersterblichkeit und ein Rückgang im Bildungsbereich waren die Folgen für die Bevölkerung Nicaraguas. (ebd.: 141)

Die nächsten Wahlen fanden im Jahr 1996 statt. Zu diesen Wahlen trat die FSLN bereits gespalten an. Denn einige ehemalige FSLN-AnhängerInnen gründeten 1995 das *Movimiento de Renovación Sandinista (MRS)*. Die zwei Siegerparteien waren aber schließlich die alte FSLN unter Daniel Ortega und die PLC (*Partido Liberal Constitucionalista*) unter Arnoldo Alemán, der die Wahl mit 46,03% gewinnen konnte und somit der neue Präsident Nicaraguas war. Ortega konnte sich mit 36,55% wieder nicht durchsetzen. (ebd.: 139f) Auch Alemán setzte den neoliberalen Kurs Chamorros fort, was eine weitere Einbindung in den globalen Markt bedeutete. Die positiven Effekte für die breite Bevölkerung blieben aber weiterhin aus und Nicaragua geriet immer mehr in die Abhängigkeit der internationalen Geberorganisationen wie der Weltbank und dem IWF. Diese gaben den Entwicklungskurs über Strukturanpassungsprogramme vor. Die Schulden stiegen weiter an und Nicaragua wurde schließlich in die HIPC (*Highly Indebted Poor Countries*) Initiative aufgenommen. Dies brachte einen Schuldenerlass von 4,5% Mrd. US\$. (Vanden/Prevost 2005: 546f) Des Weiteren machte sich Alemán aufgrund der Korruptionsskandale während seiner Amtszeit

nicht nur innerhalb Nicaraguas unbeliebt. (Staten 2010: 144) Doch Ortega arbeitete mit Alemán zusammen und schloss 1998 mit ihm einen Pakt (*el pacto*), welcher der FSLN und der PLC die Kontrolle über bedeutende Instanzen, Alemán für zwei weitere Amtszeiten einen Sitz im Parlament und dadurch Immunität zusicherte sowie eine Abänderung der Wahlgesetzgebung beinhaltete. (Küblböck 2011: 97)

Der Ausgang der folgenden Wahlen des Jahres 2001 war ein ähnlicher wie im Jahr 1996. Die PLC unter Enrique Bolaños konnte die FSLN unter Ortega mit 56% abermals besiegen. (Vanden/Prevost 2005: 545) Bolaños nahm sich zum Ziel, die Korruptionsdelikte um Alemán aufzuklären und ihn dafür vor Gericht zur Verantwortung zu ziehen. Alemán wurde zu 20 Jahren Haft verurteilt, was folglich die Partei Bolaños spaltete und ihm die Mehrheit seiner eigenen ParteikollegInnen kostete. Die PLC teilte sich nun in zwei Parteien auf, die Alemán-GegnerInnen als APRE - *Alliance for the Republic* - und die Alemán-BefürworterInnen weiterhin als PLC. Zwar hatte Bolaños die Unterstützung in seinen eigenen Reihen weitgehend verloren, allerdings machte er sich im Ausland und demnach bei den Geldgebern für Nicaragua beliebt. (Küblböck 2011: 97; Staten 2010: 149) Ein wichtiges Abkommen während der Amtszeit Bolaños war das CAFTA (Central American Free Trade Agreement) Freihandelsabkommen, welches für politische Unruhen sorgte. Trotz Widerstand seitens der FSLN konnte dieses über Umwege im Jahr 2005 durchgesetzt werden. (Staten 2010: 150)

Die FSLN konnte nach den politischen Streitigkeiten bei den Kommunalwahlen große Erfolge feiern. Diese setzten sich bei den Präsidentschaftswahlen im November 2006 fort. Daniel Ortega, der nach längeren Diskussionen innerhalb der Partei wieder für die FSLN antrat, wurde mit 38,07% zum Präsidenten Nicaraguas gewählt. (ebd.: 150;152) Relevant ist die Tatsache, dass die FSLN nur 38 der 92 Sitze im Parlament besetzen konnte und somit selbstständig keine neuen Gesetze beschließen konnte. Der Wahlsieg der FSLN kann nicht zuletzt auf die Spaltung des konservativen Flügels zurückgeführt werden. Denn die Uneinigheiten spaltete schließlich auch die WählerInnen der konservativen Parteien, welche 29% (ALN-PC – *Alianza Nicaragüense*) und 26% (PLC) erreichten. Aber auch das vor der Wahl veränderte Wahlrecht verhalf der FSLN zum Sieg, da nun keine absolute Mehrheit für den Sieg notwendig ist, sondern lediglich ein Abstand von 5% zur nächsten Partei erforderlich ist. (Acevedo 2011:32f)

4.2 Aktuelle Entwicklung

Auch heute noch heißt der Präsident Nicaraguas Daniel Ortega. Er wurde am 6.11.2011 wieder gewählt. Die Wiederwahl des Präsidenten war schon vor der Wahl so gut wie sicher, denn Ortega erhält große Unterstützung seitens der armen und ländlichen Bevölkerung Nicaraguas. Ein Großteil der armen Bevölkerung profitiert von den Sozialreformen der letzten Amtszeit Ortegas und sieht über die Vorwürfe des Amtsmissbrauchs und des zunehmenden Autoritarismus hinweg. Die AnhängerInnen Ortegas sind vor allem in den ländlichen Regionen Nicaraguas zu finden, weil sie das erste Mal nach Jahren neoliberaler Politik wieder das Gefühl haben in der Politik gehört zu werden. (vgl. Leonhard 2011a; vgl. Kiczka/Schmidt 2008, vgl. Lengert 2009)

Daniel Ortega wurde im November 2011 mit rund 63% zum dritten Mal zum Präsidenten Nicaraguas gewählt. Die Wahl wird zwar mittlerweile offiziell anerkannt, jedoch wurden von nationalen sowie von internationalen WahlbeobachterInnen Ungereimtheiten und Intransparenz beklagt. Der Zugang zu den Wahllokalen soll nicht überall möglich gewesen sein. Außerdem wurden Zusammenstöße zwischen Ortega-AnhängerInnen und GegnerInnen dokumentiert. (Südwind 2011: 24; Weiss 2011)

Eigentlich verbietet die in den Jahren der sandinistischen Regierung verabschiedete Verfassung eine Wiederwahl des Präsidenten. Ortega hatte es aber trotz fehlender Zweidrittelmehrheit im Parlament geschafft, die Verfassung so abzuändern, dass er ein weiteres Mal als Präsident kandidieren durfte. Der unter Einfluss der FSLN stehende Oberste Gerichtshof stellte schließlich fest, dass das „Wiederwahlverbot gegen den Gleichheitsgrundsatz verstoße.“ Dieser Beschluss wurde mit der Möglichkeit der Wiederwahl von Parlamentsabgeordneten gerechtfertigt. (Leonhard 2009:1)

Aber nicht nur diese Gesetzesänderung in der Amtszeit Ortegas sorgt in der Bevölkerung und international für Aufsehen. Die FSLN und demnach Ortega hat sich noch ein Jahr vor der Wahl 2006 der katholischen Kirche angenähert und sich offiziell zu konservativ-christlichen Werten bekannt. Die Kampagne und das Gesetz für ein Abtreibungsverbot wurde von Ortega und der FSLN befürwortet und unterstützt. (Oettler 2009: 65;159) Ein Schwangerschaftsabbruch ist nun in keinem Fall legal, auch dann nicht, wenn sich die Mutter in Lebensgefahr befindet. Einige Frauenorganisationen haben sich ab diesem Zeitpunkt von der FSLN abgewendet und stehen nun in Opposition zu ihr.

Für Kritik haben auch die Kommunalwahlen im Jahr 2008 gesorgt, bei denen die Sandinistische Erneuerungsbewegung, die MRS, aber auch die Konservative Partei vom Obersten Wahlrat nicht zugelassen wurden zur Wahl. Weiters wurde neutralen WahlbeobachterInnen der Zutritt zu den Wahllokalen verwehrt und der FSLN wird Wahlbetrug vorgeworfen. Auch gewalttätige Zusammenstöße begleiteten die Wahlen. Die bilateralen Beziehungen zu Nicaragua verschlechterten sich aufgrund dieser Vorfälle maßgeblich, was zu einer Kürzung und Einstellung der Budgethilfe einiger Geberländer führte. (Massing/Krämer 2009: 3; Küblböck 2011: 101ff)

Neben diesen kritischen Aktionen hat Ortega in den letzten Jahren auch viele teils erfolgreiche Sozialreformen durchgeführt. Die meisten dieser Programme, welche vor allem den armen Bevölkerungsteilen zu Gute kommen sollen, werden mit venezolanischem Geld finanziert. Ortega pflegt den Kontakt zu Hugo Chavez, aber auch zu Castro und Morales und Nicaragua trat im Jahr 2007 dem Bündnis ALBA (*Alianza Bolivariana para los Pueblos de Nuestra América*) bei. (Staten 2010: 154) Venezuela stellt Nicaragua jährlich ca. 520 Mio. US\$ in Form eines langfristigen Kredits zur Verfügung. Investiert wird dieses Geld u.a. in Sozialprojekte im Bereich des Straßenbaus, des Gesundheitssystem oder der Bildung. (Kiczka/Schmidt 2008: 1) Bekannt ist bspw. das Null-Hunger-Programm *Hambre Cero*. Dieses „soll durch die Verteilung von trächtigen Kühen, Schweinen, Hühnern und Saatgut an Kleinbauern gleichzeitig die Armut auf dem Land lindern und die Produktion von Grundnahrungsmitteln steigern.“ (Leonhard 2010: 15). Die ersten Reformen, welche Ortega nach seinem Amtsantritt umsetzte, betrafen den kostenlosen Schulzugang (Primar- und Sekundarstufe), kostenfreies Schulessen und die Bereitstellung von Schulmaterial. Des Weiteren wurde die kostenlose Krankenhausbehandlung wieder eingeführt. (Liebel 2010: 81ff) Gegründet wurden auch sogenannte *Consejos de Participación Ciudadana – CPC*, welche als Entscheidungs- und Verteilungsgremien auf der Kommunalebene fungieren. Sie sollten eigentlich eine Partizipation aller BürgerInnen auf allen politischen Ebenen ermöglichen. Die CPCs werden aber von FSLN-Mitgliedern dominiert und von der Regierung selbst finanziert. Koordinatorin der CPCs ist die Frau Ortegas, Rosario Murillo. (Lengert 2009:3; Butscher 2009: 138)

Zwar können bei all den Sozialprogrammen Erfolge festgestellt werden und auf den ersten Blick kann eine Verbesserung der Lebenssituation vieler NicaraguanerInnen beobachtet werden, jedoch wird auch hier der Vorwurf des Klientelismus laut. (Lengert 2009: 3) Aufgrund begrenzter Ressourcen kann nicht jeder/jede an den Sozialprogrammen teilnehmen

und ausgewählt werden schließlich meist FSLN-AnhängerInnen. Die FSLN weist diese Vorwürfe jedoch zurück. (Schmidt 2011: 2)

Die Politik Ortegas spaltet die Gesellschaft nicht nur national, sondern auch international. Es herrscht Uneinigkeit über den einstigen Revolutionsanführer Daniel Ortega, der in vielen Augen das Etikett des *Sandinismo* für seinen eigenen Machterhalt und aus opportunistischen Gründen missbraucht. Darüber hinaus besteht die Angst, die Regierung Ortegas wende sich immer mehr von demokratischen Prinzipien ab und es bestehe die Gefahr einer Diktatur unter Ortega. Die internen Streitigkeiten und Abspaltungen innerhalb der FSLN in den vergangenen Jahren deuten auf die Uneinigkeiten hinsichtlich eines neuen und gemeinsamen Konzepts des *Sandinismo* hin. Auf der anderen Seite befinden sich jedoch jene Menschen, die von den Programmen und Reformen Ortegas profitieren. Es sind auch diejenigen, die eine deutliche Verbesserung ihrer Lebenssituation verspüren und demokratische Einbußen für ein besseres Leben in Kauf nehmen.

Die zukünftige politische und wirtschaftliche Entwicklung Nicaraguas wird spannend zu beobachten sein. In diesem Kontext stellt sich vor allem die Frage, wie sich Nicaragua auf internationalem Paket weiterhin verhalten wird. Und inwieweit die Politik Ortegas auf die bilateralen Beziehungen anderer Länder Einfluss haben wird und demnach auch auf die Entwicklungszusammenarbeit.

4.3 Nicaragua als Empfängerland

Nicaragua befindet sich nach Haiti und Kolumbien auf Platz 3 der Top 10-Empfängerländer in Amerika. Im Jahr 2010 erhielt Nicaragua insgesamt 628 Mio. US\$ an ODA-Mitteln, das sind ca. 10,1% des BNE Nicaraguas. 6 % aller ODA-Zahlungen in Amerika gehen an Nicaragua. Die Hauptgeber der letzten Jahre sind neben den Ländern Spanien und USA auch multilaterale Institutionen, wie die IDB (*Inter-American Development Bank*) oder die IDA (*International Development Association – Weltbank*). (OECD 2012d – online) Jedoch ziehen sich immer mehr „traditionelle“ Geberländer aus der bilateralen Zusammenarbeit mit Nicaragua zurück. Neben Österreich hat auch Deutschland einen Rückzug aus Nicaragua angekündigt. Aber auch Schweden, das konstant einen beträchtlichen Teil der ODA bis 2010 übernommen hat, beendete im Jahr 2011 die bilaterale Zusammenarbeit mit Nicaragua. Es werden unterschiedliche Gründe für ein Ende der bilateralen Kooperationen genannt. Häufig

sind es aber die politischen Umstände in Nicaragua, wie die zunehmenden autoritären Züge der Ortega-Regierung, die zu einem Rückzug vieler bilateraler Geberländer führen. (BMZ 2012 - online) Als Rückzugsgrund wird auch eine stärkere Konzentration auf die am wenigsten entwickelten Länder (LDC) in Afrika genannt. (BMeiA/ADA 2011: 8) Allerdings bemüht sich Nicaragua seit dem Antritt Ortegas auch um neue internationale Kooperationen, mit Hilfe derer neue Geldquellen erschlossen werden sollen. Eine bedeutende Rolle nimmt hier Venezuela ein, das laut *BCN (Banco Central de Nicaragua)* Nicaragua im Jahr 2010 mit 511 Mio. US\$ unterstützte. Mit den Geldern aus Venezuela werden neben den Energiekooperationen auch diverse Sozialprojekte sowie Wirtschaftsprojekte finanziert. (BCN 2010: 14) Die Zusammenarbeit mit Venezuela löste aber in der „traditionellen“ Gebergemeinschaft Unbehagen aus, da die Mittelvergabe aus Venezuela sowie deren Einsatz für die Öffentlichkeit intransparent und nicht nachvollziehbar gestaltet wird. (Küblböck 2011: 101) Neben Venezuela erwiesen sich in den letzten Jahren auch Chile, Brasilien, Mexiko und Russland als wichtiger Teil der erstarkenden Süd-Süd-Kooperationen. Eine fehlende Harmonisierung der neuen Geber wird kritisiert. (BMeiA/ADA 2011: 9)

Im Allgemeinen schwankten die ODA-Mittel in den letzten zwei Jahrzehnten jährlich zwischen 315 (1993) und 1240 Mio. US\$ (2004). Die folgende Tabelle zeigt die ODA-Entwicklungen der letzten Jahre in Nicaragua:

Abbildung 3 Gesamt empfangene ODA (in Mio. US\$) Nicaragua

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Gesamt-ODA (netto)	1240	763	740	840	741	773	628
Davon bilaterale ODA	918	564	478	591	575	519	416
In % des BNE	29	16	15	15	12	13	10

Quelle 3 World data Bank 2012 – online

Die Höhe der ODA an Nicaragua war in den letzten fünf Jahren weitgehend konstant. Im Jahr 2004 hat die ODA mit 1240 Mio. US\$ den Höhepunkt erreicht. Der Anteil der ODA am BNE hat sich in den letzten Jahren stark verringert, was positiv zu bewerten ist. Im Jahr 2004 betrug dieser noch 29%, wobei dieser Prozentanteil in den 90er Jahren noch viel höher, oftmals bei über 30%, lag. Dies veranschaulicht die Wichtigkeit, aber auch die Abhängigkeit Nicaraguas von den ODA-Geldern.

Die wichtigsten Geberländer und -institutionen des Jahres 2009/2010 können der folgenden Abbildung entnommen werden:

Abbildung 4 Top 10 ODA (brutto) Hauptgeber

Durchschnitt 2009 – 2010	Mio. US\$
1. Spanien	126
2. IDB Sp. Fund	113
3. USA	72
4. IDA	57
5. EU-Institutionen	34
6. Dänemark	29
7. Niederlande	29
8. Deutschland	28
9. IMF	28
10. Japan	28

Quelle 4 OECD 2012d

In dem oben dargestellten Zeitraum erwiesen sich Spanien mit durchschnittlich 126 Mio. US\$ und die USA mit 72 Mio. US\$ als die Hauptgeberländer. Spanien kann vor allem ab der Jahrtausendwende zu den Hauptgebern gezählt werden. Zuvor befanden sich die ODA-Mittel Spaniens eher im Mittelfeld. (World dataBank 2012 – online) Die bilateralen Mittel Spaniens wurden größtenteils (87,4% im Jahr 2011) in die Bereiche Infrastruktur und Soziales investiert. (AECID 2011) Die USA fungierten der ODA-Statistik (World dataBank 2012 – online) zufolge seit der Wiederaufnahme der bilateralen Zusammenarbeit im Jahr 1990 als eines der wichtigsten Geberländer. Jedoch kann seit 2008 ein Rückgang der US-ODA-Mittel an Nicaragua um fast 50% beobachtet werden. (ebd.) Die ODA-Mittel der USA werden vorrangig zur Förderung der Demokratie und des Wirtschaftswachstums sowie im Sektor Gesundheit und Bildung eingesetzt. (USAID 2012 – online)

Auf multilateraler Ebene können neben der IDB¹³ mit durchschnittlich 113 Mio. US\$ auch die IDA¹⁴ mit 57 Mio. US\$ sowie die EU Institutionen¹⁵ mit 34 Mio. US\$ als Hauptgeber betrachtet werden.

Des Weiteren wurde, wie oben schon erwähnt, Nicaragua 1999 in die HIPC-Initiative aufgenommen. Als Bedingung für die Aufnahme musste Nicaragua einen Strategieplan entwickeln, der wirtschaftliches Wachstum und Armutsreduzierung forciert. Der erste

¹³ Zu den Strategien und Schwerpunkten der IDB siehe auch Country Strategy: IDB 2008

¹⁴ Zu den Strategien und Schwerpunkten der IDA siehe auch die Country Partnership Strategy (CPS): World Bank 2007

¹⁵ Zu den Strategien und Schwerpunkten der EU siehe auch das Landesstrategiepapier (LSP): Europäische Kommission 2007

Entwicklungsplan ist unter dem Namen ERCERP (*Estrategia reforzada de crecimiento económico y reducción de pobreza*) oder PRSP (*Poverty Reduction Strategy Paper*) bekannt und hat primär die Wirtschaftsförderung und eine daraus resultierende Armutsreduktion zum Ziel. Das PRSP wurde sowohl von den wichtigsten multilateralen Institutionen als auch von relevanten Geberländern finanziell unterstützt. Darauf aufbauend wurde der *Plan de Desarrollo 2005-2009* beschlossen, der vor allem von der Zivilgesellschaft aufgrund mangelnder Konsultationsprozesse kritisiert wurde. Der *Plan de Desarrollo* wurde unter Ortega mit dem Namen *Plan Nacional de Desarrollo Humano (PNDH)* bis 2011 fortgeschrieben, wobei dieser das Hauptaugenmerk auf Armutsreduktion und daran gekoppelt den sozialen Bereich sowie demokratische Beteiligung legt. (Slezak 2010: 10f) Trotz der schon oben genannten Bedenken findet der *Plan de Desarrollo* internationale Zustimmung und erfüllt die Erwartungen der Gebergemeinschaft.

Die HIPC-Initiative brachte Nicaragua im Jahr 2003 einen Schuldenerlass von 65%. Weitere Entschuldungsmaßnahmen folgten in den Jahren darauf. Nicaragua konnte in den vergangenen Jahren positive wirtschaftliche Entwicklungen verzeichnen und wird von der OECD mittlerweile nicht mehr zu den LDCs gezählt. (ADA 2012: 3f)

Die positiven wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen in Nicaragua werden von internationaler Kritik und Skepsis gegenüber den politischen Rahmenbedingungen des Landes begleitet. Diese politischen Spannungen sowie die negativen Entwicklungen der Weltwirtschaft beeinflussen das Geberverhalten der DAC-Mitgliedsländer in Nicaragua maßgeblich. Zwar ist bisher nur ein leichter Rückgang bei den ODA-Mitteln zu verzeichnen, jedoch kündigen immer mehr „traditionelle“ Geberländer ihren Rückzug aus der bilateralen EZA mit Nicaragua an. Die bilaterale Budgethilfe wurde bereits ab dem Jahr 2008 reduziert und blieb 2009 komplett aus. Folglich wurde 2010 die Budgethilfegruppe gänzlich aufgelöst. (Küblböck 2011: 103) Dem gegenüber stehen aber neue, nicht „traditionelle“ Geber, die Nicaragua finanziell und ideologisch unterstützen. Aber auch die multilateralen Institutionen machten bislang keine Andeutungen hinsichtlich einer Reduzierung der ODA-Mittel, was nicht zuletzt auf die Einhaltung der vereinbarten Abkommen und die positiven wirtschaftlichen Entwicklungen Nicaraguas zurückzuführen ist.

5 Österreichische Entwicklungszusammenarbeit mit Nicaragua

Österreich engagiert sich bereits seit knapp 30 Jahren in Nicaragua. Seit 1990 zählt Nicaragua als einziges Land Lateinamerikas offiziell zu den Schwerpunktländern der OEZA und wird seither auch mit Hilfe zivilgesellschaftlichen Engagements entwicklungstechnisch unterstützt. Im Jahr 2010 erhielt Nicaragua 5,63 Mio. € bilaterale Mittel aus Österreich. Allerdings wurde auch im selben Jahr der Rückzug der OEZA aus Nicaragua angekündigt. Die Zusammenarbeit wird mit dem Jahr 2013 eingestellt werden. Warum diese langjährige Zusammenarbeit beendet wird, soll im folgenden Kapitel ergründet werden. Zuvor bedarf es jedoch einer genaueren Darstellung der Geschichte und Entwicklung der OEZA mit Nicaragua. Eine aktuelle Bestandsaufnahme der OEZA mit Nicaragua soll nicht fehlen. Die Hintergründe der OEZA mit Nicaragua sind im Kontext mit der Solidaritätsbewegung und den Städtepartnerschaften zu betrachten, da diese, wie sich zeigen wird, in Wechselwirkung zueinander stehen.

5.1 Entstehungsgeschichte

Die sandinistische Revolution und die Repressionen unter Somoza erregten auch in Österreich die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit. Ausschlaggebende Ereignisse für die Zunahme des weltweiten Interesses an Nicaragua waren die Ermordung von Pedro Chamorro und die sandinistische Besetzung des Nationalpalastes im Jahr 1978 in Managua. In vielen Ländern Europas wurden Komitees gegründet, die ihre Solidarität mit den SandinistInnen in Nicaragua erklärten. (Balsen/Rössel 1986: 401f) Auch in Österreich bildeten sich ab 1978 die ersten Nicaragua-Komitees, welche die Solidaritätsarbeit für Nicaragua aufnahmen und von Teilen der österreichischen Politik unterstützt wurden. (Kanamüller 1992: 93) Zuvor pflegte Österreich lediglich einen unbedeutenden Handelsaustausch mit Nicaragua. Bruno Kreisky, der dem Präsidium des österreichischen Solidaritätskomitees für Nicaragua (ÖSKN) angehörte, übernahm beim Aufbau der Beziehungen zum sandinistischen Nicaragua und demnach in der Aufnahme der bilateralen EZA mit Nicaragua eine wesentliche Rolle. Die Entstehung der Solidaritätsbewegung geht mit den Entwicklungen der außenpolitischen Beziehungen Österreichs mit Nicaragua einher. (Slezak 2010: 16) Sowohl die Solidaritätskomitees als auch der Großteil der SozialdemokratInnen waren der Überzeugung, Nicaragua würde einen „Dritten Weg“ finden und diesen auch bestreiten. Demgegenüber stand die Kritik der ÖVP, welche vor allem die autoritären Züge der sandinistischen

Regierung betonte und die zunehmende Unterstützung Nicaraguas kritisierte. Die PolitikerInnen der SPÖ bekannten sich schließlich zu einer „kritischen Solidarität“ mit Nicaragua und „verwiesen zum einen auf die durch die Contras herbeigeführte Ausnahmesituation und begründeten zum anderen die Entwicklungshilfe–Leistungen damit, dass man das Land nicht fallen lassen und damit in die Arme der Sowjetunion treiben wolle.“ (Hödl 2004: 110f; 258) International lehnten sich die Regierung Österreichs und auch Kreisky nicht weit aus dem Fenster, da man die freundschaftliche Beziehung zur USA nicht gefährden wollte. Zwar wurde international für die finanzielle Unterstützung Nicaraguas plädiert, eine offensive politische Stellungnahme blieb aber weitgehend aus. (Kanamüller 1992: 98) Als erste relevante finanzielle Hilfe kann die Unterstützung der österreichischen Regierung mit 600.000 Schilling (43.604€) für die Projekte des ÖSKN angesehen werden, welche in den späten 1970er Jahren humanitäre Hilfe für Flüchtlinge aus Nicaragua in Costa Rica und Honduras leisteten. Des Weiteren wurde von der österreichischen Regierung eine Spendenverdopplungsaktion durchgeführt, durch die jährlich 1,5 Mio. Schilling für ein kleines Spital in *La Esperanza* und für die allgemeine Gesundheitsversorgung bereitgestellt wurden. Bis 1982 konnten so 5 Mio. Schilling von der österreichischen Regierung für Nicaragua zur Verfügung gestellt werden. Bis zur Eröffnung der österreichischen Koordinationsstelle in Managua und des bilateralen Kooperationsabkommens im Jahr 1986 wurden zwei Kredite im Jahr 1982 (100 Mio. Schilling) und im Jahr 1983 (114 Mio. Schilling) gewährt sowie Projekte im Ausbildungssektor (Alphabetisierungskampagnen/Kinderbibliothek) und im Bereich Infrastruktur (Energie- und Wasserversorgung) mit insgesamt 14 Mio. Schilling finanziert. (BMeiA/ADA 2011: 3; Höll 1986: 159ff;182) Des Weiteren wurden zivilgesellschaftliche Organisationen, wie das IIZ (Institut für Internationale Zusammenarbeit) oder der ÖED (Österreichischer Entwicklungsdienst), welche EntwicklungshelferInnen nach Nicaragua versandten, finanziell gefördert. Im Jahr 1984 erreichte die österreichische ODA an Nicaragua ihren Tiefststand mit 9,8 Mio. Schilling. Auch im Bereich der Projekthilfe war in den folgenden Jahren ein Rückgang zu verzeichnen. (Franz 2006: 244f) Sowohl die politische als auch die finanzielle Unterstützung nahm in der Zeit von 1984 bis 1987 insgesamt ab, was Auswirkungen auf die EZA mit Nicaragua hatte. Mit der Entsendung des Entwicklungsattachés im Jahr 1986 wurde ein Kompromiss im Streit um die Errichtung einer österreichischen Botschaft in Nicaragua erreicht. Damit war dem Wunsch der Solidaritätsgruppen nach einer österreichischen Botschaft in Nicaragua nicht nachgegangen worden. (Kanamüller 1992: 106f)

Der politische Wechsel im österreichischen Außenministerium im Jahr 1987, welches nun von Alois Mock geleitet wurde, ließ weitere Einschränkungen in der EZA mit Nicaragua erwarten. Das Gegenteil trat ein und die ODA-Mittel stiegen sogar an. Hödl sieht die Gründe für das Fortbestehen der Beziehungen zu Nicaragua in der veränderten Außenpolitik der Sowjetunion, in den Friedensinitiativen in Mittelamerika sowie in Österreich selbst, wo sich sowohl die SPÖ als auch eine breite Öffentlichkeit für Nicaragua einsetzten. (Hödl 2004: 259)

Die geographische Verteilung der österreichischen ODA im Jahr 1985 zeigt allerdings, dass Nicaragua oder Lateinamerika als Region keineswegs den Großteil der ODA-Mittel erhielt, obwohl Nicaragua inoffiziell seit der sandinistischen Revolution ein neues Schwerpunktland der OEZA war. Schwerpunktregion war seit Ende der 1970er Jahre Afrika und empfing demnach auch die meisten bilateralen ODA-Mittel. (Falkner 1988: 50) Die folgende Tabelle veranschaulicht die ODA-Leistungen an Nicaragua bis 1990:

Abbildung 5 Österreichische ODA an Nicaragua, 1980-1990 in Mio. US\$

1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990
0,74	0,72	8,74	8,06	0,49	4,41	1,28	1,47	2,16	2,36	3,58

Quelle 5 OECD 2012e

Im Jahr 1989 konnten 50 Personaleinsätze verzeichnet werden und Projekte im Bereich Trinkwasser, Biogas und Demokratieförderung wurden finanziert. Zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen sowie Städtepartnerschaften haben sich im Zuge des Engagements für Nicaragua etabliert. (Slezak 2010: 18)

Die Wahlen des Jahres 1990 wurden schließlich auch von österreichischen WahlbeobachterInnen begleitet. Nach dem Regierungswechsel in Nicaragua blieben die bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und Nicaragua bestehen und es wurden neben den oben genannten Sektoren Schwerpunkte im Bereich der Privatsektor- und Kleingewerbeförderung sowie im Bereich Umwelt und nachhaltige Entwicklung (Schutz des Regenwaldes und alternative Energiegewinnung) gesetzt. Im Jahr 1992 wurde Nicaragua offiziell zum Schwerpunktland der OEZA ernannt. (ebd.: 16ff)

5.1.1 Exkurs: Solidaritätsbewegung mit der sandinistischen Revolution

Der Begriff Solidaritätsbewegung taucht im Zusammenhang mit Nicaragua und den SandinistInnen immer wieder auf. Der Terminus wird sowohl in der Alltagssprache als auch

in der wissenschaftlichen Literatur meist mit dem Begriff „Dritte-Welt“-Bewegung synonym verwendet. Kolland fasst unter dem Begriff der „Dritte-Welt“-Bewegung Folgendes zusammen:

„[...] *Solidaritätskomitees*, deren Counterpart die Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt sind; *Aktionsgruppen*, die Hilfsprojekte in der Dritten Welt betreuen und Aufklärungsarbeit in Österreich leisten und *Einzelpersonen*, die im Nahbereich zu entwicklungspolitischen Institutionen, Aktionsgruppen, Solidaritätskomitees etc. stehen.“ (Kolland 1984: 166)

Das gemeinsame Ziel dieser Bewegungen stellt „die Veränderung der sozialen Realität in der Dritten Welt“ dar. (Luger 1986: 176) Kanamüller zufolge können Solidaritätsbewegungen nicht allgemein mit „Dritte-Welt“-Bewegungen gleichgesetzt werden, sondern können lediglich als Teil dieser betrachtet werden. Solidaritätsbewegungen sind politisch motiviert und setzen auch politische Aktionen. Die Solidarität richtet sich meist an Befreiungsbewegungen, die sich gegen herrschende imperialistische Kräfte wenden. (Kanamüller 1992: 79f; 76) Die Aktionsformen von Solidaritätsbewegungen gehen über die für „Dritte-Welt“-Bewegungen typischen Aktivitäten, wie Informationsarbeit und „Veränderungen im eigenen Lebensstil“, hinaus. Mit Aktionen wie Demonstrationen, Veranstaltungen und Unterschriftenlisten sollen die politische Ziele und damit einhergehend Unterstützung für die Menschen in „Entwicklungsländern“ in der breiten Bevölkerung der westlichen Industrieländer erreicht werden. (ebd.: 78) Die in den Solidaritätsbewegungen aktiven Personen kommen aus unterschiedlichen Umfeldern und die politische Zusammensetzung ist nicht homogen. Allerdings stammt ein Großteil der AktivistInnen aus dem sozialistischen Lager, aber auch aus dem progressiv-christlichen Milieu. (ebd.: 81) Pilz stellt in ihrer Studie fest, dass die entwicklungspolitisch engagierten Menschen aus der „linken-marxistischen“ Szene aufgrund entwicklungskritischer und theoretischer Überzeugungen aktiv sind. AktivistInnen aus dem christlichen Milieu engagieren sich hingegen aus christlich-karitativen Motiven heraus und stehen den klassischen Entwicklungstheorien unwissend und/oder unkritisch gegenüber. (Pilz 1983: 54) Motive können demnach der Wunsch nach Veränderung der gesellschaftlichen Strukturen oder aber Nächstenliebe und helfendes Engagement sein. Kramer-Fischer unterscheidet zwischen Aktionsgruppen und Solidaritätsbewegungen. Zu den Aktionsgruppen zählen Selbstbestierungsgruppen, Vereine, Pfarrgemeinden und andere Gruppierungen. Solidaritätsbewegungen werden hingegen meist von staatlicher und politischer Seite offiziell unterstützt, was der Solidaritätsbewegung mehr an politischem Gewicht verleiht als den

Aktionsgruppen. (Kramer-Fischer 1988: 57) Es wird aber bei allen Definitionen betont, dass die Trennlinien nicht eindeutig sind und sowohl Solidaritätsbewegungen als auch „Dritte-Welt“-Bewegungen ineinander übergehen.

In Österreich sind die Solidaritätsbewegungen größtenteils im Kontext mit Lateinamerika zu betrachten. Die erste Solidaritätsbewegung in Österreich formierte sich Anfang der 1970er Jahre mit dem Sturz Allendes und dem Beginn der Pinochet-Diktatur in Chile. (ebd.: 57) Eine starke Präsenz in Österreich hatte schließlich die Solidaritätsbewegung mit Nicaragua, auch Nicaraguabewegung genannt. Die Solidarität galt den SandinistInnen und der Revolution, die für viele die Chance zur Verwirklichung einer gerechten Welt darstellte. Ein weiteres wichtiges Element, das zur Solidarisierung mit Nicaragua führte, war die aggressive Politik der USA gegen Nicaragua. Dieser stellten sich die Mitglieder der Solidaritätsbewegung ausdrücklich entgegen. (Kanamüller 1992: 90) Das erste offizielle und österreichweite Solidaritätskomitee für Nicaragua war das ÖSKN, welches von Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft Kritische Medizin gegründet wurde. Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft waren aus Costa Rica und Honduras nach Österreich zurückgekehrt, wo sie Flüchtlinge aus Nicaragua betreuten. Daraufhin beschloss man ein eigenes Nicaragua-Komitee zu gründen. Die Mitglieder des ÖSKN leisteten in Österreich Öffentlichkeitsarbeit und führten in Nicaragua Personaleinsätze sowie materielle Hilfe durch. Das ÖSKN setzte sich aus Einzelpersonen und anderen Organisationen, sowohl aus christlichen als auch aus politischen Kreisen, zusammen. Das erste große Projekt war die Errichtung und Finanzierung des Spitals in *La Esperanza*, das auch von der österreichischen Bundesregierung mitfinanziert wurde. (Kramer-Fischer 1988.: 62)

Ab 1983 förderte das ÖSKN die Entsendung sogenannter Arbeitsbrigaden. Die Arbeitsbrigaden, welche aus Freiwilligen in Österreich bestanden, sollten die in Nicaragua aufgrund des drohenden Krieges fehlenden Arbeitskräfte ersetzen und bei der Ernte im Land helfen. Außerdem sollte die Anwesenheit internationaler ArbeiterInnen in Nicaragua das Land vor Angriffen von außen schützen. Mehr als 100 ÖsterreicherInnen engagierten sich in den Arbeitsbrigaden und reisten nach Nicaragua, wo sie sich z.B. bei der Kaffeeernte beteiligten. Die Absichten der BrigadistInnen waren die Hilfe beim Aufbau einer neuen Gesellschaft, der Wiederaufbau Nicaraguas sowie die Prävention eines Angriffs der USA. (Kanamüller 1992: 99) Schon ab den 1980er Jahren wurde die Solidaritätsarbeit der Nicaraguabewegung immer politischer und die humanitären Aspekte gerieten immer mehr in den Hintergrund – obwohl sie stets ein wichtiger Teil der Solidaritätsarbeit blieben. Ziel war es, die Basis der

Nicaraguasolidarität auszuweiten. Die RückkehrerInnen der Erntebrigaden aus Nicaragua und deren Motivation führten schlussendlich zu einem Anstieg des Engagements in Österreich. Weitere Gruppen und Komitees wurden gegründet. Die größten und bekanntesten waren der österreichweite Verein Nicaragua-Brigaden und die Arbeitsgemeinschaft für das freie Nicaragua (ARGE). Das Engagement schwappte auch auf die Bundesländer über, wo regionale Brigadegruppen und Initiativen entstanden. Diese waren schließlich auch InitiatorInnen für die Gründung einiger Städtepartnerschaften, wie z.B. Linz – San Carlos. (ebd.: 102) Weiters ist die Mitarbeit und Unterstützung der Solidaritätskomitees und ihrer Mitglieder wesentlich für die weiteren Aktivitäten und das Fortbestehen der Städtepartnerschaften mit Nicaragua. (Kramer-Fischer 1988: 63; Kapitel 3.5.3.) Prinzipiell sieht Kanamüller in der Arbeit der BrigadistInnen mitunter einen Grund für das Fortbestehen und für die Stabilität der Nicaraguabewegung in Österreich. Im Allgemeinen setzte sich die Solidaritätsarbeit aus den Brigadekampagnen, aus konkreten Projekten und aus der österreichweiten Koordinierung und Öffentlichkeitsarbeit zusammen. Im Laufe der Zeit wurden immer mehr Projekte verwirklicht und die Projektarbeit stand demnach verstärkt im Vordergrund. (Kanamüller 1992: 103f) Kolland charakterisiert die Projekte der (österreichischen) Solidaritätskomitees folgendermaßen:

1. „Die Hilfsprojekte werden mit den jeweiligen Befreiungsbewegungen abgewickelt, bzw. von und mit diesen entworfen.“
2. „Die Hilfe ist der Anlaß für politische Solidarität, die in Österreich in Öffentlichkeitsarbeit umgesetzt wird.“
3. „Die Projekte werden nicht in Eigenregie durchgeführt, sondern in Kooperation mit gesellschaftlichen Institutionen in Österreich (Parteien, öffentliche Entwicklungshilfe, Caritas,...) und in der Dritten Welt.“ (Kolland 1984: 175f)

Die Nicaraguabewegung kann sowohl Stärken als auch Schwächen aufweisen. Prinzipiell wird kritisiert, dass die Forderungen an die Politik in Österreich lediglich Forderungen blieben und keine konkreten oder gar radikalen Schritte gesetzt wurden, um die Ziele bezüglich der Politik gegenüber Nicaragua zu erreichen. Kanamüller sieht ein Problem in der zu intensiven Projektunterstützung. Stattdessen hätte die politische Öffentlichkeitsarbeit forciert und verstärkt werden sollen. Dennoch können auch Stärken der Nicaraguabewegung aufgezeigt werden. Die Nicaraguabewegung war im Jahr 1987 immerhin die größte Solidaritätsbewegung Österreichs. Dies ist nicht zuletzt auf die Pluralität der AktivistInnen zurückzuführen, die es ermöglichte, Menschen unterschiedlichster Milieus zu verbinden und

für Nicaragua zu mobilisieren. Dank der Solidaritätsbewegung wurden Nicaragua, die sandinistische Revolution und damit einhergehend die EZA mit Nicaragua in den 1980er Jahren zum Thema in der österreichischen Bevölkerung sowie in der Politik. (Kanamüller 1992: 104f)

Des Weiteren ist die Nicaraguabewegung sowohl von Höhen als auch Tiefen geprägt. Die Entwicklung der Bewegung wurde stets von den Begebenheiten in Nicaragua, der US-Politik sowie von politischen Ereignissen in Österreich beeinflusst. (ebd.: 88) Auch nach der Abwahl der FSLN im Jahr 1990 ist die Solidaritätsbewegung weiter aktiv geblieben und hat versucht die Kontakte und Kooperationen mit Organisationen und Personen in Nicaragua aufrechtzuerhalten. Die anfängliche Euphorie ist zwar abgeflaut, aber durch die bis heute bestehenden Städtepartnerschaften, Initiativen und Komitees lebt die Solidarität weiter. Die aktuelle Situation der Nicaraguabewegung in Österreich soll anhand der Städtepartnerschaft in Kapitel 6 dargestellt werden.

Die Entstehung der OEZA mit Nicaragua steht in einer Wechselbeziehung zu den Solidaritätsbewegungen. Die Nicaraguabewegung hat wesentlich zur Etablierung der OEZA mit Nicaragua beigetragen. Aber auch die politische Ebene, wie man z.B. am Engagement Kreiskys beobachten kann, hatte großen Einfluss auf die Entwicklungen und Verfestigungen der Nicaragua-Solidarität in Österreich. Die zivilgesellschaftliche und die politische Ebene haben sich hier einander bedient.

5.2 Nicaragua als Schwerpunktland der OEZA

Im Jahr 1992 wurde auf Empfehlung und Drängen der internationalen Organisationen, wie der OECD und der VN, der Beschluss gefasst spezifische Schwerpunktländer in der OEZA festzulegen. Der Grund hierfür war die seit Jahren kritisierte Fragmentierung der österreichischen EZA auf viele Ministerien und Länder. Es wäre sinnvoller, die im internationalen Vergleich geringen Mittel auf weniger Länder und auf die am wenigsten entwickelten (LDCs) zu konzentrieren. In den 1980er Jahren erhielten beispielsweise alleine in Afrika 46 Länder bilaterale Mittel aus Österreich. Anfang der 1990er Jahre einigte man sich, auch in Absprache mit den multilateralen Organisationen, auf die Schwerpunktregionen Afrika südlich der Sahara und einige wenige Länder in Asien und Zentralamerika. Im Jahr 1992 zählten schließlich acht Länder zu den Schwerpunktländern und weitere zwölf zu den

Kooperationsländern. (Freudenschuß-Reichl 2007: 140) Auch thematisch fokussierte sich die OEZA ab diesem Zeitpunkt auf Bildung/Ausbildung und Landwirtschaft/Ländliche Entwicklung. Die Zusammensetzung der Liste sowie die thematischen Schwerpunkte haben sich bis heute teilweise verändert und es sind neue Länder und Themen hinzugekommen und andere weggefallen (vgl. Kapitel 2.2.4.).

Nicaragua war von Beginn Teil der Schwerpunktländer der OEZA. Ein expliziter Grund für die Auswahl Nicaraguas als Schwerpunktland der OEZA wird offiziell nicht angeführt. Es existieren keine offiziellen Kriterien, nach denen die Auswahl der Schwerpunktländer stattgefunden hat. Vermutlich waren aber die schon vorhandenen Strukturen und Kontakte in Nicaragua, nicht zuletzt durch die Solidaritätsbewegung, ausschlaggebend für die Auswahl. Eine funktionierende Basis, auf der die OEZA aufbauen konnte, war in Nicaragua bereits gegeben. (Ostermann 2003: 48)

Thematisch konzentrierte sich die OEZA in den folgenden Jahren auf die vier Bereiche Bildung, Gesundheit, Gewerbe und Kleinindustrie sowie ländliche Entwicklung. Regional richtete sich der Fokus schon damals vor allem auf die autonome Nordatlantikregion. Auch wurde im Bereich der ländlichen Entwicklung der Aufbau alternativer Energien gefördert. Der Arbeitslosigkeit und der Armut sollte mit Projekten im Bereich der Förderung des Gewerbes und der Landwirtschaft entgegengewirkt werden. Des Weiteren wurde die Förderung von Dezentralisierung und Demokratisierung forciert, um eine Verbesserung der lokalen sozioökonomischen Rahmenbedingungen zu erreichen. Die OEZA suchte in den 1990er Jahren ihre PartnerInnen vor allem auf lokaler Ebene, in den Gemeinden und Regionalverwaltungen sowie in der Zivilgesellschaft. (Langthaler 2002: 30) Diese Form der Zusammenarbeit deutet auf das Misstrauen der österreichischen Regierung gegenüber der nicaraguanischen Politik, vor allem unter Alemán, hin. (vgl. ADA 2012) Einen wichtigen Teil der Arbeit und Koordinierung der Projekte in Nicaragua übernimmt das Koordinationsbüro in Managua, welches für die österreichischen Projekte in ganz Mittelamerika zuständig ist. Ab dem Jahr 2003 beabsichtigte die OEZA wieder eine stärkere Kooperation mit der Regierung in Nicaragua, da die Regierung Österreichs mit der Politik des neuen Präsidenten Bolaños durchwegs im Einklang stand und positive Entwicklungen im institutionellen Sektor und in der Korruptionsbekämpfung beobachten konnte. Als Basis für die weitere Zusammenarbeit betrachtete die OEZA die schon zuvor erwähnte ERCERP-Strategie. Die Schwerpunktthemen blieben weiterhin in den Sektoren Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, Mikro-Klein- und Mittelbetriebe und Soziales (Bildung und Gesundheit). (Langthaler 2002: 30f) Im Bereich

der ländlichen Entwicklung war primär die Sicherung des Bodeneigentums der LandwirtInnen durch Regelungen der Grundbucheintragungen sowie die Schaffung von Netzwerken für den Austausch im Bereich ressourcenschonender und nachhaltiger Wald- und Landnutzung ein Schwerpunkt. Dazu zählen auch Wasserversorgung und -nutzung sowie Beratung im Kreditwesen. Im Sektor Gesundheit und Bildung wurde eine Ausweitung der lokalen Gesundheitsinfrastruktur und die Ausbildung von Fachkräften beabsichtigt.

Seit dem Regierungsantritt der FSLN 2006 bezieht sich die OEZA verstärkt auf den Nationalen Entwicklungsplan Nicaraguas (PNDH) und arbeitet mit der Regierung Ortegas konstruktiv zusammen. (Slezak 2010: 19) Die Landesstrategie der OEZA muss auch immer in Bezug auf die Regionalstrategie Zentralamerika betrachtet werden, da Nicaragua Teil dieser ist. Österreich wirkt in den länderübergreifenden Programmen wie SICA (*Sistema de la Integración Centroamericana*), EEP (Energie- und Umweltpartnerschaft mit Zentralamerika) oder CARICOM (*Caribbean Community*) mit. Diese Programme betreffen hauptsächlich die wirtschaftliche und soziale Entwicklung, um die Lebensbedingungen nachhaltig zu bessern. Ein Fokus liegt vor allem im Energiesektor. (BMeiA/ADA 2008: 10f)

5.3 Finanzielle Entwicklungen der OEZA mit Nicaragua

Nicaragua hat seit 1990 jährlich zwischen 16,49 Mio. US\$ (~13,1€) (1991) und 3,59 Mio. US\$ (~2,85€) (1992) an österreichischer ODA erhalten. Die folgende Tabelle soll die Entwicklung der ODA der letzten 20 Jahre veranschaulichen:

Abbildung 6 Österreichische ODA in Mio. US\$, 1991-2010

1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
16,49	3,59	7,46	11,21	10,49	8,89	5,1	9,62	10,57	4,95

2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
5,73	4,45	7,12	8,65	9,84	8,36	8,5	8,59	7,85	8,35

Quelle 6 OECD 2012e - online

Die Tabelle zeigt, dass in den Jahren 1998 und 1999 die ODA an Nicaragua deutlich höher ausfiel als in den folgenden Jahren. Dieser Anstieg ist auf die verstärkten Hilfsmaßnahmen nach dem Hurrikan *Mitch* sowie auf die hohen Entschuldungen im Jahr 1999 (25,2% der

österreichischen ODA an Nicaragua) zurückzuführen. Ein drastischer Rückgang der ODA ist im Jahr 2000 zu erkennen, was einerseits aus den sinkenden Entschuldungsmaßnahmen und andererseits aus den Budgetproblemen und der Verschlechterung der Wechselkursverhältnisse (Schilling – Dollar) resultiert. Der größte Anteil der ODA in den Jahren 1991-2002 ging an die Sektoren Gesundheit/Soziales (22-46%), Produktion (14-30%) und Multisektor (14-28%). In den Jahren 1995-1997 wurde ein Großteil der ODA in den Bereich Energie investiert. (Langthaler 2002: 30f;36) Seit 2003 sind nur noch geringe Schwankungen (1 Mio. US\$) der ODA an Nicaragua zu beobachten. Auch im Jahr 2008 sind der Gesundheitssektor sowie der Produktivsektor jene Sektoren, die prozentmäßig den größten Teil der ODA erhalten, der Gesundheitssektor mit 37,55% und der Produktivsektor¹⁶ mit 23,68%. (BMeiA/ADA 2008: 13)

Die ODA-Leistungen der vergangenen Jahre kommen laut OEZA-Bericht aus den folgenden Finanzquellen:

Abbildung 7 Österreichische ODA an Nicaragua 2008-2010

		Netto-Auszahlungen in Euro		
Geber	Komponente	2008	2009	2010
ODA aus Kernbudget: OEZA/ADA	Projekte und Programme*	5.681.248	5.237.845	5.631.327
ODA aus anderen Finanzquellen: andere Ministerien				
BMWf	Leistungen der Technischen Hilfe <i>davon indirekte Studienplatzkosten</i>	54.862 48.604	29.909 29.909	22.869 22.869
BMUKK	Leistungen der Technischen Hilfe	–	7.600	–
BMF	Gesamte Leistungen <i>davon Beiträge an Projekte multilateraler Organisationen</i>	40.600 –	165.400 148.000	224.371 224.371
BMLFUW	<i>davon Leistungen der OeEB</i> Nahrungsmittel-Nothilfe	40.600 –	17.400 –	– 300.000
Länder, Gemeinden & Kammern	Projekt-Unterstützungen und humanitäre Hilfsleistungen	176.156	193.183	124.159
ODA gesamt:		5.952.866	5.633.938	6.302.725

* Projektlisten stellt die ADA auf Anfrage gerne zur Verfügung.

Quelle 7 BMeiA/ADA 2012: 54

Der Großteil der ODA an Nicaragua kommt aus dem Kernbudget der ADA, welches sich in den letzten Jahren konstant auf über 5 Mio. € belief. Auch die Länder und Gemeinden übernehmen in Form von Projekt-Unterstützungen und humanitären Hilfsleistungen einen Teil der ODA an Nicaragua. Dieser belief sich bis 2010 zumindest auf über 150.000€ und

¹⁶ Unter Produktivsektor werden von der OEZA Maßnahmen in den Bereichen Industrie/Gewerbe sowie Landwirtschaft verstanden.

sank im Jahr 2010 auf 124.159€. Der Einbruch bei den ODA-Leistungen der Gemeinden und Länder kann vermutlich auf die schlechte finanzielle Lage der Gemeinden und Länder in Österreich zurückgeführt werden. Denn steigt die Hilfsbedürftigkeit der Bevölkerung in den österreichischen Kommunen, so wird nicht zuletzt bei entwicklungspolitischen Projekten eingespart, welche sich die Kommunen nicht mehr leisten können oder wollen. (vgl. Interview Koits: 8; vgl. Interview Retzl: 2,6)

Für das Jahr 2011 wurden in der Landesstrategie der ADA 4,9 Mio. € an bilateralen Mitteln für Nicaragua angesagt. Weitere Reduktionen der bilateralen Mittel wurden jedoch angekündigt und bis 2013 werden diese gänzlich eingestellt. (BMeiA/ADA 2011: 15)

5.4 Aktuelle Trends – Ende der bilateralen EZA mit Nicaragua

Im Dreijahresprogramm 2010-2012 wird bereits im Vorwort auf die budgetären Kürzungen im Bereich der EZA eingegangen. Die Kürzungen sollen allerdings laut Außenminister Dr. Spindelegger weder im Bereich der NGOs noch bei den Programmen direkt erfolgen. Einsparungen wird es im Bereich der ADA-Verwaltung und bei der Budgethilfe geben. Außerdem bekennt sich Spindelegger abermals zum 0,7%-Ziel, was zwar bis 2015 nicht erreicht werden wird, aber dennoch erstrebenswert bleibt. Die ODA-Quote soll laut Dreijahresprogramm trotz der Kürzungen bei 0,35/0,34% des BNE stabil bleiben. (BMeiA 2010: 2f) Die Realität zeigt allerdings ein anderes Bild. Die ODA-Quote fällt im Jahr 2011 sogar auf 0,27% des BNE zurück. Des Weiteren betreffen die Einsparungen nicht nur die ADA-Verwaltung, sondern ebenso die Schwerpunktländer selbst. Die Einstellung der bilateralen Zusammenarbeit mit Nicaragua oder auch anderen Schwerpunktländern wie Bosnien und Herzegowina wird im Dreijahresprogramm nicht explizit thematisiert. Zum Ende der bilateralen Zusammenarbeit mit Nicaragua wird im Dreijahresprogramm Folgendes angemerkt: „Die bilaterale Zusammenarbeit mit Nicaragua und das regionale Programm mit SICA werden 2013 eingestellt, sodass mittelfristig die Zusammenarbeit mit CARICOM bestehen bleibt.“ (ebd.: 17) Der Ausstieg wird folgendermaßen geplant:

„Für Nicaragua ist eine Folgestrategie zu dem auslaufenden Landesprogramm auszuarbeiten, bei der es vor allem darum gehen soll, erreichte Entwicklungsfortschritte abzusichern und die bewährten Programme in die Eigenverantwortung der Partner bzw. anderen Gebern zu übertragen.“ (ebd.: 18)

Im Dreijahresprogramm wird zwar das Ende der bilateralen Zusammenarbeit mit den jeweiligen Ländern erwähnt, jedoch werden keinerlei Gründe oder Erklärungen für den Ausstieg aus der Zusammenarbeit mit Nicaragua dargelegt. Die oben angekündigte Folgestrategie wurde 2011 in Form einer neuen Landesstrategie ausgearbeitet. Mit Hilfe dieser sollen die erreichten Erfolge abgesichert werden. Allerdings wird dem „Übergang“ in der Landesstrategie nur ein kurzer Abschnitt gewidmet. Im Folgenden soll nun die aktuelle Landesstrategie/Folgestrategie für Nicaragua sowie die derzeitige Lage der OEZA mit Nicaragua dargestellt werden und im Kontext mit dem Rückzug der OEZA aus Nicaragua analysiert werden.

Die aktuelle Landesstrategie für Nicaragua wurde im Oktober 2011 veröffentlicht. In der Landesstrategie selbst wird lediglich in einem Satz das Ende der Zusammenarbeit erwähnt und auf das Dreijahresprogramm verwiesen. (BMeiA/ADA 2011: 4) Warum es zu dieser Entscheidung gekommen ist, wird demnach in keinem der Dokumente näher ausgeführt. Mag. Zeiner fasst einige Punkte, die zu der „politischen Entscheidung“, die bilaterale EZA mit Nicaragua zu beenden, zusammen: die positive wirtschaftliche Entwicklung Nicaraguas, Nicaragua ist kein *Least Developed Country* mehr und die Konzentration der OEZA auf weniger Schwerpunkte, um Ressourcen effizienter einsetzen zu können. Des Weiteren merkt er an, dass Entscheidungen, wie diese, vom Außenministerium und nicht von der ADA getroffen werden – es ist eben eine „politische Entscheidung“. „[A]lso jetzt nach einer Zeit der langen Zusammenarbeit und angesichts einer generell positiven Entwicklung und Perspektive schließt man das sorgfältig ab.“ (Interview Zeiner: 3,4)

Seit dem Regierungswechsel im Jahr 2006 orientiert sich die OEZA nun verstärkt am nationalen Entwicklungsplan (PNDH) sowie an der Regionalstrategie der OEZA mit Zentralamerika, welche die EU-Regionalstrategie als Richtlinie verwendet. Die Inhalte der Nicaragua-Strategie decken sich weitgehend mit der Zentralamerika-Strategie der OEZA. Die inhaltlichen Synergieeffekte betreffen den Produktivsektor, konkret im Bereich erneuerbare Energie und biologische Landwirtschaft. Dies wirkt sich schließlich auch positiv auf den Klimaschutz aus. Weiters werden im Produktivsektor sowohl national als auch regional Kleinunternehmen im ländlichen und urbanen Raum unterstützt (Produktion, Verarbeitung, Vermarktung), womit die Wettbewerbsfähigkeit gefördert wird. Daraus resultieren Einkommenssicherheit und soziales *Empowerment*. Ein weiterer Synergieeffekt ergibt sich im Bereich der Zivilgesellschaft, vor allem bei benachteiligten Menschen und Gruppen. Ziel ist es, die politische Partizipation auf allen Ebenen (lokal, regional und national) zu fördern.

Wichtige Anhaltspunkte sind dabei die Verteidigung der Menschenrechte, *Good Governance* und Friedenssicherung. (BMeiA/ADA 2011: 4f)

Wie oben bereits erwähnt, dient der PNDH als Leitlinie für die Ausrichtung der OEZA. Der PNDH wurde 2009 „von den Gebern als ein integrales, multisektorielles Instrument für die Entwicklung des Landes anerkannt.“ Die Schwerpunkte des PNDH betreffen die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Nicaraguas und fokussieren vor allem die benachteiligte Atlantikküste. Ziel des Plans ist die Armutsminderung. (ebd.: 5)

Die Sektorschwerpunkte haben sich zwar bis heute nicht wesentlich verändert, jedoch wird der Fokus in der aktuellen Landesstrategie nur mehr auf Gesundheit und den Produktivsektor (im Dreijahresprogramm: Wirtschaftliche Entwicklung durch Stärkung von Kleingewerbetreibenden) gerichtet. Die Entwicklung eines integralen Produktivsektors wird von der OEZA angestrebt. Dabei werden die zuvor getrennten Bereiche der Ländlichen Entwicklung und die Mikro-, Klein- und Mittelbetriebe-Förderung zusammengelegt. Ernährungssicherheit und eine Ausrichtung auf Wertschöpfungsketten werden von der OEZA verstärkt gefördert. (ebd.: 10) In beiden Sektoren unterstützt die OEZA die Strategien der nationalen Regierung. Diese sind meist im Nationalen Entwicklungsplan integriert. Im Produktivsektor spezialisiert sich die OEZA auf den Sektor Ländliche Entwicklung und Wirtschaftliche Entwicklung. PRORURAL (*Política y Estrategia para el desarrollo Rural Productiva*), ein Programm, welches sowohl von den internationalen Gebern als auch von den nationalen Akteuren unterstützt wird, hat die produktive Entwicklung der ländlichen Regionen, Ernährungssicherheit und Produktionssteigerungen im Agrarbereich zum Ziel. Erreicht soll dies durch die Förderung von kleinen und mittleren ProduzentInnen werden. Im Bereich der wirtschaftlichen Entwicklung sollen die Wettbewerbsfähigkeit der Klein- und Mittelbetriebe sowie Arbeitsplatz- und Einkommenssicherheit erreicht werden. Eine Verbesserung der gesetzlichen und institutionellen Rahmenbedingungen sowie die Förderung von Interessensvertretungen bei den Klein- und Mittelbetrieben wird forciert. (ebd.: 6f) Im Produktivsektor werden von der OEZA vier Resultate angestrebt (ebd.: 11):

1. „Verbesserung der sozial gerechten und ökologisch nachhaltigen Produktionsbedingungen für kleinbäuerliche Familienbetrieb und MKMB“
2. „Erhöhung der Ernährungssicherheit“
3. „Einkommenserhöhung durch Wertschöpfungsketten (Kakao, Leder, Holz, Tourismus)“

4. „Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der KMUs“ (Klein- und Mittelunternehmen)

Als erfolgreiches Beispiel nennt Mag. Zeiner,

„die Entwicklung im Kleinhandwerk und Gewerbesektor rund um Masaya herum. Da gibt es sehr herzergreifende und gute Ergebnisse, wie da die einzelnen Betriebe sich weiterentwickelt haben und dann zumindest einen lokalen und nationalen Markt gefunden haben und damit auch Beschäftigungsmöglichkeiten und Einkommensmöglichkeiten für viele Beteiligte in der Region.“ (Interview Zeiner: 6)

Im Sektor Gesundheit beteiligt sich die OEZA gemeinsam mit anderen Akteuren und Geberländern an der Programmhilfe FONSALUD (*Fondo de Apoyo al Sector Salud*). Diese wiederum orientiert sich am nationalen *Plan Plurianual*, mit Hilfe dessen die MDGs im Bereich Gesundheit (Reduzierung der Kinder- und Müttersterblichkeit) bis 2015 erreicht werden sollen. Drei Bereiche werden angestrebt: Kostenlose medizinische Grundversorgung für alle Bevölkerungsgruppen, die Verbesserung der Qualität bei Behandlungen und die intersektorielle Zusammenarbeit. Besondere Beachtung finden dabei benachteiligte Bevölkerungsgruppen. Eine weitere Übereinstimmung mit dem nationalen Entwicklungsplan Nicaraguas besteht in der regionalen Schwerpunktsetzung, da sowohl die OEZA als auch der Nationale Entwicklungsplan die Ausweitung der medizinischen Versorgung speziell in der Karibikregion vorsehen. Die OEZA verfügt in diesem bislang vernachlässigten Gebiet, vor allem in der autonomen Region RAAN (*Región Autónoma Atlántico Norte*), über lange Erfahrungen und Kenntnisse. (BMeiA/ADA 2011: 7; 11) Konkrete Maßnahmen betreffen die Aus- und Weiterbildung von medizinischem Personal, die Integration von traditionellen Heilmethoden und die Verbreitung gesunder Lebensstile. Dazu zählen laut ADA gesunde Ernährung, Familienplanung, Präventionen im Bereich sexuelle Praktiken und Gewalt. Die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren ist hier ein wesentlicher Bestandteil der EZA. (ebd.: 12) In Bezug auf die Nordregion weist auch Mag. Zeiner auf die Erfolge in der Entwicklung hin: „[D]as find ich, ist eine Erfolgsgeschichte, wo viele Elemente zusammengespielt haben und sich einzelne Personen sehr engagiert haben, dass das so gut gelaufen ist.“ (Interview Zeiner: 6) Im Allgemeinen haben alle Sektorprogramme die Armutsminderung zum Oberziel.

Die OEZA legt in der Landesstrategie außerdem drei Querschnittsmaterien¹⁷ fest: Kapazitätsentwicklung, *Diversity – Gender*, Indigene, Menschenrechte und Umwelt. Alle vier Ansätze fließen in möglichst viele Projekte und Programme der OEZA ein. (BMeiA/ADA 2011: 12ff)

Die Zusammenarbeit der Geber erfolgt mit dem Außenministerium Nicaraguas (MINREX), welches auch innerhalb des Landes die Zuständigkeiten und Koordinierung der jeweiligen Fachressorts und Ministerien plant. Die Umsetzung der Strategien und Projekte obliegt den Fachministerien, wobei auch speziell die lokale Ebene und somit die Gemeinden selbst miteinbezogen werden. Bei der Umsetzung spielen außerdem NGOs, aber auch privatwirtschaftliche Akteure eine wesentliche Rolle. Der Einfluss der Zivilgesellschaft betrifft aber eher die Umsetzung als die politischen Prozesse direkt. (ebd.: 7f) Seit einigen Jahren versucht die OEZA vor allem mit ExpertInnen und PartnerInnen vor Ort zu kooperieren. Aus diesem Grund werden die Entsendung von österreichischem Personal und die Zusammenarbeit mit österreichischen ProjektmitarbeiterInnen minimiert. (Slezak 2010: 20) Die OEZA unterstützt bspw. die NGO CHICA oder lokale NGOs des Fonds für Gleichberechtigung (FED – *Fondo de Equidad de Género y Derechos Sexuales y Reproductivos*). Dies soll zur Stärkung der Zivilgesellschaft beitragen. Des Weiteren wurde ein „Plan zur strategischen Abwicklung der ODA“ zwischen den Geberländern und -institutionen und den Akteuren in Nicaragua entwickelt. Eine Zusammenarbeit von Gebern, staatlichen Akteuren und NGOs wird angestrebt und weist bisher auch Erfolge auf. „Es hat sich als positiv herausgestellt, gleichzeitig mit staatlichen Stellen (Programmhilfe) und mit zivilgesellschaftlichen Akteuren bzw. mit dezentralen Behörden (u. a. Gemeinden) zusammenzuarbeiten.“ (BMeiA/ADA 2011.: 9)

Die Instrumente der OEZA belaufen sich auf die Programmhilfe für die Partnerregierung, die Förderung lokaler Organisationen sowie österreichischer Organisationen und eine sog. Korbfinanzierung zur Unterstützung der Zivilgesellschaft. Nach 2013 sollen allerdings die Instrumente der NRO-Kofinanzierung, Wirtschaftspartnerschaften, das Programm APPEAR, die Forschungsprojekte des BMF und die Vorhaben der OeEB (Österreichische Entwicklungsbank) weiterhin erhalten bleiben. (ebd.: 15f) Auch Mag. Zeiner bestätigt im Interview, dass die Kontakte zu Nicaragua bestehen bleiben werden, jedoch nicht mehr in bilateraler Form. Andere Formen der Zusammenarbeit soll es weiterhin geben, also eben

¹⁷ Eine detaillierte Darstellung der Querschnittsmaterien kann der Landesstrategie Nicaraguas entnommen werden – siehe BMeiA/ADA 2011: 12

Wirtschaftspartnerschaften oder Aktivitäten der OeEB, die großes Interesse an einer Zusammenarbeit mit Nicaragua zeigt. (Interview Zeiner: 5) In naher Zukunft soll

„die Möglichkeit, dass z.B. Organisationen wie z.B. Horizont 3000 [...], dass die noch heuer oder nächstes Jahr beantragen und für einen weiteren Dreijahres-Rahmen entsprechende Aktivitäten vorsehen, das wird dann noch unter den bisherigen Bedingungen laufen können. Also es ist auf jeden Fall da auch noch eine bestimmte Phase einer intensiveren Kontaktsituation mit Österreich gegeben.“ (ebd.: 5)

Auch eine Finanzierung von Projekten der NGOs kann es in Zukunft noch geben, jedoch unter anderen finanziellen Bedingungen. Der Eigenmittelanteil wird sich dementsprechend erhöhen. (ebd.: 5)

In der aktuellen Landesstrategie wird vor allem die nachhaltige Absicherung der Entwicklungsfortschritte sowie die Übergabe der Projekte in Eigenverantwortung oder an andere Geber betont. Dies wird unter dem Begriff „Übergangsmanagement“ zusammengefasst. Im Vordergrund stehen dabei ein geregelter Austritt sowie die Erstellung von notwendigen Konsolidierungsmaßnahmen, um die Nachhaltigkeit der Projekte und Programme zu sichern. Allerdings wird es keine neuen Projekte und Programme mehr geben. Folglich wird auf das Problem der Weiterfinanzierung internationaler Projekte hingewiesen, da derzeit mehrere Geber einen Ausstieg aus der bilateralen Zusammenarbeit planen. Aus diesem Grund betreibt die OEZA Lobbying bei lokalen Akteuren und den anderen Gebern. (BMeiA/ADA 2011: 17) Mag. Zeiner geht auf diesen Übergang etwas ausführlicher ein und betont ebenfalls, dass alle Projekte und Aktivitäten sorgfältig, über einen langen Zeitraum, abgeschlossen werden. Die Vorgehensweise wurde bei einer Veranstaltung und bei Workshops in Nicaragua im Februar 2012 mit allen an der Zusammenarbeit beteiligten Akteuren (staatliche Akteure in Nicaragua und Österreich sowie zivilgesellschaftliche Akteure beider Länder) besprochen. Bis Ende 2013 sollen alle Einzelaktivitäten beendet werden.

„Aber da ist nirgends irgendein Abbruch dabei, sondern da geht’s überall darum, sozusagen dies sorgfältig zu Ende zu führen und alle Partner wissen Bescheid, dass dann ab diesem Zeitpunkt ein Teil der Finanzierung von uns kommt und dann andere Dinge auch aufgefangen und übernommen werden“.

Denn nicht nur die bilaterale Zusammenarbeit zählt, sondern auch die multilateralen und internationalen Finanzinstitutionen, die eine entstehende Lücke quasi füllen werden. (Interview Zeiner: 4, 5) Die Vermutung, dass Projekte einfach abgebrochen und die Partner vor Ort schlagartig ohne finanziellen Rückhalt zurückgelassen werden, wird von Mag. Zeiner entkräftet. Denn jedes Projekt ist so konzipiert, dass es einen Anfang und ein Ende gibt und nach Projektende ein Fortbestehen eigenständig möglich sein sollte. Im Allgemeinen fasst Zeiner zusammen:

„Also es geht im Moment darum diese ganzen, es ist noch ein ganzer Schwung voll Aktivitäten, die ja noch laufen, und die werden jetzt noch alle sorgfältig weiterverfolgt mit den Partnern, die ja das vor Ort machen. Und da wird geschaut, dass wir zu einem vernünftigen und guten Abschluss kommen.“ (ebd.: 4)

Von offizieller Seite ist bislang nicht mehr als das oben Genannte zum Ende der bilateralen EZA mit Nicaragua zu finden. Auffällig ist auch, dass die österreichische Regierung die politische Entwicklung in Nicaragua nicht, wie andere Geberländer (z.B. Deutschland), als Grund für die Einstellung der bilateralen EZA instrumentalisiert. Auch Mag. Zeiner verneint den Einfluss politischer Entwicklungen auf die Zusammenarbeit oder auf die Entscheidung, die bilaterale Zusammenarbeit zu beenden. Denn die Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche EZA mit Nicaragua waren auch unter Ortega stets gegeben und das ist letztendlich, was zählt. (ebd.: 6)

Ralf Leonhard interviewte für seinen Artikel (Leonhard 2011b: 25) den Leiter des Koordinationsbüros in Managua, welcher ebenfalls von einer „politischen Entscheidung“ spricht. Der Grund für den Rückzug der OEZA aus Nicaragua ist angeblich auf die Empfehlung der OECD und die Evaluierungsberichte, nach denen Österreich sich auf die LDCs konzentrieren sollte, zurückzuführen. Des Weiteren klagen zivilgesellschaftliche Organisationen, wie Horizont 3000, dass das Ende der bilateralen EZA mit Nicaragua ohne ihre Stimmen beschlossen wurde und der Ausstieg zu überstürzt und rasch durchgeführt würde. Eine längere und besser geplante Ausstiegsphase fehle. (ebd.) Mag. Zeiner ist jedoch überzeugt, dass keineswegs von einem „fluchtartigen Verlassen des Feldes“ die Rede sein kann. (Interview Zeiner: 4) Auch in der Stellungnahme der AG Globale Verantwortung zum Dreijahresprogramm 2010-2012 wird der Ausstieg kritisiert, da der Rückzug aus Nicaragua und die gleichzeitige Aufnahme neuer Schwerpunktländer im Widerspruch zum eigentlichen Ausstiegsgrund (Budgetkürzungen) und den Empfehlungen der OECD („Intensivierung der

Kooperation mit Schwerpunktländern“) stehen. In der Auswahl der neuen Schwerpunktländer, welche sich in der Schwarzmeerregion befinden, werden außenpolitische und wirtschaftliche Interessen vermutet. Des Weiteren wird das Fehlen einer konkreten Ausstiegsstrategie bemängelt und ein Verlust der Synergieeffekte zwischen den Akteuren der Zivilgesellschaft und des Staates befürchtet. (Globale Verantwortung 2010)

6 Städtepartnerschaften in Oberösterreich

Das Bundesland Oberösterreich fällt nicht nur aufgrund der im Vergleich zu anderen Bundesländern hohen ODA-Leistungen auf, sondern auch aufgrund der vielen Städtepartnerschaften mit Städten in Nicaragua. Bereits in den 1980er Jahren, also im Zuge der Nicaraguabewegung, sind Städtepartnerschaften zwischen Linz und San Carlos, Braunau und Boca de Sábalos, Traun und El Jicaral sowie Wels und Chichigalpa entstanden. Neben diesen Städtepartnerschaften, die alle mittels offiziellen Partnerschaftsverträgen besiegelt wurden, existiert in Oberösterreich auch eine Vielzahl an Nicaragua-Solidaritätsgruppen und -Vereinen. Auch diese engagieren sich seit der sandinistischen Revolution für Nicaragua und initiieren oder unterstützen diverse Projekte in Nicaragua. Beispiele hierfür sind das Nicaragua-Personenkomitee in Ansfelden, die Nicaraguahilfe Pilsbach oder die Gemeinde Zell an der Pram. Im Folgenden sollen jedoch lediglich die offiziell abgeschlossenen Städtepartnerschaften thematisiert werden. Die Einbeziehung aller Nicaraguagruppen in Oberösterreich würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen.

Wie bereits oben im theoretischen Teil erläutert wurde, zeugt jede Städtepartnerschaft von ihrer eigenen Individualität und es können demnach keine allgemeinen Definitionen oder gar Kategorien, in welche alle Partnerschaften einheitlich gegossen werden, aufgestellt werden. Auch meine Recherchen und Beobachtungen im Hinblick auf die Städtepartnerschaften Oberösterreichs haben gezeigt, dass sich alle Städtepartnerschaften in ihrer Organisation, Struktur und Finanzierung unterscheiden. Im Weiteren wird eine detaillierte Analyse über nur eine Städtepartnerschaft, nämlich Wels – Chichigalpa, gegeben. Es erscheint mir sinnvoller, eine konkrete Darstellung nur einer Städtepartnerschaft zu ermöglichen, anstatt mehrere Partnerschaften kurz abzuhandeln. Bevor jedoch auf diese Städtepartnerschaft eingegangen wird, soll das Koordinationsbüro der Partnerschaften Österreichs mit Nicaragua, CHICA Nicaragua sowie CHICA Austria, thematisiert werden. Diese Koordinationsstelle übernimmt, wie sich zeigen wird, eine äußerst wichtige Rolle in Bezug auf die Städtepartnerschaften.

Die Städtepartnerschaft Wels – Chichigalpa wird mit Hilfe der Interviews sowie der zuvor ausgearbeiteten Theorie als Beispiel kommunaler EZA betrachtet werden. Zunächst sollen allgemeine Fakten und Informationen über die Städtepartnerschaft dargestellt werden. Diese wurden aus dem Infomaterial der Städtepartnerschaft selbst und aus den Interviews gewonnen. Anhand dieser Darstellung können Schlüsse gezogen werden, inwieweit Städtepartnerschaften einen Beitrag zur EZA und OEZA leisten. Dabei werden nicht nur die

konkreten Projekte oder quantitative Daten als Anhaltspunkte herangezogen, sondern auch Interviews mit involvierten Personen sowie Gesprächs- und Beobachtungsprotokolle ausgewertet. Im Rahmen der Forschung zur Städtepartnerschaft Wels – Chichigalpa wurden zwei qualitative Interviews mit in der Städtepartnerschaft involvierten Personen geführt. Diese stellen im Folgenden wichtige Informations- und Erkenntnisquellen dar.

Das erste Interview erfolgte mit dem Präsidenten des Nicaragua-Komitees Wels, Mag. Werner Retzl. Die Form des Interviews war schlussendlich eher ein Gespräch und verlief sehr offen und locker. Die Atmosphäre erlaubte eine sehr persönliche Einschätzung der Dinge und brachte sowohl neue Erkenntnisse als auch weiterführende Fragen hinsichtlich der Städtepartnerschaft. Als zweiten Interviewpartner konnte ich mit dem Welser Bürgermeister Dr. Peter Koits, direkt aus der Politik, eine involvierte Person gewinnen. Ein unterschiedlicher Zugang von Zivilgesellschaft und Politik zum Thema konnte anhand der Interviews beobachtet werden. Die Ergebnisse der Interviews werden in die folgende Analyse stark einfließen und dienen in Abstimmung mit anderen Quellen als wesentliches Fundament.

6.1 Der Verein CHICA Nicaragua und CHICA Austria

Im Zuge der sandinistischen Revolution haben sich zahlreiche Formen der Unterstützung Nicaraguas entwickelt. Neben institutionalisierten Vereinen und Organisationen haben auch Einzelpersonen Partnerschaften und Initiativen ins Leben gerufen und so seit den 1980er Jahren Nicaragua entwicklungspolitisch unterstützt. Dies wurde damals auch seitens der nicaraguanischen Regierung gefördert, weshalb Kontaktaustausch und Projektverwaltung gut funktionierten. Mit dem Regierungswechsel 1990 änderte sich die Situation schlagartig. Viele Kontakte und folglich auch Partnerschaften haben sich dadurch aufgelöst. Aus diesem Grund wurde im Jahr 1993 die Koordinationsstelle CHICA (*Coordinación de Hermanamientos e Iniciativas de Cooperación Austríaca*) von zwei in Nicaragua engagierten Personen aus Österreich gegründet. Nicht nur die Kommunikationsprobleme sollten dadurch behoben, sondern auch eine bessere Projektbetreuung gesichert werden. Damals war CHICA noch beim Regionalbüro der österreichischen Botschaft angesiedelt. CHICA richtete sich schon damals explizit an Solidaritätsgruppen und Städtepartnerschaften aus Österreich. Von Beginn an betreute CHICA viele Projekte und Partnerschaften zwischen Österreich und Nicaragua. Bis zum Jahr 1996 wurde das Büro von österreichischen Personen geleitet und anschließend an eine lokale Arbeitskraft übergeben. Dr. Elmer Zelaya ist nun seit 1996 der offizielle

Koordinator von CHICA und fungiert, wie es der Welser Bürgermeister Dr. Koits ausdrückt, „hier und dort sozusagen als Verbindungsmann“. (CHICA Nicaragua 2010a – online; Interview Koits: 8) Auch heute stellt CHICA noch das Bindeglied zwischen den österreichischen Solidaritätsgruppen, Städtepartnerschaften und den lokalen Partnern in Nicaragua dar. In den Anfangsjahren koordinierte CHICA bereits 35 Partnerschaften und Projekte. Nicht alle Partnerschaften existieren heute noch. In den Jahren von 2001 bis 2008 wurde CHICA als Projekt von Horizont 3000 gehandhabt und von der ADA finanziert. Nach der Ausgliederung aus Horizont 3000 wurde CHICA 2009 als NGO bestätigt und wird seither von der ADA finanziell unterstützt. (CHICA Nicaragua 2010a – online)

Im Zeitraum von 2003 bis 2007 wurden von CHICA 29 Partnerschaften betreut und 61 Projekte begleitet. Das jährliche Finanzvolumen belief sich in diesen Jahren auf durchschnittlich 910.690 US\$. Zusätzlich wurden Containersendungen mit einem Wert von insgesamt 1,85 Mio. US\$ betreut. (CHICA Nicaragua 2010b – online)

Die NGO CHICA Nicaragua hat ihren Sitz in León und beschäftigt derzeit 3 MitarbeiterInnen. (CHICA Nicaragua 2011 – online) Das Hauptziel CHICA Nicaraguas „liegt in der Vertiefung der Beziehungen der Partnerschaft zwischen Österreich-Nicaragua und in einer verbesserten, effizienteren Projektdurchführung.“ (CHICA Nicaragua 2010c – online) Die Aufgaben von CHICA liegen konkret in der Koordinierung der Partnerschaften und deren Projekte, in der Projektbetreuung vor Ort und in der Informationsbeschaffung und -vermittlung. Projekte werden nicht nur betreut, sondern auch initiiert und jeweils alle 2-3 Monate besucht, um etwaige Probleme oder Informationen zu registrieren. Die Kommunikation und der Informationsfluss zwischen den Partnern beider Länder wird dadurch erleichtert und eine erfolgreiche Durchführung der Projekte begünstigt. (CHICA Nicaragua 2010b – online) Die korrekte Einsetzung der Projektgelder und ein transparenter Umgang mit diesen stehen dabei im Vordergrund. Der Großteil der Projekte bezieht sich auf den sozialen und humanitären Bereich. „Die Beteiligung von Frauen, der kulturelle Austausch, Umweltschutz und erhöhte Chancen für Jugendliche sind der Fokus der Projekte, die von CHICA verwaltet und durchführt [sic!] werden.“ (CHICA Nicaragua 2010c – online) Neben diesen sehr feldbezogenen Aufgaben nimmt sich CHICA auch der wissenschaftlichen Dokumentation von sozioökonomischen und anderen relevanten Entwicklungen in Nicaragua an. (CHICA Nicaragua 2010b – online)

Im Jahr 2009 wurde der bereits genannte gemeinnützige Verein CHICA Austria mit Sitz in Braunau (OÖ) gegründet. Initiiert wurde der Verein von den Städtepartnerschaften und Solidaritätsgruppen in Österreich. Dieser fungiert als registrierte Entwicklungshilfe-Organisation in Nicaragua sowie als „Gegenpart“ zu CHICA Nicaragua. Dadurch wird Zollbefreiung für Sachspenden oder auch Steuerbefreiung in Nicaragua ermöglicht. Bisher wurden etwa zweimal im Jahr Containersendungen nach Nicaragua durchgeführt. (CHICA Austria 2012b – online) CHICA Austria ist ebenso wie CHICA Nicaragua als Dachverband und Koordinierungsstelle der österreichischen Partnerschaften mit Nicaragua zu betrachten. Der Verein dient der Unterstützung von Projekten und Institutionen mit entwicklungspolitischem Fokus auf Zentralamerika sowie der Bildungs- und Informationsarbeit in Österreich. Ziel ist „die Verbesserung der Lebensbedingungen von benachteiligten Menschen in Zentralamerika.“ (CHICA Österreich 2012a) Neben diesen Aufgaben widmet sich CHICA Austria derzeit auch der finanziellen Unterstützung von CHICA Nicaragua.

Wie bereits zuvor erwähnt, wird CHICA Nicaragua seit 2009 als NGO von der ADA finanziert. Denn Mag. Zeiner weist darauf hin, dass die ADA „ja nicht mit jeder Stadt einen Fördervertrag machen“ könnte. (Interview Zeiner: 3) Für den Zeitraum 2011 bis 2013 wurde die Finanzierung des Büros in Nicaragua fix zugesagt. Die Kosten belaufen sich für diese drei Jahre auf ca. 300.000€, welche von der ADA zur Verfügung gestellt werden. Dabei muss allerdings ein Selbstbehalt von 10% von CHICA Nicaragua übernommen werden. Diese rund 30.000€ konnten allerdings in den letzten Jahren von CHICA Nicaragua nicht problemlos aufgestellt werden, was folglich ein Fortbestehen CHICA Nicaraguas beeinträchtigen könnte. CHICA Nicaragua war nicht in der Lage diesen Selbstbehalt gänzlich zu übernehmen. Demnach läuft die Finanzierung dieses Selbsthalts nun über CHICA Austria. Aus diesem Grund sind alle Solidaritätsgruppen und Städtepartnerschaften dazu angehalten worden, Mittel bereitzustellen, um das Büro in Nicaragua weiterfinanzieren zu können. (Interview Retzl: 9, 10) Im Interview wurde angedeutet, dass CHICA Austria „nicht rechtlich, aber moralisch verpflichtet“ ist, die fehlenden Mittel aufzutreiben. (ebd.: 14) Zum Zeitpunkt des Interviews mit Mag. Retzl war die Sicherstellung der Finanzierung von CHICA Nicaragua bis 2013 nicht gewährleistet. Denn nicht allen Mitgliedern CHICAs war es möglich ihren Beitrag zu leisten, was bereits für das Jahr 2012 ein Minus bedeutete. Sobald die Finanzierung des Eigenanteils für 2012 gesichert ist, sollten bereits die weiteren 7.000€ für das Jahr 2013 bereitgestellt werden. (ebd.: 9, 10) Diese Problematik der Finanzierung wurde sowohl vom Präsidenten des Nicaragua-Komitees Wels thematisiert als auch im Zuge der Beobachtungen

bei Veranstaltungen der Städtepartnerschaften wahrgenommen. Fraglich bleibt, wie CHICA Nicaragua ab 2013 weiterfinanziert werden soll, was sich in der Aussage von Mag. Retzl deutlich äußert: „Sie werden CHICA Nicaragua zusperren, d.h. dort fällt uns das Büro weg“. (ebd.: 9) „Ab 2013 wissen wir gar nicht, wie es weitergeht.“ (ebd.: 11) Diese Unsicherheit und Belastung weist auf eine Abhängigkeit CHICAs, und demnach auch der Partnerschaften, von Entscheidungen der ADA oder dem Außenministerium hin. Welche Konsequenzen die Schließung CHICA Nicaraguas für die Städtepartnerschaften und Solidaritätsgruppen haben würde, soll in Kapitel 6.2.6. dargelegt werden.

6.2 Städtepartnerschaft Wels – Chichigalpa

6.2.1 Entstehungsgeschichte

Die Städtepartnerschaft Wels – Chichigalpa feiert im Jahr 2013 ihr 25-jähriges Jubiläum. Am 9.5.1988 wurde die Partnerschaftsurkunde offiziell im Welser Rathaus von den damaligen Bürgermeistern, Carlos Manuel García Castillo und Karl Bregartner, unterzeichnet. Somit war die Städtepartnerschaft Wels – Chichigalpa formell abgeschlossen. (Interview Koits: 3) Initiiert wurde die Städtepartnerschaft allerdings nicht von den Bürgermeistern selbst, sondern von der Bevölkerung und von WelserInnen, die sich schon Jahre zuvor in und für das sandinistische Nicaragua engagierten. Antriebskraft war Ing. Walter Guggenberger, der bereits einige Zeit die Menschen in Nicaragua und speziell in Chichigalpa unterstützte und damals an einem *Colegio* in León arbeitete. Als er schließlich zurück nach Wels kam, motivierte er einige WelserInnen zur Gründung eines Partnervereins, der sich für Chichigalpa einsetzt und sich mit dessen Anliegen beschäftigt. Das Nicaragua-Komitee Wels ist folglich Mitte der 1980er Jahre gegründet worden. Ein wichtiger Faktor war die Beteiligung bekannter Personen aus Wels, die in Politik und Gesellschaft so viel Einfluss hatten, dass diese dem Nicaragua-Komitee in Wels ausreichend Gehör verschafften. (Interview Retzl: 1) Die ersten Projekte in Chichigalpa wurden bereits vor 1988 finanziert, wie die Finanzierung von Schulsesseln, eines Schulklassenbaus oder eines Krankenfahrzeuges. Die Öffentlichkeitsarbeit und Bewusstseinsbildung, die schließlich den Weg zur Städtepartnerschaft ebneten, wurde im Wesentlichen vom Nicaragua-Komitee und den einflussreichen Persönlichkeiten vorangetrieben. Ebenso beteiligten sich PolitikerInnen an Reisen nach Nicaragua, um sich von der Situation in Chichigalpa ein Bild zu machen. Diese Informationsreisen diverser PolitikerInnen (Adele Podlaha oder Raimund Buttinger) führten

zu mehr Interesse und Engagement im Welser Gemeinderat, was schließlich zum tatsächlichen Abschluss der Städtepartnerschaft beitrug. (Fischer-Kramer 1988: 50; Nicaragua-Komitee Wels 2008: 11) Wie Mag. Retzl meint: „Voraussetzung war natürlich, dass wir im Gemeinderat eine entsprechende Unterstützung gehabt haben und dass sich auch relativ viele Leute für diese entwicklungspolitischen Sachen interessieren.“ (Interview Retzl: 2) Neben diesen Informationsreisen war es auch die erste schriftliche Kontaktaufnahme zwischen den Bürgermeistern, die einen Schritt in Richtung Städtepartnerschaft setzte.

Motivation für das Engagement in Chichigalpa war in diesem Fall, wie bei den anderen Solidaritätsbewegungen, auch die sandinistische Revolution und mit ihr die Hoffnung auf ein gerechteres und alternatives Gesellschaftsmodell. Heute meint Mag. Retzl, „gibt [es] die Bewegung nach wie vor. Sie ist halt nicht mehr so aktiv, wie sie früher war.“ (ebd.: 13) Eine gewisse Restsolidarität besteht jedoch immer noch „wo man sagt, okay, das war ein Land, das sich befreit hat von einem diktatorischen Regime und sie verdienen es nach wie vor, gerade die Leute verdienen es nach wie vor, dass man sie unterstützt.“ (ebd.: 13) Diese Motive mögen zwar heute nicht mehr so ausgeprägt sein wie früher, jedoch sind es immer noch diese Aspekte, welche die Städtepartnerschaft und das Nicaragua-Komitee im Grunde bis heute tragen. Auch der Bürgermeister der Stadt Wels, welcher seit Beginn der Städtepartnerschaft aktiv daran beteiligt ist, betrachtet die Städtepartnerschaft folgendermaßen:

„Ich sehe es als eine Partnerschaft der Völkerverständigungen und als eine Partnerschaft, wo wir, sag ich mal, als „reiche“ Stadt, aber das auch unter Führungszeichen natürlich, einer Stadt in einem doch noch sehr armen Land unterstützend helfen können als Hilfe zur Selbsthilfe. Das war auch so ein Ziel.“ (Interview Koits: 1)

Der Gemeinderat hat damals 1988 die wesentlichen Gründe für die Städtepartnerschaft „zur Pflege kultureller, wirtschaftlicher und menschlicher Kontakte im Sinne einer weltweiten Förderung der partnerschaftlichen Beziehungen“ gesehen. (Nicaragua-Komitee Wels 2008: 11)

6.2.2 Struktur und Organisation der Städtepartnerschaft in Wels

„[M]an darf nichts aufdrängen, sondern die Bevölkerung weiß selbst, was ihr gut tut.“ (Interview Koits: 7) Dieser Ansatz der Hilfe zur Selbsthilfe beschreibt die Arbeit und auch die Organisation der Städtepartnerschaft sehr gut. Wie gezeigt werden wird, handelt es sich bei der Städtepartnerschaft um einen sehr partizipativen Ansatz der Zusammenarbeit, bei

dem sowohl die Zivilgesellschaft in Nicaragua als auch in Österreich stark eingebunden wird. TrägerInnen der Städtepartnerschaft sind nicht nur die Politik, sondern auch die Bevölkerung der Partnerstädte. Es würde nicht funktionieren, wenn sich die Zivilgesellschaft an der Städtepartnerschaft nicht so aktiv beteiligen würde. (ebd.: 2)

Im Wesentlichen wird die Städtepartnerschaft über mehrere Kanäle organisiert. Alle beteiligten Organisationen oder Instanzen, die ein erfolgreiches Funktionieren der Städtepartnerschaften ermöglichen, übernehmen unterschiedliche Aufgaben. Dadurch wird nicht nur Kontrolle gewährleistet, sondern auch die Beteiligung und Zusammenarbeit von Menschen aus verschiedenen Kontexten, wie Politik und Zivilgesellschaft. Eine tragende Rolle nehmen die Stadt Wels, das Nicaragua-Komitee in Wels, CHICA Nicaragua, ASDECOSI, das *Movimiento Comunal* und ALCALDÍA (Stadt Chichigalpa) ein.

Die Städtepartnerschaft läuft in Österreich prinzipiell über das Nicaragua-Komitee ab, das als eigentliche Durchführungsorganisation fungiert. In der Praxis werden diverse Projektgelder von der Stadt Wels an das Nicaragua-Komitee übermittelt, dieses leitet sie an die Koordinationsstelle CHICA Nicaragua weiter, wo sie dann wieder direkt an ASDECOSI, den Partnerverein der Stadt, gegeben werden. ASDECOSI ist schließlich dafür verantwortlich, dass die Mittel an die Betroffenen bzw. an das Projekt gelangen. (vgl. Interview Retzl: 2)

Eine direkte Zusammenarbeit der Partnerstädte findet in diesem Sinne nicht statt, weil die Zusammenarbeit eben meist über die oben genannten Organisationen abläuft. Da allerdings einige Mitglieder des Nicaragua-Komitees auch in der Politik tätig sind, findet hier ein aktiver Austausch statt und eine scharfe Trennung kann nicht vorgenommen werden. Sowohl die Kommunikation als auch der Informationsfluss gestalten sich hierdurch einfacher. Mag. Retzl meint, „[o]hne diese Achse wärs wahrscheinlich schwieriger, aber auch durchaus durchführbar. Aber wir sind relativ gut vernetzt, das ist schon mal eine Grundvoraussetzung, glaub ich, für so eine Partnerschaft“. (ebd.: 2) Auch der Bürgermeister spricht von einer Zusammenarbeit auf gleicher Augenhöhe und weist darauf hin, dass sich die Bürgermeister beider Städte durchaus austauschen und jener von Chichigalpa mit bestimmten Anliegen ebenso auf ihn direkt zukommt. Die Anliegen werden schließlich vom Nicaragua-Komitee geprüft und weiterverarbeitet. Den Bürgermeistern der Partnerstädte kommt demnach eine sog. Mittelrolle zu. (Interview Koits: 3)

In der Stadt Wels sind die Angelegenheiten der Städtepartnerschaften mittlerweile direkt beim Bürgermeister angesiedelt. Der derzeitige Bürgermeister Dr. Koits hat sich die

Städtepartnerschaft zur persönlichen Angelegenheit gemacht und diese damals vom Sozialreferat, wo es früher angesiedelt war, quasi mitgenommen. Die Zusammenarbeit mit den jeweiligen politischen Abteilungen und ihren ReferentInnen besteht weiterhin. Als besondere Ansprechpartnerin nennt er die Jugend- und Sozialstadträtin Silvia Huber: „[D]a arbeiten wir sehr stark zusammen und da kommen sehr viele Vorschläge und werden dann auch bei ihr, wenn es ein Sozialprojekt ist, abgearbeitet.“ (Interview Koits: 6)

Die Städtepartnerschaft organisiert sich aber nicht nur auf lokaler und kommunaler Ebene. Da CHICA Nicaragua von der ADA finanziert wird, arbeitet die Städtepartnerschaft oder das Nicaragua-Komitee auch mit der ADA zusammen. Abgesehen von CHICA Nicaragua findet aber bisher noch keine konkrete Projektzusammenarbeit mit der ADA statt. (Interview Retzl: 9) Des Weiteren dient das Koordinationsbüro der ADA in Managua als Anlaufstelle (z.B. bei Reisen) und bietet den Städtepartnerschaften Hilfe bei diversen Angelegenheiten an. (Interview Koits: 6) Im Allgemeinen war sich jeder der drei Interviewpartner in Österreich sicher, dass die Städtepartnerschaften auf nationaler Ebene anerkannt sind und ihre Arbeit durchaus geschätzt wird. „[D]ie sind auch sehr froh, wenn man als Stadt etwas unternimmt“. (Interview Koits: 6, vgl. Retzl: 10; vgl. Zeiner: 1f)

Hin und wieder ist auch das Land OÖ in die Arbeit der Städtepartnerschaft eingebunden, meist in Form von Kofinanzierungen. Diese Zusammenarbeit wird vom Präsidenten des Nicaragua-Komitees äußerst positiv bewertet, wobei sich über die letzten Jahre hier keine nennenswerten Verschlechterungen ergeben haben. Denn bisher wurden alle Projekte, die beantragt wurden, finanziert. (Interview Retzl: 11) Dies bedeutet, dass das Land OÖ zwar organisatorisch keine relevante Rolle übernimmt, jedoch Anlaufstelle für Kofinanzierungen ist und so die Städtepartnerschaft unterstützt.

Durch die neuen Kommunikationsmittel, wie E-Mail und Facebook, werden der Informationsfluss, die Transparenz und die persönlichen Kontakte, welche eine wesentliche Rolle beim Aufrechterhalten der Städtepartnerschaft spielen, verbessert und vereinfacht. Dies wird sowohl in Nicaragua als auch in Österreich als wichtiger und nützlicher Fortschritt wahrgenommen. (Interview Retzl: 5; Gespräch ASDECOSI 2011)

6.2.2.1 Verein Nicaragua-Komitee Wels

Das Nicaragua-Komitee Wels war nicht nur treibende Kraft bei der Gründung der Städtepartnerschaft, sondern stellt auch das Bindeglied zwischen den Partnerstädten dar. Als Durchführungsorganisation nimmt das Nicaragua-Komitee sozusagen die Rolle des Hauptträgers der Städtepartnerschaft ein.

Gegründet wurde das Nicaragua-Komitee im Jahr 1986. Relevant war, wie oben schon angedeutet, dass viele bekannte und einflussreiche Persönlichkeiten der Stadt Wels Mitglieder eines neu gegründeten Personenkomitees waren. Die Zusammensetzung der Mitglieder verschiedener politischen Richtungen war dabei von großer Bedeutung, weil so möglichst unterschiedliche Menschen für die Städtepartnerschaft motiviert werden konnten. (Nicaragua-Komitee Wels 2008: 11; Interview Retzl: 2) Nach Unterzeichnung der Städtepartnerschaft 1988 war es nicht mehr nur die Überzeugungsarbeit, die sich das Komitee zur Aufgabe machte, sondern auch die konkrete Projektarbeit.

Derzeit können ungefähr 50 Personen zu den Mitgliedern des Komitees gezählt werden, wobei 15 davon aktiv mitarbeiten. Die Mitglieder haben einen jährlichen finanziellen Beitrag zu entrichten, mit dem das Nicaragua-Komitee u.a. finanziert wird. Neben Einzelpersonen bestehen auch Kooperationen mit Schulen, Kindergärten und Gewerbetreibenden. (Nicaragua-Komitee Wels 2008: 12) Einige der Mitglieder sind auch in der Stadt Wels tätig, wodurch die Kommunikation zur Stadt Wels erleichtert und gefördert wird. Die Anliegen des Nicaragua-Komitees fließen durch diese Mitglieder in deren Arbeit für die Stadt Wels ein. (Interview Retzl: 2, 12) Treffen des Komitees finden regelmäßig in den Räumlichkeiten der Stadt Wels statt.

Die Tätigkeiten des Nicaragua-Komitees sind vielschichtig und reichen von Öffentlichkeitsarbeit über Verwaltungsaufgaben bis hin zur Projektarbeit. Konkret gliedern sich die Aufgaben in die Bereiche projektbezogene und humanitäre Arbeit sowie Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit in Österreich. (Nicaragua-Komitee Wels 2008: 14) Das Nicaragua-Komitee ist Anlaufstelle für alle Beteiligten der Städtepartnerschaft. Ein ständiger Austausch findet zwischen dem Komitee und der Stadt Wels statt. Denn, wie oben schon erwähnt, wickelt das Komitee die finanziellen Transaktionen der Stadt Wels ab. Ebenso ist es zuständig für die Projektvorschläge an die Stadt Wels und schließlich die Eintreibung der finanziellen Mittel für die jeweiligen Projekte. Für die Stadt Wels dient das Nicaragua-Komitee als Kontrollinstanz für die zweckmäßige Verwendung der zur Verfügung gestellten Mittel.

Belege werden z.B. vom Nicaragua-Komitee gesammelt und an die Stadt Wels übermittelt. (Interview Retzl: 3, 4) Auch der Bürgermeister erkennt das Nicaragua-Komitee als wichtigen und geeigneten Partnerverein zur Durchführung der Projekte in Chichigalpa an, da dieses nicht nur als Verbindungsstelle zu Chichigalpa fungiert, sondern auch über Wissen und Erfahrungen bezüglich Nicaragua und Chichigalpa verfügt. (Interview Koits: 3) In Nicaragua arbeitet das Komitee hauptsächlich mit dem Partnerverein ASDECOSI und mit dem *Movimiento Comunal* zusammen. Eine direkte Zusammenarbeit mit der Stadt Chichigalpa (ALCALDÍA) findet selten statt. Das Nicaragua-Komitee übernimmt neben dieser Vermittlerrolle und Verwaltungsinstanz auch andere Tätigkeiten, die nicht von der Stadt finanziert werden. Auch eigene Projekte, unabhängig von der Stadt Wels, werden vom Komitee umgesetzt und unterstützt. In Österreich trägt das Nicaragua-Komitee im Speziellen zur Bewusstseinsbildung der Bevölkerung bei, indem entwicklungspolitische Themen im Allgemeinen sowie Nicaragua-spezifische Aspekte kommuniziert und erfahrbar gemacht werden. (Interview Retzl: 4; Nicaragua-Komitee Wels 2008: 13f) Welche Aktionsformen und Projekte vom Nicaragua-Komitee konkret unterstützt werden, wird in Kapitel 6.2.4 thematisiert.

Diese Darstellung lässt den Schluss ziehen, dass die Städtepartnerschaft Wels – Chichigalpa ohne Nicaragua-Komitee weder existieren noch in dieser Form funktionieren würde. Die Beteiligung vieler engagierter WelsInnen führte schließlich dazu, dass die Städtepartnerschaft nicht nur ein Stück Papier blieb und bis heute aktiv ist.

6.2.3 Struktur und Organisation der Städtepartnerschaft in Chichigalpa

In Nicaragua bedarf es auch verschiedener Akteure, die zum Funktionieren der Städtepartnerschaft beitragen. Neben dem persönlichen Engagement vieler Menschen in Nicaragua und speziell in Chichigalpa sind es die Stadt Chichigalpa – ALCALDÍA – das *Movimiento Comunal*, ASDECOSI und CHICA Nicaragua, mit Hilfe derer die Städtepartnerschaft erfolgreich existieren kann.

ALCALDÍA meint die Stadt Chichigalpa selbst, also deren Verwaltung und das Bürgermeisteramt. Wie oben schon dargelegt, nimmt ALCALDÍA bei der Umsetzung der Projekte keine allzu große Rolle ein. Zwar können auch von ALCALDÍA Projektvorschläge eingereicht werden, jedoch kommt dies eher selten vor. (Interview Retzl: 4, 5) Der Kontakt

besteht primär zwischen den Bürgermeister*innen, die bei diversen Veranstaltungen in Wels oder Chichigalpa die Repräsentanten der Städtepartnerschaft sind. Es kommt dem Bürgermeister Dr. Koits zufolge jedoch immer wieder vor, dass sich ALCALDÍA direkt mit einem Anliegen an die Stadt Wels oder umgekehrt die Stadt Wels an Chichigalpa richtet. (Interview Dr. Koits 2012: 3) Auch bei der Finanzierung übernimmt ALCALDÍA, wie sich zeigen wird, oftmals einen Anteil.

Das *Movimiento Comunal* dient ebenso wie ASDECOSI als Kooperationspartner für diverse Projekte oder Tätigkeiten in Chichigalpa. Obwohl dieses nicht wie ein Verein organisiert ist, arbeitet es bei einigen Projekten mit dem Nicaragua-Komitee Wels zusammen. Das *Movimiento Comunal* kann als Basisbewegung, die sich aus verschiedenen Menschen aus der Kommune zusammensetzt, verstanden werden. Diese versuchen jenen Menschen in Chichigalpa eine Stimme zu geben und zu unterstützen, die entweder benachteiligt sind oder einfach nicht die Möglichkeit haben ihre Bedürfnisse zu artikulieren. (Interview Retzl: 4)

Auf CHICA Nicaragua wird hier nicht mehr weiter eingegangen, da dieses bereits vorgestellt wurde. Im Folgenden soll der Verein ASDECOSI näher beleuchtet werden, da dieser die wichtigste Anlaufstelle für die Städtepartnerschaft in Chichigalpa darstellt.

6.2.3.1 ASDECOSI

ASDECOSI steht als Abkürzung für *Asociación para el desarrollo comunal con la solidaridad internacional* und wurde 1990 von 26 Personen aus Chichigalpa als sozial orientierter und vom Staat unabhängiger Verein gegründet. Die Gründungsmitglieder kommen aus den unterschiedlichsten Bereichen und haben sich damals zum Ziel gesetzt „die bedürftigeren Stadtteile zu unterstützen, grundlegende Einrichtungen zu schaffen und die allgemeine Entwicklung der Infrastruktur voranzutreiben.“ (Nicaragua-Komitee Wels 2008: 23)

Der Verein ASDECOSI unterstützt die Städtepartnerschaft in der Projektabwicklung. Die Vorschläge für die Projekte kommen meist von ASDECOSI. Diese richten sich damit an das Nicaragua-Komitee Wels und setzen die Projekte dann gemeinsam um. Benachteiligte Personen oder Gruppen in Chichigalpa können sich mit ihren Anliegen an ASDECOSI wenden. Darauf aufbauend werden Projekte entwickelt und organisiert. Somit nimmt ASDECOSI auch in Chichigalpa die Rolle einer Anlaufstelle, sowohl für die Stadt als auch

für die Bevölkerung, ein. Zusammengefasst ist ASDECOSI also für die Projektvorschläge, die Umsetzung, die Betreuung und Koordinierung sowie die Kontrolle vor Ort zuständig. (ebd.: 23)

Bei meinem Besuch in Chichigalpa durfte ich das Büro von ASDECOSI und deren MitarbeiterInnen kennen lernen. Angestellt sind ein Leiter des Büros und eine Sekretärin, die sich vor allem um die administrativen Aufgaben kümmern. Im selben Haus befindet sich die von einem Welser aufgebaute Zahnklinik für sozial benachteiligten Menschen. Außerdem wurde ein großer Versammlungssaal errichtet, der von verschiedenen Gruppierungen und Menschen genutzt werden kann. Neben den Kooperationen mit dem Nicaragua-Komitee und der Stadt Wels koordiniert ASDECOSI auch andere Projekte, die privat und unabhängig von der Städtepartnerschaft finanziert werden.

In Nicaragua arbeitet ASDECOSI auch verstärkt mit CHICA Nicaragua zusammen. Einerseits bei der Projektkoordination und Abwicklung finanzieller Angelegenheiten, andererseits dient CHICA als Plattform für Ideenaustausch und Informationen sowie zur Besichtigung von anderen erfolgreichen Projekten. (Gespräch ASDECOSI 2011)

6.2.4 Aktionsbereiche und Projekte

Die Aktionsbereiche der Städtepartnerschaft haben sich seit Bestehen der Partnerschaft zwar nicht im Wesentlichen verändert, jedoch sind, vor allem beim Akquirieren von Spenden und bei der Öffentlichkeitsarbeit in Österreich, neue Aktionsformen hinzugekommen. Im Allgemeinen kann zwischen zwei verschiedenen Aktionsbereichen unterschieden werden, der Öffentlichkeitsarbeit hier in Österreich und der Projektarbeit in Nicaragua.

Die Öffentlichkeitsarbeit in Österreich wird vorrangig vom Nicaragua-Komitee ausgeführt. Öffentlichkeitsarbeit impliziert auch immer Bildungsarbeit und das Bewusstmachen globaler Zusammenhänge und globaler Probleme. Das Nicaragua-Komitee macht es sich zur Aufgabe, „entwicklungspolitische und kulturelle Aspekte der Öffentlichkeit zugänglich zu machen“. (Nicaragua-Komitee Wels 2008: 14) Zu diesem Zweck wurden bisher einige Veranstaltungen, wie Lesungen von Ernesto Cardenal, (Benefiz)Konzerte und Informationsveranstaltungen organisiert. Diese dienen letztlich auch der Intensivierung und Aufrechterhaltung der persönlichen Kontakte, denn diese spielen bei der Städtepartnerschaft eine sehr große Rolle. (Interview Koits: 2) Ein aktuelles Beispiel ist die 25-Jahres-Feier im Jahr 2013, wo in

Zusammenarbeit zwischen der Stadt Wels und dem Nicaragua-Komitee Aktivitäten sowohl im Magistrat Wels als auch in Chichigalpa stattfinden werden. Neben diesen Aktivitäten werden auch Reisen veranstaltet. Im Mai 2013 wird im Rahmen des 25-jährigen Jubiläums eine Delegation aus Chichigalpa nach Wels kommen und im November eine von Wels nach Chichigalpa reisen. (Interview Retzl: 2; Interview Koits: 3) Diese Informationsreisen sind schon lange Bestandteil der Tätigkeiten im Rahmen der Städtepartnerschaft. Nicht nur interessierte Menschen aus der Bevölkerung oder dem Nicaragua-Komitee nehmen daran teil, sondern auch PolitikerInnen aus Wels und Chichigalpa. Einerseits sind diese Reisen notwendig, um persönliche Kontakte zu pflegen, da diese wesentlich für das Fortbestehen der Städtepartnerschaft sind. Andererseits werden diese genutzt, um sich von der Situation und den finanzierten Projekten vor Ort überzeugen zu können. (Interview Koits: 1) Weiters merkt Mag. Retzl an: „Sie kommen zurück, sind ganz tief beeindruckt und dann lässt sich einfach leichter was machen.“ (Interview Retzl: 4) Dies deutet darauf hin, dass eine persönliche Beziehung und das Erlebte dazu beitragen, wie viele Mittel und auch Engagement in die Städtepartnerschaft einfließen. Dies hat zwar keine Aufstockung öffentlicher Stadtgelder zur Folge, aber diese Personen bemühen sich im Allgemeinen um mehr Spenden und setzen sich verstärkt für Chichigalpa ein. (ebd.: 4) Zu den neueren Aktionsformen in Österreich zählt die Organisation von Benefizkonzerten, welche vor allem von jungen Mitgliedern des Nicaragua-Komitees initiiert werden. Hier steht nicht das Land Nicaragua oder die Arbeit der Städtepartnerschaft primär im Vordergrund der Veranstaltung, sondern die Konzerte selbst. Profitiert wird bei den Eintritten, wo ein gewisser Anteil der Einnahmen an das Nicaragua-Komitee geht. Informationen zur Städtepartnerschaft und Nicaragua im Allgemeinen werden lediglich im Hintergrund zur Verfügung gestellt. (ebd.: 14) „[D]ie Aktionsformen sind ganz andere, Facebook, Twitter, Mails, usw. Das ist bei uns halt alles noch anders gelaufen. Standl aufbauen, Bilderwand aufbauen. Das interessiert heute keinen mehr.“ (ebd.: 14) Auf diese Veränderung in der Kommunikation weist auch diese Aussage bzgl. Aktionsformen von Mag. Retzl hin:

„[D]ann ist das ein Benefizkonzert mit 23 Bands, wo ich viel arbeiten muss dafür. Da hängt aber keine sandinistische Fahne dort. Das wär bei uns das erste, was wir aufgehängt hätten. [...]Das ist jetzt nicht mehr so wichtig. Es geht um Geld aufstellen für ein Projekt.“ (ebd.: 14)

Der zweite Aktionsbereich betrifft die Projektarbeit in Chichigalpa. Bei der Durchführung von Projekten sind die bereits oben dargestellten Organisationen und Instanzen zentraler Bestandteil. Vor allem hier findet der partizipative Ansatz Anwendung. Es sind nicht die

Ideen der Stadt Wels oder des Nicaragua-Komitees, die dabei umgesetzt werden, sondern jene aus Chichigalpa. Die Projektvorschläge stammen von einer der drei Organisationen oder Initiativen in Chichigalpa. Meist wenden sich EinwohnerInnen aus Chichigalpa an eine dieser Organisationen oder Initiativen, diese entwickeln mit ihnen gemeinsam einen konkreten Projektvorschlag, welcher anschließend an das Nicaragua-Komitee weitergeleitet wird. Dieses überprüft, ob das Projekt förderwürdig ist und ob es als positiv bewertet werden kann. Ein Kostenvoranschlag wird nach Wels übermittelt. Sind die finanziellen Mittel vorhanden, entweder vom Nicaragua-Komitee und/oder von der Stadt Wels, wird das Projekt unterstützt. (Interview Retzl: 3, 5) Prinzipiell werden Projekte gefördert, welche strukturelle Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensbedingungen in Chichigalpa beinhalten. (Interview Koits: 4) Vorrangig werden Projekte im Bereich Gesundheit, Soziales und Bildung finanziert. Projekte also, die der Allgemeinheit nützen und für alle Vorteile bringen. Es wird betont, dass keine Prestigeprojekte, wo der Nutzen nur bei einer begrenzten Gruppe liegt, gefördert werden. „[I]m Wesentlichen sagen wir, wir suchen uns ein Projekt aus, das einem größeren Teil der Bevölkerung zugute kommt. [...] Trinkwasserversorgung ist was, was hunderten Leuten was bringt.“ (Interview Retzl: 5) Ebenso sollten sich die Betroffenen selbst soweit wie möglich in die Projekte einbringen und mithelfen. (ebd.: 5)

Nicht jedes Projekt wird gleich finanziert und unterstützt. Es gibt einige Projekte, die nur vom Nicaragua-Komitee finanziert werden, und andere, die von der Stadt Wels unterstützt werden. Die Stadt Wels finanziert pro Jahr ein Projekt, welches im Sozialausschuss beschlossen wird. (ebd.: 3) Dies bedeutet, dass sich die Politik einigen muss und in vielen Fällen die Entscheidungsmacht darüber hat, welches Projekt schlussendlich durchgeführt wird. Folgende Projekte wurden bisher von der Stadt Wels (mit)finanziert: Trinkwasser- und Stromversorgung, Sanierung eines Gesundheitszentrums, Reparatur von Häusern für blinde Menschen, Straßenbeleuchtungen, Einrichtung einer Schulbibliothek, Kauf von Schulbüchern, Soforthilfe für Seebebenopfer, Bau von Spielplätzen, Finanzierung eines Krankenfahrzeuges, Aufbau eines Kommunalhauses, Schulbau, Förderung einer Tapezierwerkstatt, Bau einer Geburtenstation, ein Latrinenprojekt sowie die Finanzierung einer Studie zur Ursachenerforschung der Nierenerkrankungsepidemie. (Nicaragua-Komitee Wels 2008: 19; Interview Koits: 4)

Das Nicaragua-Komitee unterstützt neben diesen Projekten noch weitere Projekte in Chichigalpa. Dazu zählen die Kinderausspeisung, zwei Lehrkräfte in einer Schule für beeinträchtigte Kinder, Containersendungen, eine Werkstatt für beeinträchtigte Menschen,

Stipendien und ein Sozialfonds, der von ASDECOSI verwaltet wird. (Interview Retzl: 4) Die Stipendien werden direkt von Personen in Wels gesponsert. Derzeit erhalten neun Studierende ein Stipendium von ca. 600 – 700€ jährlich. (ebd.: 15) Eine gute Zusammenarbeit mit ASDECOSI besteht vor allem beim Sozialfonds, der von ASDECOSI betreut wird. Diese Mittel, welche meist 1.000€ für ein Jahr betragen, werden an bedürftige oder sozial benachteiligte Menschen in der Kommune ausgegeben. Jedoch nur für bestimmte Zwecke, also Kosten für Medikamente, Reparaturen, Transportkosten zum Krankenhaus o.ä. Dinge, die sich diese Menschen ansonsten nicht leisten könnten. Mittels Rechnungen, die wiederum an das Nicaragua-Komitee geschickt werden, wird die rechtmäßige Verwendung der Mittel belegt. (ebd.: 11) Ein weiteres Projekt, mit dem eine Physiotherapeutin und eine Lehrerin zum Teil finanziert werden, ist der Soli-Euro, eine Aktion, die in einer Welser Schule durchgeführt wird. Jeden Monat können hier SchülerInnen eines Welser Gymnasiums einen Euro für die LehrerInnen in Chichigalpa spenden. (ebd.: 4) Also ein Projekt, das die Bevölkerung Chichigalpas unterstützt, aber gleichzeitig Bildungsarbeit bei jungen Menschen in Wels leistet. Zum Zeitpunkt des Interviews war erstmals ein neues Projekt in Chichigalpa im Gespräch, das von allen Organisationen und Initiativen getragen werden soll. Beteiligt wären nicht nur die bereits erwähnten Organisationen, sondern auch private Firmen und Sponsoren. Dabei handelt es sich um ein Lehrlingsausbildungsprojekt, d.h. Lehrlinge werden in verschiedenen Bereichen (Holz, Metall, Elektrizität, etc) ausgebildet. Diese Art der Ausbildung gibt es bisher in Chichigalpa noch nicht. „[D]as wär so das Prinzip der Nachhaltigkeit, das wir da ein bisschen verfolgen. Weil wenn die da was lernen und das weiter anwenden können, wärs super“. (ebd.: 6) Ob dieses Projekt aber tatsächlich verwirklicht wird, ist derzeit noch nicht abzusehen.

Im Allgemeinen kann resümiert werden, dass bisher einige Projekte und Tätigkeiten durchgeführt wurden, von denen viele Menschen in Chichigalpa profitieren. Die Tatsache, dass die Ideen hierzu von der Basis selbst kommen und nicht von außen aufgedrängt werden, sowie die Beteiligung verschiedener Organisationen und Initiativen bei der Durchführung und Finanzierung der Projekte zeigt den partizipativen Charakter der Städtepartnerschaft auf. Viele der oben genannten Projekte werden in Kooperation mit anderen, oftmals auch staatlichen Stellen, finanziert, ohne die viele der Projekte sicherlich nicht umgesetzt werden könnten. Vor allem aber das Nicaragua-Komitee sowie in gewissem Maße auch die Stadt Wels sitzen, wie so oft in der EZA, am längeren Ast, indem sie die Entscheidungsmacht über die Auswahl und Finanzierung der Projekte innehaben. Denn letztlich ist es das Nicaragua-Komitee das entscheidet, welches Projekt für gut befunden wird und welches nicht.

6.2.5 Finanzierung

Die Form der Finanzierung der Städtepartnerschaft Wels – Chichigalpa ist bereits in den letzten Kapiteln immer wieder vorgekommen. Dennoch sollen nun die genauen Zahlen, soweit diese bekannt sind, dargelegt werden.

Die finanziellen Mittel für die Städtepartnerschaft werden von mehreren Quellen generiert und können nicht punktuell zugeordnet werden. Eine grobe Einteilung lässt sich in die Mittel der Stadt Wels und Mittel des Nicaragua-Komitees machen. In der Broschüre des Nicaragua-Komitees aus dem Jahr 2008 wurde eine Gesamtsumme für den Zeitraum 1987 bis 2007 angegeben.

Die Stadt Wels hat bis zu diesem Zeitpunkt ein Gesamtvolumen von ca. 280.000€ und bis heute laut Bürgermeister 340.000 – 350.000€ zur Verfügung gestellt. Vom Nicaragua-Komitee Wels wurde bis 2007 ein Anteil von ca. 205.000€ beigesteuert. (Nicaragua-Komitee Wels 2008: 19; Interview Koits: 4) Eine genaue Aufschlüsselung, wann, wie viel Geld und von wem genau bereitgestellt wurde, kann nicht ausfindig gemacht werden. Auch der Bürgermeister merkt an, dass die Mittel aus vielen verschiedenen Quellen stammen: „[E]s ist ja so, das eine ist die Zahl, die Zahl der Stadt, und dann kommen natürlich auch noch entsprechende finanzielle Mittel aus da und dort, Veranstaltungen, das Nica-Komitee macht etwas oder Service-Clubs unterstützen etwas.“ (Interview Koits: 6) Diverse Projekte werden oftmals von bestimmten Gruppen, die ihre Gelder einem ausgewählten Projekt widmen, finanziert. Dies trifft z.B. auf das Projekt des Soli-Euros mit den SchülerInnen (jährlich etwa 450–1.000€) oder auf die Stipendien zu. (Interview Retzl: 4) Andere Projekte wiederum, wie eine Containersendung oder das Latrinenprojekt, wurden vom Land OÖ finanziell unterstützt. „Wir suchen natürlich nur dann an, wenn wirklich Geldnot da ist. Das Letzte, das ich angesucht habe, war ein Containerprojekt. Da haben wir Sachen rüberschicken müssen, die vom Ablaufdatum her gefährdet waren.“ (ebd.: 12) Insofern bestehen natürlich auch in finanzieller Hinsicht immer wieder Abhängigkeiten von den Gebern in Wels oder Österreich.

Die finanziellen Mittel werden immer über CHICA Nicaragua abgewickelt. CHICA wird eben über die ADA finanziert. „Da gibts einen Vertrag und dort gibts halt dann Aktivitäten innerhalb“. (Interview Zeiner: 3) Alle Transferleistungen aus Österreich gehen an CHICA Nicaragua. Erst dann werden diese an ASDECOSI und danach an die jeweiligen

„Endkonsumenten“ weitergeleitet. Die Mittel der Stadt Wels werden, bevor sie nach Nicaragua gehen, auf das Konto des Nicaragua-Komitees eingezahlt. Dieses verteilt die Mittel dann sozusagen. (ebd.: 2, 9) Die Gelder gehen ohne Abzüge oder Verluste durch administrative Beiträge an die Projekte oder Zielgruppen. Jeder Cent fließt sozusagen direkt nach Chichigalpa, da bislang kein administrativer Aufwand besteht. (ebd.: 7) Diese vielen beteiligten Instanzen können auch als Kontrollfunktion betrachtet werden, da so eine gewisse Transparenz gewährleistet wird.

Die Stadt Wels sieht jährlich etwa 10.000€ für ein Projekt in Chichigalpa vor. „[D]as ist ganz verschieden, weil es immer von den Projekten abhängt. Einmal mehr, einmal weniger.“ (Interview Koits: 4) Die Mittel für die Städtepartnerschaft werden jährlich im Budget der Stadt Wels eingerechnet und anschließend im Gemeinderat beschlossen. (ebd.: 5) Bei allen Projekten mit ALCALDÍA muss Chichigalpa einen Eigenmittelanteil von 50% beisteuern. Ansonsten wird das Projekt von Wels nicht unterstützt. (Interview Retzl: 5)

Bisher hat es keinerlei Probleme bei der Finanzierung der Projekte gegeben, obwohl früher tendenziell mehr Geld für die Städtepartnerschaft zur Verfügung gestellt wurde. Denn meist wurden von der Stadt Wels jährlich rund 14.000€ bereitgestellt. (Interview Retzl: 2) Problematisch wird es für die Städtepartnerschaft Wels – Chichigalpa auch dann, wenn CHICA Nicaragua von der ADA nicht weiter finanziert wird. Dies würde nämlich zusätzliche Kosten für administrative Tätigkeiten bedeuten. (ebd.: 7)

6.2.6 Erfolge und Probleme

Einen wichtigen Aspekt für die Analyse der Städtepartnerschaft stellen die bisherigen Erfolge, aber auch Probleme und Herausforderungen der Städtepartnerschaft Wels – Chichigalpa dar. Da die zwei Interviewpartner aus zwei verschiedenen Bereichen kommen und in einem unterschiedlichen Verhältnis zur Städtepartnerschaft stehen, geben ihre Aussagen bzgl. Erfolge und Probleme der Städtepartnerschaft interessante Einblicke in die Städtepartnerschaft. Außerdem soll darauf hingewiesen werden, dass der Bürgermeister im Interview keine einzige Aussage über bestehende Probleme oder Herausforderungen getätigt hat. Der Präsident des Nicaragua-Komitees hat hingegen einige Problemfelder und bevorstehende Herausforderungen für die Städtepartnerschaft angesprochen. Ein Thema prägte das gesamte Interview mit Mag. Retzl, die Probleme mit der Finanzierung von CHICA

Nicaragua. Diesen Aspekt erwähnte der Bürgermeister in nicht einem Satz. Zunächst möchte ich jedoch auf die positiven Aspekte der Städtepartnerschaft und auf die Erfolge, die mittels der Interviews und meiner Beobachtungen identifiziert werden konnten, eingehen.

Im Allgemeinen wird von beiden Interviewpartnern betont, dass die Zusammenarbeit mit der Partnerstadt bisher sehr erfolgreich war. In den letzten 25 Jahren ist sehr viel passiert und die Städtepartnerschaft hat einige Erfolge zu feiern. Mag. Retzl ist sogar davon überzeugt, dass die Städtepartnerschaft „von der Idee her besser als vorher“ funktioniert. (Interview Retzl: 2) Die Verbindung der Menschen zweier so weit entfernter Städte und das Voneinanderlernen der Menschen steht im Mittelpunkt der Städtepartnerschaft. (Interview Koits: 7, 1) Dies kann als durchaus positiver Ansatz verzeichnet werden. Der Profit dieser Städtepartnerschaft liegt in beiden Partnerstädten. Denn einerseits sind die oben genannten Projekte vielen Menschen in Chichigalpa zugute gekommen und haben ihre Lebensverhältnisse in einigen Bereichen verbessert.

„Die Kinder können in die Schule gehen, Leute haben Wasser, Leute haben Kanalisation, Leute haben Strom, Leute können ins Krankenhaus gebracht werden, wir haben auch ein Krankenfahrzeug finanziert usw.“ (ebd.: 4)

Andererseits konnten auch die beteiligten Menschen in Wels von der Arbeit der Städtepartnerschaft profitieren.

„Da geht’s nicht nur darum, dass man sagt, ja, jetzt gibt’s finanzielle Mittel, die wir nach Nicaragua geben, sondern da geht’s einfach darum, dass auch das persönliche Element sehr stark hervorkehrt.“ (Interview Koits: 2)

„[W]as ich auch für sehr wichtig halte, ist, dass sich viele Leute aus der Stadt erst durch die Städtepartnerschaft dem Thema, entwicklungspolitische Zusammenarbeit, irgendwo genähert haben, und dass sie auch gemerkt haben, dass das ganze nicht eine Geschichte ist, die auf den Spinnereien von ein paar Leuten aufbaut, sondern dass das eine Sache ist, die alle betrifft da.“ (Interview Retzl: 4)

Diese zwei Zitate zeigen, dass nicht nur die persönlichen Kontakte und Erfahrungen, die im Zuge von Informationsreisen oder der Tätigkeiten für die Städtepartnerschaft gewonnen wurden, als Bereicherung für diese Menschen betrachtet werden können, sondern auch die Tatsache, dass durch die Arbeit des Nicaragua-Komitees und der Stadt Wels ein breiteres

Wissen und Bewusstsein für entwicklungspolitische Themen geschaffen wurde. Ein sehr breit gestreutes Netzwerk, in dem sich Menschen vieler unterschiedlicher Bereiche und sozialer Schichten für ein gemeinsames Ziel einsetzen, wurde im Zuge der Städtepartnerschaft geschaffen.

Neben diesen sehr positiven Aspekten wird die Städtepartnerschaft aber auch mit Herausforderungen und Problemen konfrontiert. Vor allem in den letzten Jahren muss die Städtepartnerschaft einen Rückgang der finanziellen Mittel verbuchen. Dies ist vorwiegend auf die aktuelle Wirtschaftskrise zurückzuführen. „[J]eder spürt’s in der Geldtasche, es hilft einfach nix.“ (Interview Retzl: 4) Aber auch die Stadt kann laut Bürgermeister die Gelder in Zeiten der Krise nicht mehr so leicht der kommunalen EZA widmen. (Interview Koits: 6) Nicht nur die Wirtschaftskrise führt zu einem finanziellen Engpass der Städtepartnerschaft, sondern auch veränderte Mehrheitsverhältnisse im Gemeinderat. Denn die SPÖ, welche sich bisher sehr stark für die Städtepartnerschaft einsetzte und in der Politik treibende Kraft bei der Genehmigung von Geldern für die Städtepartnerschaft war, hat bei der letzten Gemeinderatswahl die Mehrheit verloren. Viele der Sitze gingen an die FPÖ (Stadt Wels 2012 – online), die von der Städtepartnerschaft weniger begeistert ist. Mag. Retzl sieht in diesen Veränderungen der politischen Konstellation in der Welser Politik eine weitere Herausforderung für die Städtepartnerschaft, da es immer schwieriger wird die Anliegen der Städtepartnerschaft im Gemeinderat durchzusetzen. „Die Städtepartnerschaft in Wels kann nur so lange funktionieren, so lange die Mehrheit im Gemeinderat dieses solidarische Bewusstsein noch hat.“ (Interview Retzl: 2, 15) Die aktiven Mitglieder der Städtepartnerschaft sind großteils immer noch jene Menschen, die das Nicaragua-Komitee und die Städtepartnerschaft damals aus Solidarität mit der sandinistischen Revolution gegründet haben. Zwar merkt Mag. Retzl an, dass sehr wohl einige junge Leute Interesse an einer Mitarbeit im Nicaragua-Komitee und an entwicklungspolitischen Themen allgemein zeigen, jedoch diese meist in andere Städte oder Länder abwandern und sich ihr Engagement in Wels demzufolge in Grenzen hält. Demnach sind die aktiven MitarbeiterInnen der Städtepartnerschaft eher älter, was sich für die Zukunft der Städtepartnerschaft ebenfalls negativ auswirken könnte. (ebd.: 13) Dieses Fehlen an jungen engagierten Menschen beklagten auch andere Solidaritätsgruppen. Die letzte, aber problematischste Herausforderung für die Welser Städtepartnerschaft stellt die Finanzierung und die Zukunft CHICA Nicaragua dar. Die Schließung von CHICA Nicaragua würde weitreichende Folgen haben. Prinzipiell würde dies die Arbeit der Städtepartnerschaft maßgeblich beeinträchtigen und erschweren. Denn durch das Wegfallen der MitarbeiterInnen von CHICA Nicaragua würde beispielsweise

niemand mehr für die Abwicklung und Abholung der Container zur Verfügung stehen. Es würde keine Zollfreiheit mehr geben und insgesamt würden mehr bürokratische Hürden zu bewältigen sein. (ebd.: 6) Können die Mittel nicht mehr über CHICA Nicaragua abgewickelt werden, müssten sich die Partnerschaften auch mit Währungsschwankungen beschäftigen und die Gelder direkt überweisen, was zu einem gewissen Unsicherheitsfaktor führen würde. (ebd.: 10) Durch das Fehlen einer administrativen Organisation in Nicaragua würde ein zusätzlicher administrativer Aufwand entstehen, welcher von der Städtepartnerschaft gedeckt werden müsste. Die Konsequenz wäre ein Wegfall der Gelder bei den Projekten und die Konzentration auf einige wenige. Das Geld würde nicht mehr so wie jetzt eins zu eins nach Chichigalpa gelangen. Dies könnte sich möglicherweise negativ auf das Spendenverhalten der WelsInnen auswirken. Aber nicht nur die drohende Schließung CHICA Nicaraguas stellt derzeit ein Problem dar, sondern auch die Tatsache, dass die aktuellen Finanzierungsprobleme von CHICA Nicaragua von anderen wichtigen Anliegen ablenken. (ebd.: 7, 8)

Entgegensteuern will man den angeführten Problemen mit neuen Aktionsformen, die mehr finanzielle Mittel bringen sollen, aber auch mit Überzeugungsarbeit für zusätzliche finanzielle Mittel bei den entscheidenden politischen Institutionen, wie der ADA oder dem Magistrat Wels. (ebd.: 8, 14)

Diese Probleme und Herausforderungen zeigen die bestehenden Abhängigkeiten der Städtepartnerschaft deutlich auf. Die größte Abhängigkeit und auch Unsicherheit stellt die Finanzierung der Projekte dar. Denn diese ist stark von der Politik und deren Entscheidungen abhängig, wie die Probleme bei CHICA Nicaragua beweisen. Dies deutet wiederum auf eine Abhängigkeit von der staatlichen Entwicklungspolitik hin. Aber auch die wirtschaftlichen Entwicklungen in Österreich und weltweit sowie die Spendenfreudigkeit der Bevölkerung haben Auswirkungen auf die Städtepartnerschaft. Weiters stellen die persönlichen Verbindungen und das Engagement wichtige Komponenten für das Funktionieren der Städtepartnerschaft dar.

Wie gezeigt wurde, kennzeichnen die Städtepartnerschaft sowohl große Erfolge, aber auch Probleme, die folglich auch die Zukunft der partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Wels und Chichigalpa prägen werden.

6.2.7 Die Zukunftsperspektive der Städtepartnerschaft Wels – Chichigalpa

Die Darstellung der Städtepartnerschaft Wels – Chichigalpa wirft auch die Frage nach ihren Perspektiven auf. Wird es noch weitere 25 Jahre Städtepartnerschaft geben? Oder wird Chichigalpa in nächster Zukunft die Unterstützung von Wels nicht mehr benötigen? Da die Städtepartnerschaft, wie gezeigt wurde, nicht nur auf dem Prinzip des „Helfens“ aufbaut, besteht sowohl beim Bürgermeister der Stadt als auch beim Präsidenten des Nicaragua-Komitees der Wunsch nach einem Fortbestehen der Partnerschaft. Denn wie es der Bürgermeister auf den Punkt bringt, „geht es ja letztendlich trotzdem um die Verbindung von Menschen aus zwei verschiedenen Erdteilen“. (Interview Koits: 7) Ein Aspekt, der in der vorliegenden Darstellung immer wieder sichtbar wurde. Bei der Städtepartnerschaft Wels – Chichigalpa handelt es sich nicht nur um Entwicklungszusammenarbeit, sondern auch um die persönlichen Beziehungen und Erfahrungen, die im Rahmen der Städtepartnerschaft teilweise entstanden sind und auch weiterhin gepflegt werden. Prinzipiell erhofft man sich aber von der Zukunft, dass sich in Chichigalpa und Nicaragua im Allgemeinen die Lebensverhältnisse so verbessern, dass eine finanzielle Unterstützung von Projekten nicht mehr notwendig sein wird.

In naher Zukunft wird man sich dafür einsetzen, dass es CHICA Nicaragua noch weiter geben wird. Denn ohne diese Infrastruktur, meint Mag. Retzl: „bin ich sehr, sehr skeptisch, ob wir das weiterhin so machen können.“ (Interview Retzl: 8) Die einzige Möglichkeit, CHICA Nicaragua über die ADA noch weiterfinanzieren zu können besteht in der Einreichung CHICAs als Projekt. (ebd.: 8) Fraglich ist, ob dieses bewilligt wird, wenn Nicaragua kein Schwerpunktland der OEZA mehr ist. Zum Zeitpunkt des Interviews mit Mag. Zeiner von der ADA konnte noch keine Auskunft über die Weiterfinanzierung CHICAs nach Auslaufen des Vertrages bis 2013 gegeben werden. Denn die Förderungen variieren diesbezüglich jährlich. „Wir wissen ja auch noch nicht, welchen budgetären Rahmen wir insgesamt zur Verfügung haben werden. Also das kann man jetzt noch nicht voraussehen.“ (Interview Zeiner: 2) Würde CHICA Nicaragua jedoch als Projekt weiterfinanziert werden, so würde der Förderanteil mit Sicherheit sinken, meint Mag. Zeiner. (ebd.: 3)

Des Weiteren ist die Zukunft der Städtepartnerschaft von der politischen Entwicklung in Österreich abhängig. Denn wenn die Stadt Wels, aus welchen Gründen auch immer, keine Mittel mehr zur Verfügung stellt, kann es auch die Städtepartnerschaft in dieser Form nicht mehr geben. Der Präsident des Nicaragua-Komitees zeigt sich allerdings zuversichtlich, dass die Städtepartnerschaft trotz der finanziellen Veränderung weiterhin bestehen wird. Voraussetzungen dafür sind aber der Wille und das Bekenntnis der Stadt Wels zur

Städtepartnerschaft sowie das Engagement junger Leute für die Städtepartnerschaft. (Interview Retzl: 16) Die Form der Städtepartnerschaft könnte sich zwar dann verändern, aber ein Fortbestehen würde möglich sein. Eine Gefahr sieht Mag. Retzl lediglich in einem Ansatz, der zu sehr auf persönlichen Beziehungen basiert:

„Also einem Menschen was zu überweisen, der das Projekt macht, heißt, er sucht sich das Projekt nach seinen Interessen geschneidert aus. Und das soll es nicht sein. Und deshalb hoffe ich, dass es bei uns noch ein paar Jahre so weitergeht und dass sie irgendwann auch einmal auf eigenen Beinen stehen.“ (ebd.: 16)

Auch Mag. Zeiner von der ADA denkt, dass „ein Engagement nicht nur geldabhängig“ ist. „Es wird vielleicht anders ausschauen, aber ich glaub nicht, dass das ausschließlich davon abhängt, ob es eine staatliche Förderung von irgendwas dazu gibt.“ (Interview Zeiner: 5)

Wichtig für die Zukunft der Städtepartnerschaft wird demnach auch weiterhin die Unterstützung der Bevölkerung und Zivilgesellschaft sein. Denn es sind die BürgerInnen, die in den 1980er Jahren diese Städtepartnerschaft initiiert haben und es wird auch in Zukunft dieser zivilgesellschaftlichen Basis bedürfen. Sowohl der Bürgermeister der Stadt Wels als auch Mag. Zeiner von der ADA sind überzeugt, dass

„solche Partnerschaften [...] nicht verordnet werden können, sondern die müssen tatsächlich aus der Bevölkerung heraus entstehen. Aus Initiativen, die zunächst einmal mit der Politik nichts zu tun haben, sondern die sich eben entwickeln aus persönlichen Freundschaften und Bekanntschaften, aus Projekten von verschiedenen Organisationen.“ (Interview Koits: 2)

„[d]a hängt es ja auch davon ab, gibt es die Personen, gibt es die interessierten Leute, gibt es auch neue, die da kommen, weil wir werden alle miteinander älter [...], oder es gibt andere Formen, auch im Zuge dessen, was sich an Kommunikationsmöglichkeiten insgesamt weltweit auftut.“ (Interview Zeiner: 5)

Der Präsident des Nicaragua-Komitees denkt hingegen, dass es nicht nur die Zivilgesellschaft ist, die der Städtepartnerschaft eine Zukunft schenken kann, sondern auch die Politik dazu beitragen muss. (Interview Retzl: 15)

Sowohl die Zivilgesellschaft als auch die Politik stellen also wesentliche Träger der Städtepartnerschaft dar, jedoch kann diese nur mit dem Engagement vieler solidarischer und entwicklungspolitischer Menschen aus Politik und Zivilgesellschaft existieren. Aus diesem

Grund wird auch für die Zukunft diese zivilgesellschaftliche Basis ausschlaggebend für ein erfolgreiches Fortbestehen sein.

6.3 Die Städtepartnerschaft Wels – Chichigalpa als Beispiel kommunaler EZA

Im Folgenden soll nun die Städtepartnerschaft Wels – Chichigalpa mit der zuvor ausgearbeiteten Theorie zu kommunaler EZA in Verbindung gesetzt werden. Am Beispiel der Städtepartnerschaft Wels – Chichigalpa kann aufgezeigt werden, inwieweit diese als Form kommunaler EZA betrachtet werden kann. Dies lässt sich an ihrem Beitrag zur EZA im Allgemeinen messen, welcher durch die obige Darlegung ihrer Entstehungsgeschichte, Organisation, Finanzierung und Tätigkeiten festgestellt werden kann. Ein besonderes Augenmerk wird dabei auf die Vorteile und Nachteile der kommunalen EZA bei der Städtepartnerschaft gelegt, da dies weitere Erkenntnisse hinsichtlich ihres Beitrags zur EZA bringen wird.

Die Städtepartnerschaft Wels – Chichigalpa bestätigt viele theoretische Annahmen der kommunalen EZA. Das Engagement der Stadt Wels für Chichigalpa und die Städtepartnerschaft im Allgemeinen sind aus einem politischen Kontext entstanden, der Solidarisierung mit der sandinistischen Bewegung. Aber auch die Unterstützung der Menschen in Nicaragua kann als anfänglicher Beweggrund bezeichnet werden. InitiatorInnen waren im Prinzip Einzelpersonen aus Wels, die sich schließlich in einem Personenkomitee organisierten und die Stadt Wels zu ihrer ersten Städtepartnerschaft mit einem Land des globalen Südens motivierten. Dies sind, wie die Theorie auch aufzeigt, typische Motive für den Beginn kommunalen Engagements. Aber es stehen bei der Städtepartnerschaft in Wels nicht nur das Kennenlernen und der Erfahrungsaustausch im Mittelpunkt, sondern die Tätigkeiten der Städtepartnerschaft gehen darüber hinaus.

Auch die Welser Städtepartnerschaft basiert auf normativen Gründen, da, zu Beginn zumindest, die Solidarität und heute vor allem die humanitären Gründe im Vordergrund stehen. Als wichtigste Faktoren für ein Engagement der Kommunen wurden Information, emotionale Betroffenheit, konkrete Projektvorschläge und persönliche Kontakte genannt. Auf die Städtepartnerschaft treffen alle vier Faktoren zu. Zu Beginn wurden in Wels viele Informationen über die Situation in Nicaragua verbreitet. Daraus resultierte eine emotionale Betroffenheit, was die Gründung der Städtepartnerschaft und das heutige Bestehen

maßgeblich beeinflusste. Heute sind es vor allem die konkreten Projektvorschläge aus Chichigalpa und des Nicaragua-Komitees, aber auch die persönlichen Beziehungen zu Chichigalpa, welche die Stadt Wels zum Engagement in der EZA antreiben.

Die Organisation der Städtepartnerschaft läuft in Wels über einen Partnerschaftsverein. Verwaltung und formale Angelegenheit werden demnach dem Verein überlassen. Prinzipiell wird, wie dargestellt wurde, auch die Welser Städtepartnerschaft von vielen AkteurInnen gleichzeitig getragen. Diese Form der Organisation gewährt der Städtepartnerschaft eine gewisse Unabhängigkeit von der staatlichen EZA. Sie steht im Prinzip auf eigenen Beinen. Dies trifft jedoch nicht gänzlich auf die Welser Städtepartnerschaft zu, da, wie am Beispiel CHICA Nicaraguas aufgezeigt wurde, auch Entscheidungen der ADA und der österreichischen Entwicklungspolitik Auswirkungen auf die Städtepartnerschaft haben.

Die Finanzierung der Städtepartnerschaft wird über verschiedene Quellen ermöglicht, nicht nur die Stadt trägt dazu bei. Dies lässt den Schluss zu, dass die Städtepartnerschaft ohne externe Unterstützung nicht in dieser Form funktionieren könnte. Städtepartnerschaften, die keinen Partnerschaftsverein oder Menschen haben, die sich der Finanzierung und Aufstellung von finanziellen Mitteln im privaten Sektor widmen, können sicherlich weniger Projekte verwirklichen als andere.

Des Weiteren hat sich die Frage gestellt, ob Städtepartnerschaften dem Dritten Sektor oder NGOs zugerechnet werden können. Anhand der Analyse der Städtepartnerschaft Wels – Chichigalpa kann festgestellt werden, dass Städtepartnerschaften zwischen der politischen und zivilgesellschaftlichen Ebene angesiedelt sind. Die Städtepartnerschaft kann ohne Teilnahme und Engagement der Bevölkerung nicht funktionieren, diese stellt, wie schon gezeigt wurde, die Basis für eine funktionierende Zusammenarbeit dar. Aber auch politische Akteure sind nicht nur ein Teil dieser Kooperation, sondern auch dafür verantwortlich, dass die Partnerschaft existiert. Eine Zusammenarbeit dieser beider Ebenen stellt somit die Voraussetzung für einen Erfolg der Städtepartnerschaft dar. Die Städtepartnerschaft kann aufgrund ihrer Organisationsstruktur und der Vielzahl an beteiligten Akteuren eindeutig als Netzwerk bezeichnet werden, da sie nicht zentral organisiert ist und die Partnerschaft von vielen verschiedenen Akteuren getragen wird.

Die Annahme, dass die kommunale EZA die Mängel der staatlichen EZA ausgleichen könnte, kann im Wesentlichen verifiziert werden. Denn im Falle der Städtepartnerschaft kommt tatsächlich das Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe zum Tragen. Ein partizipativer Ansatz kann

auf kommunaler Basis einfacher verwirklicht werden, da diese Ebene der Bevölkerung am nächsten steht. Die Menschen in Chichigalpa stehen bei der Arbeit im Mittelpunkt und beteiligen sich aktiv an der Vorbereitung und Durchführung der Projekte. Die Projekte werden von den Betroffenen vorgeschlagen und gemeinsam mit NGOs in Chichigalpa ausgearbeitet. Dennoch liegt die Entscheidungsmacht über die Finanzierung der Projekte immer noch bei den Gebern – also der Stadt Wels und dem Nicaragua-Komitee, was diese Annahme wieder ein wenig relativiert. Da aber die Städtepartnerschaft nicht nur auf dem Prinzip des Helfens aufbaut, sondern auch Dinge wie persönliche Kontakte und kultureller Austausch im Mittelpunkt stehen, findet sicherlich eher eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe statt als bei der staatlichen EZA.

6.3.1 Vorteile und Nachteile kommunaler EZA am Beispiel der Städtepartnerschaft Wels – Chichigalpa

Die Vorteile und Nachteile kommunaler EZA wurden bereits im Theorieteil ausgearbeitet. Dabei konnten mehr Vorteile als Nachteile ausgemacht werden, was für das Engagement von Kommunen in der EZA spricht. Inwieweit diese Vorteile und Nachteile auch auf die Städtepartnerschaft zutreffen, soll nun überprüft werden.

Die Vorteile gegenüber der staatlichen EZA wurden bereits erwähnt und gelten größtenteils auch für die Städtepartnerschaft. Aber nicht nur die Zusammenarbeit von Partnern auf gleicher Ebene und Augenhöhe kann hier als Vorteil betrachtet werden, sondern auch die weniger komplexen Projekte, was die Partizipation beider Gemeinden und ihrer BürgerInnen eher gewährleistet. Diese Tatsache ist ebenfalls bei der Städtepartnerschaft zu finden. Denn die Organisation sowie die Projektabwicklung werden sowohl von der Stadt Wels und ihren BürgerInnen als auch von der Stadt Chichigalpa und ihren BürgerInnen durchgeführt. Die Verantwortung liegt demnach nicht nur in der Geberkommune, also in Wels, sondern auch in der Partnergemeinde. Der Vorteil der Bedarfsorientiertheit trifft ebenso auf die Städtepartnerschaft zu, da die Nähe zur Bevölkerung durch die zivilgesellschaftlichen Organisationen wie ASDECOSI oder *Movimiento Comunal* gesichert ist. Die Bedürfnisse vor Ort können über diese Organisationen identifiziert und artikuliert werden. Projekte mit geringer Vorlaufzeit, geringem Risiko und Nachhaltigkeit können im Rahmen kommunaler EZA verwirklicht werden. Auch die Projekte der Städtepartnerschaft können als nachhaltige Projekte bewertet werden, da die Zusammenarbeit nach Ende der Projekte meist nicht einfach

abgebrochen wird. Denn persönliche Kontakte und Verbindungen helfen diese aufrechtzuerhalten und fortzusetzen. Kommunale EZA wird im Umgang mit den finanziellen Mitteln als transparenter bezeichnet. Auch bei der Städtepartnerschaft gehen die Mittel über CHICA Nicaragua direkt an die Partnerorganisationen oder an Projekte in Chichigalpa. Ein Umweg über staatliche Organisationen oder andere mitkassierende Organisationen kommt daher nicht vor. Kommunale EZA wird oftmals als Instrument der Dezentralisierung und zur Förderung demokratischer Strukturen angesehen. Da durch die Städtepartnerschaft lokale Strukturen sowohl in Wels als auch in Chichigalpa gefördert werden, trägt sie wesentlich zur Dezentralisierung bei. Aber auch die Demokratie wird in gewissem Maß begünstigt, da im Rahmen der Städtepartnerschaft versucht wird, benachteiligte Menschen zu ermächtigen, und ihnen die Chance zur Artikulation ihrer Probleme und Bedürfnisse geboten wird. Die Projekte der Städtepartnerschaft tragen außerdem zur Förderung der Zivilgesellschaft bei, eine Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie. Eine Unterstützung beim Aufbau einer funktionierenden Kommunalverwaltung wird von der Städtepartnerschaft weder forciert noch konnte diese Form der Unterstützung beobachtet werden. Ein weiterer Vorteil bei kommunaler EZA wird in der Öffentlichkeitsarbeit und Bildungsarbeit gesehen. Dieser Aspekt tritt auch bei den Städtepartnerschaften immer wieder auf. Bisher konnten viele Menschen dazu bewegt werden, sich mit entwicklungspolitischen Themen und globalen Zusammenhängen auseinanderzusetzen. Ein Aufweichen asymmetrischer Verhältnisse kann nur dann erfolgen, wenn der Prozess „von unten“, also von der Bevölkerung initiiert wird. Die Bevölkerung in Wels kann durch die Städtepartnerschaft nicht nur sensibilisiert werden, sondern auch interkulturelle Kompetenzen erwerben, die einen Mehrwert nicht nur für sie selbst, sondern für die gesamte Gesellschaft darstellen.

Ein wirtschaftlicher Profit oder das Erlernen neuer Organisationsformen oder anderer Strukturen trifft meiner Analyse zufolge nicht auf die Städtepartnerschaft zu. Eine Unabhängigkeit von politischen oder wirtschaftlichen Interessen ist auf den ersten Blick bei der Städtepartnerschaft zwar nicht gegeben, jedoch wurde auch ausführlich veranschaulicht, dass Abhängigkeiten zur nationalen, aber auch zur kommunalen Politik existieren. Des Weiteren ist die Städtepartnerschaft aus einem politischen Kontext heraus entstanden, demnach ist sie des Öfteren mit dem Vorwurf, eine politische Organisation zu sein, konfrontiert worden. Da in den 1980er Jahren die Solidarität mit der sandinistischen Revolution im Vordergrund stand, ist dieser Vorwurf teilweise auch gerechtfertigt. Demnach kann eine vollkommene Unabhängigkeit von Interessen zumindest in Österreich nicht bestätigt werden. Politische Entwicklungen in Nicaragua haben, so Mag. Retzl, keine

Auswirkungen auf die Städtepartnerschaft. Obwohl eine Zusammenarbeit mit einem konservativen Bürgermeister in Chichigalpa durchaus schwieriger wäre. (Interview Retzl: 15) Fest steht jedoch, dass mittlerweile die Menschen vor Ort im Zentrum stehen und keine politischen oder ideologischen Aspekte.

Ein weiterer Vorteil, der in der Theorie nicht erwähnt wurde, bei der Städtepartnerschaft aber ausschlaggebend ist, ist die Beteiligung verschiedener Akteure aus unterschiedlichen Bereichen. „Bei uns ist eben der Vorteil, dass wir auf der politischen Ebene sehr viele Leute haben, die interessiert sind, die engagiert sind und deren Bewusstsein entsprechend hoch ist, was das betrifft.“ (Interview Retzl: 13) Diese Zusammenarbeit von Politik und Zivilgesellschaft stellt, wie schon erwähnt, einerseits eine Grundvoraussetzung für das Funktionieren der Städtepartnerschaft dar und andererseits die Basis für eine ausgeglichene und partizipative Form der EZA.

Die Nachteile betreffen die Übertragung westlicher Entwicklungsmodelle auf die Kommunen des Südens, Unkenntnis der EZA-Strukturen sowie das Vorgeben von Aktivitäten und Projekten durch westliche Kommunen. Die Projekte der Städtepartnerschaft werden jedoch in Nicaragua ausgearbeitet und auch koordiniert. Demnach wird lediglich das zur Verfügung stehende Geld an die Partnergemeinde und deren Organisationen überwiesen. Dabei werden keine konkreten Bedingungen oder Konditionen auferlegt, sondern lediglich Belege für die zweckmäßige Verwendung verlangt. Die Gefahr der Übertragung westlicher Strukturen oder Modelle ist hier eher gering. Da die Welscher Städtepartnerschaft über das Nicaragua-Komitee Wels organisiert ist und dieses bereits langjährige Erfahrungen im Bereich EZA hat, stellen mangelndes Wissen der EZA-Strukturen oder eine Überforderung durch die Professionalisierung der EZA keine Probleme dar. Ebenso wenig kommt bei der Städtepartnerschaft der Nachteil, dass die westliche Partnergemeinde Tätigkeiten und Aktivitäten vorgibt, zum Tragen.

Die persönliche Verbundenheit der Beteiligten mit der Städtepartnerschaft, vor allem in Wels, birgt allerdings auch ein Risiko. Denn brechen diese Kontakte ab, könnte auch das Engagement für Chichigalpa und Nicaragua schwinden. Die emotionale Betroffenheit und die persönlichen Kontakte können also nicht nur als Vorteil ausgewiesen werden, sondern auch als Gefahr und Abhängigkeitsfaktor.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die vielen Vorteile der kommunalen EZA bis auf wenige auch bei der Städtepartnerschaft zu finden sind. Die Vorteile dominieren auch

bei der Städtepartnerschaft gegenüber den Nachteilen. Diese Tatsache deutet auf die positiven Aspekte der Städtepartnerschaft hin. Des Weiteren muss betont werden, dass die erläuterten Vorteile und Nachteile kommunalen Engagements meist beide Partnerkommunen betreffen, was das Prinzip der Partnerschaftlichkeit unterstreicht.

7 Conclusio

Im Zuge dieser Arbeit wurden einerseits Städtepartnerschaften als Beispiel kommunaler EZA in Österreich untersucht. Analysiert wurde die Städtepartnerschaft Wels – Chichigalpa, die nicht nur Erkenntnisse über ihren Beitrag zur EZA lieferte, sondern auch aufgezeigt hat, inwieweit sie mit der staatlichen EZA in Österreich in Berührung kommt. Damit konnte dargestellt werden, in welcher Beziehung sie zur OEZA steht. Auch die anfangs gestellten Fragen nach Entstehung, Organisation und Zukunft wurden abgehandelt und festgehalten. Andererseits ist auch die OEZA mit Nicaragua ins Auge gefasst und folglich untersucht worden, welchen Einfluss aktuelle Entwicklungen in der OEZA auf kommunale Akteure haben. Im Mittelpunkt dieser Analyse stand dabei das Ende der bilateralen Zusammenarbeit mit Nicaragua. Die Resultate und Erkenntnisse, die gewonnen wurden, sollen nun nochmals zusammengefasst werden und eine Antwort auf meine vorangestellte Forschungsfrage geben. Diese gliederte sich in zwei Teile:

1. Welchen Beitrag leisten kommunale Formen der Entwicklungszusammenarbeit, wie die Städtepartnerschaft Wels – Chichigalpa, zur Entwicklungszusammenarbeit in Österreich?

Dieser Teil der Forschungsfrage konnte bereits im letzten Kapitel beantwortet werden, indem die zu Beginn gestellten theoretischen Annahmen anhand der Städtepartnerschaft Wels – Chichigalpa überprüft wurden.

Vorab kann resümiert werden, dass Städtepartnerschaften prinzipiell als Form kommunaler EZA bezeichnet werden können. Auch wenn der Begriff der kommunalen EZA in Österreich wenig bis gar nicht verwendet wird, kann dieser durchaus als Überbegriff für diverse Formen des Engagements der Städte und Gemeinden in Österreich gelten. Städte und Gemeinden werden in Österreich, im Gegensatz zu anderen Ländern oder der internationalen Ebene, im Wesentlichen nicht als Akteure der EZA wahrgenommen und auch nicht als diese anerkannt. Die einzige Form kommunalen Engagements, die von der staatlichen Seite registriert wird, sind die Städtepartnerschaften, von denen es eine Vielzahl auch mit Städten des globalen Südens gibt. Darüber hinaus wird weder mehr Engagement erwartet oder gar gefördert, was nicht nur aus der Analyse der Dokumente der ADA und des Außenministeriums, sondern auch aus dem Interview mit Mag. Zeiner von der ADA abgeleitet werden kann. Eine Aufgabenteilung, bei der die internationale Zusammenarbeit nur der nationalen Ebene obliegt, kann hier festgestellt werden. Dies deutet auf eine stark zentralisierte EZA in Österreich hin.

Kommunen in Österreich investieren insgesamt gesehen wenig in die EZA und halten sich aus der internationalen Zusammenarbeit weitgehend raus. Jedoch konnte aufgezeigt werden, dass die Kommunen in Österreich, hauptsächlich in Form von (Städte)partnerschaften, zwar keinen quantitativ hohen, aber einen durchaus wertvollen Beitrag zur EZA leisten.

Dies lässt sich vor allem von den bereits dargestellten Vorteilen kommunaler EZA, die zum Großteil bei der Städtepartnerschaft wieder gefunden werden konnten, ableiten. Zwar ist das finanzielle Volumen bei Städtepartnerschaften nicht sehr groß und das Geld reicht meist nur für kleinere Projekte in einem bestimmten Bereich, jedoch können die zur Verfügung stehenden Mittel direkt eingesetzt werden. Die analysierte Städtepartnerschaft hat beispielsweise in den letzten 20 Jahren viele kleinere, aber erfolgreiche Projekte durchgeführt, die meist einem breiten Teil der Bevölkerung zugutegekommen sind. In Bezug auf die Projekte und anderen Aktivitäten leisten die Kommunen also einen wesentlichen Beitrag zur EZA. Denn die Projekte können als sehr nachhaltig bezeichnet werden, da die Zusammenarbeit nach Projektende durch persönliche Kontakte und Beziehungen aufrechterhalten bleibt und die Projekte, zumindest im Falle der untersuchten Städtepartnerschaft, von Personen vor Ort vorgeschlagen, betreut und abgeschlossen werden. Außerdem konnte aufgezeigt werden, dass kommunale EZA Dezentralisierung, demokratische Strukturen und die Zivilgesellschaft fördert. Nicht nur in Chichigalpa, sondern auch in Österreich. Alle drei Aspekte werden von der OEZA im Dreijahresprogramm forciert. Dass auch kommunales Engagement österreichischer Städte und Gemeinden diese drei Ziele begünstigt, wird von der OEZA jedoch bislang nicht erkannt. Ebenso findet eine Sensibilisierung der Öffentlichkeit für entwicklungspolitische Themen und globale Problemstellungen statt. Beide Interviewpartner der Städtepartnerschaft Wels – Chichigalpa betonten die Tatsache, dass ihre Arbeit zum Bewusstmachen entwicklungspolitischer Themen beiträgt. Erst durch die Städtepartnerschaft sind viele Personen mit entwicklungspolitischen Inhalten in Berührung gekommen. Denn Bildungsarbeit ist vor allem auf lokaler Ebene, die der Bevölkerung am nächsten steht, fruchtbar. Insofern tragen hier Kommunen einen wichtigen Teil zur EZA bei. Die ADA zählt Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit ebenso zu ihren Hauptaufgaben. Es stellt sich also die Frage, inwieweit kommunale EZA fehlende oder unzureichende Komponenten der OEZA ersetzen kann und soll.

Es kann zusammengefasst werden, dass die Städtepartnerschaften durchaus erfolgreiche Projekte durchführen, die, zumindest was die Welser Städtepartnerschaft betrifft, mit wenigen Mitteln relativ viel erreichen. Die Bevölkerung in Nicaragua ist direkt eingebunden und es

sind nicht externe ExpertInnen, die bei der Umsetzung und Durchführung der Projekte in Nicaragua die Arbeit übernehmen. Auch die dargelegten Probleme und Hindernisse, die eine Unterstützung Österreichs erschweren, sind sichtbar geworden. Die Tatsache, dass immer weniger finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, beeinträchtigt aber auch einige Projekte. Es wurde deutlich, wie wichtig die Städtepartnerschaft nicht nur für Chichigalpa, sondern auch für Wels ist.

2. In welchem Verhältnis stehen diese [kommunale Formen der EZA] zur staatlichen Entwicklungszusammenarbeit?

Um diese Frage beantworten zu können, war es zuvor notwendig, einen Überblick über die OEZA im Allgemeinen und darauf folgend über die OEZA mit Nicaragua zu geben. Denn im Fokus stand vor allem der Rückzug der OEZA aus Nicaragua. Nach einer sehr langen Zeit der Zusammenarbeit hat sich Österreich schließlich dazu entschlossen, das Schwerpunktland Nicaragua zu streichen und neue Schwerpunktländer östlich von Österreich in die Liste der Schwerpunktländer aufzunehmen. Diese Entscheidung hat nicht nur Auswirkungen auf Nicaragua selbst, sondern auch auf die Arbeit der NGOs in Österreich und Nicaragua. In einem Übergangsprozess wurden/werden bis 2013 alle bestehenden Projekte sorgfältig abgeschlossen und in Eigenverantwortung übergeben. Nach 2013 wird es für NGOs, die in Nicaragua tätig sind, schwieriger, Förderungen von der ADA zu erhalten. Fraglich bleibt also, ob es in Zukunft noch ausgeprägte Formen der Zusammenarbeit mit Nicaragua geben wird. Da zu Beginn der Forschung nicht eindeutig war, ob auch kommunale Formen der EZA von der staatlichen EZA beeinflusst werden, stellte sich die Frage, ob die Streichung des Schwerpunktlandes Nicaragua auch auf die kommunale EZA, welche sich in Nicaragua engagiert, Auswirkungen haben wird. Dies wurde ebenfalls anhand der Städtepartnerschaft Wels – Chichigalpa überprüft.

Die Analyse hat die Beziehung der Städtepartnerschaft zur ADA und zum Außenministerium, also der kommunalen EZA zur staatlichen EZA, sichtbar gemacht. Auf den ersten Blick agieren Städtepartnerschaften unabhängig von der staatlichen EZA und es bestehen wenige Interdependenzen. Seit ihrer Gründung, die von Einzelpersonen und dem Nicaragua-Komitee begünstigt wurde, ist die Städtepartnerschaft eigenständig organisiert und steht im Prinzip in keinem Verhältnis zur staatlichen EZA. Städtepartnerschaften und kommunale EZA werden vor allem von der Zivilgesellschaft beeinflusst und getragen.

Durch die genauere Betrachtung der Kontakte zwischen dem Außenministerium/ADA und der Städtepartnerschaft kommt allerdings ein anderes Bild zum Vorschein. Kontakte bestehen einerseits über das Regionalbüro in Managua und über CHICA Nicaragua, das von der ADA finanziert wird. Auch waren sich alle Interviewpartner einig, dass die Arbeit der Städtepartnerschaften von der nationalen Ebene sowohl anerkannt als auch für gut geheißen wird. Eine direkte Zusammenarbeit mit der ADA oder dem Außenministerium findet trotzdem nicht statt. Es hat sich jedoch herausgestellt, dass dennoch Abhängigkeiten zur staatlichen EZA in Österreich existieren. Diese kommen durch das Problem rund um CHICA Nicaragua zum Vorschein.

Die Analyse hat die Probleme und Konsequenzen einer Schließung CHICA Nicaraguas deutlich gemacht. Für die Städtepartnerschaft Wels – Chichigalpa wäre ein Verlust dieses Koordinationsbüros äußerst problematisch, denn dies würde die Arbeit und das Funktionieren der Städtepartnerschaft maßgeblich beeinträchtigen. In diesem Sinne steht also zumindest die untersuchte Städtepartnerschaft in großer Abhängigkeit zur ADA, denn diese besitzt die Entscheidungsmacht über ein Fortbestehen CHICA Nicaraguas. Andere Städtefreundschaften, wie das Personenkomitee Ansfelden, könnten nach eigenen Angaben auch ohne CHICA ihre Aktivitäten problemlos fortsetzen. Demnach kann diese Abhängigkeit von der staatlichen EZA nicht für alle kommunalen Formen der EZA als allgemeingültig geltend gemacht werden. Eine Analyse mehrerer Formen kommunaler EZA oder mehrerer Städtepartnerschaften würde hier sicherlich mehr Aufschluss bringen, was jedoch den Rahmen dieser Diplomarbeit bei weitem gesprengt hätte.

Die Tatsache, dass kommunale EZA weder als staatlich gesteuert noch als rein zivilgesellschaftliches Engagement kategorisiert werden kann, kann ebenfalls als Hinweis einer nicht klar definierten Stellung im Feld EZA interpretiert werden. Die Beschreibung der Städtepartnerschaft als Netzwerk kann daher sehr nützlich sein, denn dies gibt auch Städtepartnerschaften und anderen kommunalen Formen der EZA eine passende Bezeichnung. Es muss jedoch der Schluss gezogen werden, dass, von der staatlichen Ebene betrachtet, Städtepartnerschaften als NGOs gehandhabt werden, denn sie müssen genauso wie andere NGOs ihre Projekte einreichen und werden bei diversen Kooperationen gleich behandelt. Inwieweit kommunales Engagement unter dieser Betrachtung Chancen auf Förderungen oder Kofinanzierungen durch die ADA hat, ist fraglich, da Formen kommunaler EZA eben auch in Konkurrenz zu allen anderen NGOs stehen und sie dadurch direkt in den Wettbewerb um Förderungen eingebunden sind.

Können aber Kommunen die OEZA in ihrer Tätigkeit unterstützen oder können sie sogar bestimmte Kritikpunkte der OEZA ausgleichen? Da kommunale EZA auf einer anderen, bevölkerungsnahen Ebene funktioniert, kann diese sicher durch ihren gegebenen Ausgangspunkt bestimmte Ziele eher verwirklichen als die staatliche EZA. Denn es wurde gezeigt, dass auf der lokalen Ebene angesetzt werden muss, um die globalen Probleme lösen zu können. Finanziell betrachtet, würden die Mittel der Kommunen allerdings nicht ausreichen, um fehlende Gelder der OEZA zu ersetzen. Für mich lässt dies den Schluss zu, dass die Kommunen in Österreich, sei es in Form von Städtepartnerschaften oder anderen Formen, gewiss ergänzende Funktionen in der EZA übernehmen können und auch sollten. Eine Zusammenarbeit der nationalen und kommunalen Ebene wäre hierzu nötig, jedoch birgt dies wiederum die Gefahr der Abhängigkeit von der nationalen Entwicklungspolitik und des Aufhalsens neuer und mehr Aufgaben für die ohnehin schon ausgelasteten Kommunen. In diesem Zusammenhang können Kommunen nicht als Alternative zur staatlichen EZA betrachtet werden, sondern eben lediglich als Partner der OEZA. Die aktuellen Entwicklungen in der nationalen Entwicklungspolitik Österreichs erwecken jedoch, wie bereits Rehbogen im Jahr 2008 festgestellt hat, nicht den Anschein, dass den österreichischen Kommunen in naher Zukunft eine wichtigere Rolle in der EZA zuerkannt wird.

Im Allgemeinen kann festgehalten werden, dass die kommunale EZA kein besonders enges Verhältnis zur staatlichen EZA hat. Denn die Zusammenarbeit findet meist nur über mehrere Ecken statt. Dies bedeutet jedoch nicht, dass der Einfluss politischer Entscheidungen, wie die Streichung Nicaraguas als Schwerpunktland, auf die kommunale EZA nicht gegeben ist. Wie das dargelegte Beispiel aufgezeigt hat, spielen mehrere Faktoren zusammen, die ein erfolgreiches Bestehen und Arbeiten kommunaler EZA ausmachen. Dazu zählt zwar auch die finanzielle Unterstützung der ADA für CHICA Nicaragua, jedoch ist es nicht nur, wie Mag. Zeiner sagte, geldabhängig, wie sich die Städtepartnerschaften entwickeln, sondern primär auch vom persönlichen Engagement der Menschen in den Städten abhängig. Diese Erkenntnis ergibt sich aus den anderen zwei Interviews, wo immer wieder das Engagement und die Begeisterung der einzelnen Menschen in den Städten für das Existieren kommunalen Engagements, wie der Städtepartnerschaft, verantwortlich gemacht werden. In diesem Sinne wird der Ausstieg der OEZA aus der bilateralen Zusammenarbeit mit Nicaragua ein Fortbestehen der Städtepartnerschaften und vermutlich anderer Formen kommunaler EZA mit Nicaragua vielleicht in gewisser Weise beeinträchtigen, aber nicht stoppen.

Die Solidarität für das „befreite“ Nicaragua wird, vielleicht in einer anderen Form als in den 1980er Jahren, von den Städtepartnerschaften und anderen Initiativen auch in Zukunft weiter getragen werden. Vorausgesetzt kommende Generationen lassen sich motivieren und für einen partnerschaftlichen Austausch begeistern. Die Motivation zur entwicklungspolitischen Arbeit scheint bei der Nicaraguabewegung auch viele Jahre nach der sandinistischen Revolution nicht zu schwinden. Denn sollte Nicaragua irgendwann die finanzielle Unterstützung nicht mehr benötigen, was ein Ziel der jahrelangen Solidaritätsarbeit ist, werden die Partnerschaften sowie die persönlichen Beziehungen trotzdem weiterleben.

8 Bibliographie

Printquellen:

Acevedo, Adolfo/Küblböck, Karin (2010): Political Economy of the Budget Process in Nicaragua. ÖFSE Edition 16. Wien: ÖFSE

AGEZ/EU-Plattform (2006): Die österreichischen NGOs der Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit – ihre Rolle jetzt und in der Zukunft: ein unverzichtbarer Partner für die OEZA und die Länder des Südens. Wien

Athenstaedt, Christian (2011): Die Kompetenzverteilung in der deutschen staatlichen Entwicklungszusammenarbeit. Zur Zulässigkeit entwicklungspolitischer Maßnahmen deutscher Bundesländer und Kommunen. München: Utz

Balsen, Werner/ Rössel, Karl (1986): Hoch die internationale Solidarität. Zur Geschichte der Dritte Welt-Bewegung in der Bundesrepublik. Köln: Kölner Volksblatt-Verlag

Bittner, Gerhard (2000): Die EZA Österreichs 1960 bis 1999 – Ein Überblick. In: ÖFSE (Hg.): Österreichische Entwicklungspolitik: Berichte, Analysen, Informationen. 1999. Wien: Südwind, 36-41

Butscher, Anke (2009): Der gewählte Caudillo. Nicaraguas Demokratie im Schatten von Korruption, Klientelismus und Eliten. Dissertation, Universität Kassel

Dietrich, Wolfgang (1988): Nicaragua. Entstehung, Charakter und Hoffnung eines neuen Weges. 3., erweiterte und aktualisierte Auflage. Heidelberg: Heidelberger Verlagsanstalt

Emminghaus, Christoph (2003): Kommunale Entwicklungszusammenarbeit: Ansätze und Erfahrungen anderer bi- und multilateraler Geber. Studien zu den Niederlanden, Großbritannien, Dänemark und der Europäischen Union. Eschborn: GTZ

Falkner, Gerda (1988): Österreich und Lateinamerika in der Kreisky-Ära. In: Zeitschrift für Lateinamerika, Ausgabe 35, 41-55

Fieber, Bettina (1995): Internationale Gemeindeparterschaften. Kulturaustausch und seine Wirkungen in europäischen Landgemeinden. Trier: WVT

- Fischer-Kramer, Dorit (1988): Städtepartnerschaften mit der Dritten Welt. Eine Dokumentation. Wien: KDZ
- Franke, Jens (1991): Ortspartnerschaften. Völkerverständigung auf wirtschaftlicher, kultureller und politischer Ebene. Dissertation, Universität Wien
- Franz, Margit (2006): Austria's Solidarity with Sandinista Nicaragua, 1979-1990. In: Eisterer, Klaus/Bischof, Günter (Hg.): Transatlantic relations. Austria and Latin America in the 19th and 20th centuries. Innsbruck/Wien: StudienVerlag, 239-255
- Freudenschuß-Reichl, Irene (2007): EZA eines EU-Mitgliedstaates: Österreich. In: Freudenschuß-Reichl, Irene/ Bayer, Kurt (Hg.): Internationale Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit. Wien: Manz, 137-156
- Froschauer, Ulrike/ Lueger, Manfred (2003): Das qualitative Interview. Zur Praxis interpretativer Analyse sozialer Systeme. Wien: Facultas WUV
- Fröhlich, Katrin/ Lämmlein, Bernd (2009): Kommunale Entwicklungspolitik in Deutschland. Studien zum entwicklungspolitischen Engagement deutscher Städte, Gemeinden und Landkreise. Bonn: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik
- Gabriel, Leo (2011): Die Versuchung der Macht: Aufstieg und Niederlage der sandinistischen Revolution. In: Höltke, Christoph/Huhle, Teresa (Hg.): Nicaragua. Der Traum von der Freiheit. Berlin: WVB, 13-23
- Garstka, Hans-Jürgen (1972): Die Rolle der Gemeinde in der internationalen Verständigung nach dem zweiten Weltkrieg gezeigt am Beispiel der deutsch-französischen Verständigung. Internationale Bürgermeister-Union, Deutsche Geschäftsstelle
- GTZ (Hg.) (2004): Kommunale Entwicklungszusammenarbeit. Leitfaden zur Gestaltung von Kooperationsbeziehungen zwischen Kommunen und der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Eschborn: GTZ
- Halbartschlager, Franz (2007): Nord-Süd-Städte- und Gemeindepartnerschaften in Österreich: Status quo, Möglichkeiten und Herausforderungen. Wien: Südwind Agentur

Hartmeyer, Helmuth (1998): Einmal Hochschaubahn und zurück. Wandlungen innerhalb der österreichischen EZA unter besonderer Berücksichtigung der Erfahrungen und Perspektiven der österreichischen Nichtregierungsorganisationen. In: Journal für Entwicklungspolitik (JEP): Veränderungen in der österreichischen EZA, Nr. 1, Wien: Brandes & Apsel; Südwind, 7-40

Hein, Michael/Ortner, Heidemarie (1997): Gemeindeparterschaften. Dokumentation, Analyse, Perspektiven. Wien: KDZ

Heinz, Werner /Langel, Nicole/Leitermann, Walter (2004): Kooperationsbeziehungen zwischen deutschen Städten und Kommunen in Entwicklungsländern. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Frankfurt am Main: bpb, 15-16

Holtmann, Everhard (2010): Kommune/Kommunalpolitik. In: Nohlen, Dieter/ Schultze, Rainer-Olaf (Hg.): Lexikon der Politikwissenschaft. Band 1 A-M. 4., aktualisierte und ergänzte Auflage. München: Beck, 473-476

Hödl, Gerald (2003): Die Anfänge – vom Empfänger – zum Geberland. In: Gomes, Bea de Abreu Fialho/ Maral-Hanak, Irmi/ Schicho, Walter (Hg.): Die Praxis der Entwicklungszusammenarbeit. Akteure, Interessen und Handlungsmuster. Wien: Mandelbaum Verlag, 27-45

Hödl, Gerald (2004): Österreich und die Dritte Welt. Außen- und Entwicklungspolitik der Zweiten Republik bis zum EU-Beitritt 1995. Wien: Promedia

Hödl, Gerald (2006): In der Endlosschleife. Leitmotive der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit. In: Gomes, Bea de Abreu Fialho/ Maral-Hanak, Irmi/ Schicho, Walter (Hg.): Entwicklungszusammenarbeit. Akteure, Handlungsmuster und Interessen. Wien: Mandelbaum Verlag, 25-41

Höll, Otmar (1986):Österreichische Entwicklungshilfe 1970 -1983. Kritische Analyse und internationaler Vergleich. Wien: Braumüller

Höll, Otmar (2006): Entwicklungspolitik. In: Dachs, Herbert [u.a.] (Hg.): Politik in Österreich. Das Handbuch. Wien: Manz, 884-904

Huber, Gundula (1999): Betrachtung und Analyse kommunaler Partnerschaften. Diplomarbeit, Technische Universität Wien

Jankowitsch, Peter (2005): Österreichische Entwicklungszusammenarbeit. Gestern – Heute – Morgen. In: International, Nr.3-5, 22-27

Kanamüller, Ursula (1992): Solidaritätsarbeit: nutzlose Anstrengung? Möglichkeiten und Grenzen des Lernens in politischem Handeln am Beispiel der österreichischen Solidaritätsbewegung für Nicaragua (1979-1989). München/Wien: Profil

Kolland, Franz (1984): Der Beitrag der Dritte-Welt-Bewegung zur politischen Kultur Österreich – Wirkung und Einflussnahme auf die österreichische Entwicklungspolitik. In: ÖZP, Ausgabe 2, 165-182

Köhler, Peter(2005): Die schönsten Zitate der Politiker. Baden-Baden: Humboldt

Kramer-Fischer, Dorit (1988): Charakterisierung der Solidaritätsbewegung mit Lateinamerika. In: Zeitschrift für Lateinamerika, Ausgabe 35, 57-65

Krennerich, Michael (1995): Nicaragua. In: Nohlen, Dieter/Nuscheler, Franz: Handbuch der Dritten Welt. Band 3. 3. Auflage. Bonn: Dietz, 208-242

Krumwiede, Heinrich-Wilhelm (1992): Nicaragua. In: Waldmann, Peter/Krumwiede, Heinrich-Wilhelm (Hg.): Politisches Lexikon Lateinamerika. 3.neubearbeitete Auflage. München: Beck, 227-239

Küblböck, Karin (2011): Politische Ökonomie der Budgethilfe in Nicaragua. In: Journal für Entwicklungspolitik (JEP): Entwicklungsfinanzierung im Umbruch – Entwicklungsstaaten im Aufbruch? Ausgabe 27, Nr.2, Wien: Mandelbaum Verlag, 92-109

Lamnek, Siegfried (2005): Qualitative Sozialforschung. 4., vollst. überarbeitete Auflage. Weinheim: Beltz

Land OÖ (2011): Information zur Pressekonferenz mit Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer zum Thema „Schwerpunkte der OÖ. Entwicklungszusammenarbeit“. Linz

Langthaler, Richard (2002): Länderprofil Nicaragua. 3. überarbeitete Auflage. Wien: ÖFSE

Leonhard, Ralf (2010): Geschichte und Aktualität des Sandinismus. In: Schnipkowitz, Ivo/Schützhofer, Timm (Hg.): Der „neue Sandinismus“ in Nicaragua: Autoritärer Selbstbedienungsstaat oder neues Entwicklungsmodell? Working Papers 02/2010, OneWorld Perspectives, Universität Kassel, 11-17

Leonhard, Ralf (2011a): Daniel Ortega auf ewig. In: Südwind, Nr.9, 24-25

Leonhard, Ralf (2011b): Abschied aus Nicaragua. In: Südwind, Nr. 9, 25

Liebel, Manfred (2010): Die Bildungspolitik der Regierung Ortega. In: Schnipkowitz, Ivo/Schützhofer, Timm (Hg.): Der „neue Sandinismus“ in Nicaragua: Autoritärer Selbstbedienungsstaat oder neues Entwicklungsmodell? Working Papers 02/2010, OneWorld Perspectives, Universität Kassel, 78-86

Luger, Kurt (1986): Vom kritischen Bewusstsein zum solidarischen Handeln. Über den Zusammenhang von Öffentlichkeitsarbeit und entwicklungspolitischer Strategie. In: ÖZP, Ausgabe 2, 171-182

Mair, Anton (2006): Grundlagen und Funktionsweisen der österreichischen Ost- und Entwicklungszusammenarbeit. In: Gomes, Bea de Abreu Fialho/ Maral-Hanak, Irmi/ Schicho, Walter (Hg.): Entwicklungszusammenarbeit. Akteure, Handlungsmuster und Interessen. Wien: Mandelbaum Verlag, 125-144

Nicaragua-Komitee Wels (2008): Städtepartnerschaft Wels – Chichigalpa. Wels

Obrovsky, Michael (2006): „Von der Solidarität zur professionell verwalteten Wohltätigkeit“: Entwicklungspolitische NGOs in Österreich auf Identitätssuche. In: Gomes, Bea de Abreu Fialho/ Maral-Hanak, Irmi/ Schicho, Walter (Hg.): Entwicklungszusammenarbeit. Akteure, Handlungsmuster und Interessen. Wien: Mandelbaum Verlag, 249-270

OECD (2005): Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit. Paris: DAC

Oettler, Anika (2009): Gewalt und soziale Ordnung in Nicaragua. Baden-Baden: Nomos

Ostermann, Gudrun (2003): Die Bezeichnung "Schwerpunktland der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit" und ihre Bedeutung für Nicaragua. Diplomarbeit, Universität Wien

- Pilz, Brigitte (1983): Engagement für die Dritte Welt: Caritative Hilfestellung oder entwicklungspolitische Arbeit? In: ÖZS, 8.Jg., Ausgabe 2, 50-56
- Rehbogen, Alexander (2008): Internationale Entwicklungszusammenarbeit in Gemeinde. Rahmenbedingungen, Chancen und Möglichkeiten der österreichischen Gemeinden in der OEZA. Wien: Südwind-Verlag
- Schicho, Walter/ Nöst, Barbara (2006): Entwicklungsdiskurs und Praxis der EZA: Konzepte, Akteure und Widersprüche. In: Gomes, Bea de Abreu Fialho/ Maral-Hanak, Irmi/ Schicho, Walter (Hg.): Entwicklungszusammenarbeit. Akteure, Handlungsmuster und Interessen. Wien: Mandelbaum Verlag, 43-64
- Schulz, Christiane (2008): Zieht die Karawane weiter? Die deutsche Zivilgesellschaft und ihre Beziehungen zu Zentralamerika. In: Kurtenbach, Sabine (Hg.): Zentralamerika heute: Politik - Wirtschaft – Kultur. Frankfurt am Main: Vervuert, 815-830
- Schwanenflügel, Matthias von (1993): Entwicklungszusammenarbeit als Aufgabe der Gemeinden und Kreise. Berlin: Duncker & Humblot
- Slezak, Gabriele (2010): Länderinformation Nicaragua. 4. überarbeitete Auflage. Wien: ÖFSE
- Stachel, Günther (1996): Partnerwahl in der EZA – NGO oder Anders. Konkrete Erfahrungen auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene. In: Helmich, Henny/Bittner, Gerhard: Der Dritte Sektor in der Entwicklungspolitik. Zusammenarbeit zwischen Staat und Nicht-Regierungsorganisationen – NROs. ÖFSE Edition 4. Wien: ÖFSE
- Staten, Clifford L. (2010): The history of Nicaragua. Santa Barabra/Denver/Oxford: Greenwood Press
- Statz, Albert/ Wohlfarth, Charlotte (2010): Kommunale Partnerschaften und Netzwerke. Ein Beitrag zu einer transnationalen Politik der Nachhaltigkeit. Band 20 der Reihe Demokratie. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung
- Tvedt, Terje (2006): Understanding the History of the International Aid System and the Development Research Tradition: The Case of the Disappearing Religious NGOs. In: Forum for Development Studies, No.2, 341-366
- UN. (2011): The Millennium Development Goals Report 2011. New York: United Nations

UNDP (2011): Human Development Report 2011. Sustainability and Equity. A better future for all. New York: UNDP

Vanden, Harry E./ Prevost, Gary (2005): Politics of Latin America. The Power Game. 2. Auflage. Oxford: Oxford University Press

Walker, Thomas W. (1997): Nicaragua without illusions. Regime transition and structural adjustment in the 1990s. Wilmington: SR Books

Wex, Martin (1993): Organisation von Städtepartnerschaften. Diplomarbeit, Universität Innsbruck

Winkler, Barbara (2008): Städtepartnerschaften und ihre soziokulturellen Auswirkungen. Dissertation, Universität Graz

Onlinequellen:

ADA (2010): Geschäftsbericht 2010. Wien. In:
http://www.entwicklung.at/uploads/media/ada_geschaeftsbericht_2010_01.pdf [Zugriff: 2.1.2013]

ADA (2012): Länderinformation Nicaragua. Wien. In:
http://www.entwicklung.at/uploads/media/Laenderinfo_Nicaragua_Jan2012_01.pdf [Zugriff: 2.1.2013]

AECID (2011): Nicaragua. In:
http://www.aecid.es/galerias/cooperacion/por_Paises/descargas/nicaragua/Nicaragua.pdf
[Zugriff: 2.1.2013]

Agenda 21 (1992): Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung. In:
http://www.un.org/depts/german/conf/agenda21/agenda_21.pdf [Zugriff: 2.1.2013]

BCN (2011): Informe de Cooperación Oficial Externa 2010. In:
http://www.bcn.gob.ni/publicaciones/eventuales/informes_especiales/ICOE_2010.pdf
[Zugriff: 2.1.2013]

BMeiA/ADA (2007): NRO-Kooperation. Leitlinien der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit. Wien: OEZA. In: http://www.entwicklung.at/uploads/media/LL_NRO2007.pdf [Zugriff: 2.1.2013]

BMeiA/ADA (2008): OEZA-Bericht 2008. Regionen und Schwerpunktländer. Wien: OEZA. In: http://www.entwicklung.at/uploads/media/oeza_bericht_2008_03.pdf [Zugriff: 2.1.2013]

BMeiA/ADA (2011): Nicaragua Landesstrategie 2011-2013. Wien: OEZA. In: http://www.entwicklung.at/uploads/media/Landesstrategie_Nicaragua_2011-13.pdf [Zugriff: 2.1.2013]

BMeiA/ADA (2012): ODA-Bericht 2010. Wien: Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten Sektion VII. In: http://www.entwicklung.at/uploads/media/ODA-Bericht_2010_03.pdf [Zugriff: 2.1.2013]

BMeiA (2010): Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungspolitik 2010 bis 2012. Wien: BMeiA Sektion VII. In: http://www.entwicklung.at/uploads/media/3JP_2010-2012_06.pdf [Zugriff: 2.1.2013]

BMeiA (2011): Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungspolitik 2010 bis 2012. Aktualisierung 2011. Wien: BMeiA Sektion VII. In: http://www.entwicklung.at/uploads/media/3JP_2010-2012_Akt2011_04.pdf [Zugriff: 2.1.2013]

CEMR (2010): Welcome Pack. In: http://www.ccre.org/docs/CEMR_Welcome_Pack.EN.pdf [Zugriff: 2.1.2013]

Deutscher Städtetag (2011): Leitfaden für die Kommunale Entwicklungszusammenarbeit (KEZ). Berlin/Köln. In: http://www.rgre.de/fileadmin/redaktion/pdf/kez/2011_Leitfaden_kez.pdf [Zugriff: 2.1.2013]

Europäische Kommission (2007): Nicaragua Landesstrategiepapier. 2007-2013. In: http://eeas.europa.eu/nicaragua/csp/07_13_de.pdf [Zugriff: 2.1.2013]

Europäische Kommission (2008): Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen und Gebietskörperschaften als Akteure der Entwicklungszusammenarbeit. In: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2008:0626:FIN:DE:PDF> [Zugriff: 2.1.2013]

Globale Verantwortung (2010): Stellungnahme zum Dreijahresprogramm der Österreichischen Entwicklungspolitik 2010-2012. Wien. In: http://www.globaleverantwortung.at/images/doku/agglobaleverantwortung_stellungnahme_3y_programm_29nov2010.pdf [Zugriff: 2.1.2013]

IDB (2008): Nicaragua IDB: Country Strategy with Nicaragua 2008-2012. IDB. In: <http://idbdocs.iadb.org/wsdocs/getdocument.aspx?docnum=1875164> [Zugriff: 2.1.2013]

Kiczka, Raphael/Schmidt, Andrés (2008): Eine Diktatur fällt nicht vom Himmel. In: Lateinamerika Nachrichten, Ausgabe 413, November 2008. Im Internet abrufbar: <http://www.lateinamerikanachrichten.de/index.php?/artikel/2860.html> [Zugriff: 2.1.2013]

Köhle, Bernhard (2005): „Town Twinning“, „Jumelage“, „Kommunale Partnerschaften“. Ein Projekt der Universität für Weiterbildung Krems im Auftrag der Stadt Krems im Jahre 2005. Wissenschaftliche Aufarbeitung. Endbericht. Krems. In: <http://www.rm-austria.at/wartung/uploadmanager/dateiupload/Kommunale%20Partnerschaften%20700%20Jahre%20Krems.pdf> [Zugriff: 2.1.2013]

Lengert, Kristofer (2009): Solidarität zwischen den Fronten. In: Lateinamerika Nachrichten, Ausgabe 423/424, September/Oktober 2009. Im Internet abrufbar: <http://www.lateinamerikanachrichten.de/index.php?/artikel/3696.html> [Zugriff: 2.1.2013]

Leonhard, Ralf (2009): Ortega darf nochmal. In: Lateinamerika Nachrichten, Ausgabe 426, Dezember 2009. Im Internet abrufbar: <http://www.lateinamerikanachrichten.de/index.php?/artikel/3736.html> [Zugriff: 2.1.2013]

Massing, Armin/Krämer, Michael (2009): Nicaragua von der Revolution bis heute. In: Lateinamerika Nachrichten, Ausgabe 423/424, September/Oktober 2009. Im Internet abrufbar: <http://www.lateinamerikanachrichten.de/index.php?/artikel/3695.html> [Zugriff: 2.1.2013]

Obrovsky, Michael (2010): Finanzielle Gesamtleistungen an Entwicklungsländer und multilaterale Stellen. In: ÖFSE (Hg.): Krisen und Entwicklung. Österreichische Entwicklungspolitik – Analysen, Informationen, Wien: Südwind Verlag. Im Internet abrufbar: <http://www.oefse.at/Downloads/publikationen/oepol/OEPOL2010.pdf> [Zugriff: 2.1.2013]

Obrovsky, Michael/ Altmann, Stephanie (2010) : Zuschüsse privater Organisationen. In: ÖFSE (Hg.): Krisen und Entwicklung. Österreichische Entwicklungspolitik – Analysen, Informationen, Wien: Südwind Verlag. Im Internet abrufbar: <http://www.oefse.at/Downloads/publikationen/oepol/OEPOL2010.pdf> [Zugriff: 2.1.2013]

OECD (2008a): OECD DAC Statistics. A brief introduction. In: <http://www.oecd.org/dataoecd/32/0/43544160.pdf> [Zugriff: 2.1.2013]

OECD (2008b): Accra Agenda for Action. 3rd High Level Forum on Aid Effectiveness. Ghana. In: http://www.entwicklung.at/uploads/media/Accra_agenda_for_action.pdf [Zugriff: 2.1.2013]

OECD (2011a): Aid Effectiveness 2005-10: Progress in Implementing the Paris Declaration. In: http://www.aideffectiveness.org/busanhlf4/images/stories/hlf4/Progress_Since_Paris_Part_I.pdf [Zugriff: 2.1.2013]

OECD (2011b): Busan Partnership for Effective Development Co-operation. In: http://www.aideffectiveness.org/busanhlf4/images/stories/hlf4/OUTCOME_DOCUMENT_-_FINAL_EN.pdf [Zugriff: 2.1.2013]

Platforma (2010): The European voice of local and regional authorities for development. In: <http://www.platforma-dev.eu/files/upload/36/brochure-platforma-2010-en.pdf> [Zugriff: 2.1.2013]

Schapiro, Pierre (2007): Bericht über lokale Gebietskörperschaften und Entwicklungszusammenarbeit. (2006/2235(INI)). Brüssel: Europäisches Parlament. In: <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+REPORT+A6-2007-0039+0+DOC+PDF+V0//DE&language=DE> [Zugriff: 2.1.2013]

Schmidt, Andrés (2011): Wahlbetrug trotz bester Aussichten. In: Lateinamerika Nachrichten, Ausgabe 450, Dezember 2011. Im Internet abrufbar:

<http://www.lateinamerikanachrichten.de/index.php?/artikel/4194.html> [Zugriff: 2.1.2013]

Südwind (2011): Rechts und links. In: Südwind, Nr. 12, Dezember 2011. Im Internet abrufbar:

<http://www.suedwind-magazin.at/start.asp?ID=247073&rubrik=3&ausg=201112> [Zugriff: 2.1.2013]

UNDP (2012): Human Development Index. In: <http://hdr.undp.org/en/statistics/hdi/> [Zugriff: 2.1.2013]

Weiss, Sandra (2011): Betrugsvorwürfe nach Wahlsieg von Ortega. In: Der Standard:

<http://derstandard.at/1319182119428/Betrugsvorwuerfe-nach-Wahlsieg-von-Ortega> [Zugriff: 2.1.2013]

Witzel, Andreas (2000): Das problemzentrierte Interview. In: FQS - Forum Qualitative Sozialforschung/Forum: Qualitative Social Research, Volume 1, Nr.1. Im Internet abrufbar:

<http://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/1131/2518> [Zugriff: 2.1.2013]

World Bank (2007): Nicaragua - Country Partnership Strategy. Washington D.C.: The World Bank. In: World Bank 2007. In:

<http://documents.worldbank.org/curated/en/2007/10/9021342/nicaragua-country-partnership-strategy> [Zugriff: 2.1.2013]

Internetseiten – online:

ADA (2012) [Zugriff: 2.1.2013]:

a) Akteure. In: <http://www.entwicklung.at/akteure/ada/>

b) Akteure-ADA-Organisation. In: <http://www.entwicklung.at/akteure/ada/organisation/>

c) Akteure-BMeiA. In: <http://www.entwicklung.at/akteure/bmeia/>

d) Glossar. In: <http://www.entwicklung.at/glossar/>

e) Weitere öffentliche Akteure In: <http://www.entwicklung.at/akteure/weitere-oeffentliche-akteure/>

BMZ (2012): Dirk Niebel: Beschneiden staatliche Entwicklungszusammenarbeit mit Nicaragua. In:

http://www.bmz.de/de/presse/aktuelleMeldungen/2012/januar/20120117_pm_10_nicaragua/index.html [Zugriff: 2.1.2013]

CHICA Austria (2012) [Zugriff: 2.1.2013]:

a) Start – CHICA Österreich. In: <http://www.chica-austria.at/Start/HomePage>

b) About – Geschichte und Funktionen. In: <http://www.chica-austria.at/Start/About>

CHICA Nicaragua (2010) [Zugriff: 2.1.2013]:

a) Geschichte. In:

http://www.chica.org.ni/j/index.php?option=com_content&view=article&id=2&Itemid=5&lang=de

b) Philosophie. In:

http://www.chica.org.ni/j/index.php?option=com_content&view=article&id=11&Itemid=22&lang=de

c) Ziele und Resultate. In:

http://www.chica.org.ni/j/index.php?option=com_content&view=article&id=11&Itemid=22&lang=de

CHICA Nicaragua (2011): Personal. In:

http://www.chica.org.ni/j/index.php?option=com_content&view=article&id=4&Itemid=4&lang=de [Zugriff: 2.12.2012]

CIA (2012): The World Factbook. Nicaragua. In:

<https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/nu.html> [Zugriff: 2.12.2012]

Das österreichische Nachhaltigkeitsportal (2010): Lokale Agenda 21 in Österreich.

www.nachhaltigkeit.at/article/articleview/69139/1/25663/ [Zugriff: 2.12.2012]

Klimabündnis Europa (2012):

<http://www.klimabuendnis.at/start.asp?ID=222102&b=870&b2=&am=> [Zugriff: 2.12.2012]

KOO (2012): Koordinierungsstelle der österreichischen Bischofskonferenz – Mitglieder In:

<http://www.koo.at/index.php?id=20> [Zugriff: 2.1.2013]

OECD (2012) [Zugriff: 2.1.2013]:

a) About DAC and ODCD. In:

http://www.oecd.org/department/0,2688,en_2649_33721_1_1_1_1_1,00.html

b) Development Assistance Committee (DAC) In:

http://www.oecd.org/document/1/0,3746,en_2649_33721_46662849_1_1_1_1,00.html

c) ODA-Zahlen 2011: Weniger Finanzmittel für Entwicklungsländer. In:

http://www.oecd.org/document/55/0,3746,de_34968570_35008905_44985335_1_1_1_1,00.html

d) Aid Statistics, Recipient Aid at a glance. Nicaragua. In:

<http://www.oecd.org/dataoecd/38/34/1888464.gif>

e) DACref Reference Total Net ODA. In:

http://stats.oecd.org/Index.aspx?DatasetCode=REF_TOTALODA#

ÖFSE (2012) [Zugriff: 2.1.2013]:

a) Akteure – Öffentliche Stellen und Organisationen – Parlament. In:

<http://www.eza.at/index1.php?menuid=3&submenuid=212>

b) Akteure - Öffentliche Stellen und Organisationen. In:

<http://www.eza.at/index1.php?menuid=3&submenuid=55>

c) Akteure – Öffentliche Stellen und Organisationen – BMeiA. In:

<http://www.eza.at/index1.php?menuid=3&submenuid=54>

d) Akteure – EZA-Organisationen – Überblick. In:

<http://eza.at/index1.php?menuid=3&submenuid=59>

e) Grundlagen der EZA – Private EZA in Österreich. In:

<http://eza.at/index1.php?menuid=1&submenuid=21>

f) Datenbank. In: <http://www.eza.at/search2.php?tar=p>

Österreichischer Gemeindebund (2012):

<http://www.gemeindebund.at/content.php?m=2&sm=7&PHPSESSID=7e84d2a545f1276bc322c0bc6451eacc> [Zugriff: 2.1.2013]

RGRE (2012): Datenbank der kommunalen Partnerschaften. In:

<http://www.rgre.de/partnerschaften.html> [Zugriff: 2.1.2013]

Stadt Wels (2012): GR-Wahlen Ergebnisse. Politik, Gemeinderat, Bürgermeister, Wahl, Wahlen. In:

http://www.wels.at/wels/page/679995597123214884_680219644360648791~680469786477202392~698072219735000358~693243923583255516_693243923583255516.de.html

[Zugriff: 2.1.2013]

Twinning (2012a): A quick overview. In: <http://www.twinning.org/en/page/a-quick-overview.html>

[Zugriff: 2.1.2013]

Twinning (2012b): A quick overview. In: <http://int.twinning.org/en/page/a-quick-overview.html>

[Zugriff: 2.1.2013]

United Cities and Local Governments (2012): About us. In: <http://www.cities-localgovernments.org/sections.asp>

[Zugriff: 2.1.2013]

USAID (2012): Nicaragua. In: <http://www.usaid.gov/where-we-work/latin-american-and-caribbean/nicaragua>

[Zugriff: 2.1.2013]

World Bank (2012): Nicaragua. In: <http://www.worldbank.org/en/country/nicaragua> [Zugriff:

2.1.2013]

World dataBank (2012): World Development Indicators (WDI) & Global Development

Finance (GDF) In: <http://databank.worldbank.org> [Zugriff: 2.1.2013]

Rechtsquellen:

EZA-Gesetz (2003): Entwicklungszusammenarbeitsgesetz inklusive EZA-Gesetz-Novelle 2003.

Interviews und Gespräche¹⁸:

Interview Dr. Peter Koits, am 5.10.2012 in Wels

Interview Mag. Werner Retzl, am 4.10.2012 in Wels

Interview Mag. Robert Zeiner, am 13.11.2012 in Wien

Gespräch mit Luz Marina Aragon und Elmer Gomez (ASDECOSI) am 24.8.2011 in Chichigalpa

¹⁸ Alle Transkripte der Interviews können auf Anfrage zugesendet werden.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1 Hauptbestandteile der österreichischen ODA 2010	31
Abbildung 2 Entwicklung der österreichischen Gesamt-ODA 2006-2010.....	32
Abbildung 3 Gesamt empfangene ODA (in Mio. US\$) Nicaragua	70
Abbildung 4 Top 10 ODA (brutto) Hauptgeber.....	71
Abbildung 5 Österreichische ODA an Nicaragua, 1980-1990 in Mio. US\$.....	75
Abbildung 6 Österreichische ODA in Mio. US\$, 1991-2010	81
Abbildung 7 Österreichische ODA an Nicaragua 2008-2010.....	82

Abkürzungsverzeichnis

ADA	Austrian Development Agency
ALBA	Alianza Bolivariana para los Pueblos de Nuestra América
ALN-PC	Alianza Nicaragüense
ARGE	Arbeitsgemeinschaft
ASDECOSI	Asociación para el desarrollo comunal con la solidaridad internacional
AU	Afrikanische Union
BCN	Banco Central de Nicaragua
BMeiA	Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten
BMF	Bundesministerium für Finanzen
BMI	Bundesministerium für Inneres
BMUKK	Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
BNE	Bruttonationaleinkommen
BNP	Bruttonationalprodukt
CAFTA	Central American Free Trade Agreement
CARICOM	Caribbean Community
CEMR	Council of European Municipalities and Regions
CHICA	Coordinación de Hermanamientos e Iniciativas de Cooperación Austriaca
CPC	Consejos de Participación Ciudadana
DAC	Development Assistance Committee
ECOWAS	Economic and Social Council, Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen
EEF	Europäischen Entwicklungsfonds
ERCERP	Estrategia reforzada de crecimiento económico y reducción de pobreza
EU	Europäische Union
EU-CSP	Community Stabilisation Programme
EZA	Entwicklungszusammenarbeit
EZA-G	Entwicklungszusammenarbeitsgesetz
FED	Fondo de Equidad de Género y Derechos Sexuales y Reproductivos
FONSALUD	Fondo de Apoyo al Sector Salud

FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs
FSLN	Frente Sandinista de Liberación Nacional
GPP	Guerra Popular Prolongada
GTZ	Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit
HDI	Human Development Index
HIPC	Highly Indebted Poor Countries
ICIMOD	International Centre for Integrated Mountain Development
IDA	International Development Association
IDB -	American Development Bank
IUL	Internationale Bürgermeisterunion
JEP	Journal für Entwicklungspolitik
KDZ	Kommunalwissenschaftliche Dokumentationszentrum ; Zentrum für Verwaltungsforschung
KMU	Klein- und Mittelunternehmen
LDCs	Least Developed Countries
MDG	Millennium Development Goals
MINREX	Ministerio de Relaciones Exteriores
MRS	Movimiento de Renovación Sandinista
NGO	Non-Governmental Organisation
NRO	Nichtregierungsorganisation
NPO	Nonprofit-Organisation
ODA	Official Development Assistance
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
OeEB	Oesterreichische Entwicklungsbank
OEZA	Österreichische Entwicklungszusammenarbeit
OOF	Other Official Flows / Sonstige öffentliche Leistungen
OÖ	Oberösterreich
ÖED	Österreichischer Entwicklungsdienst
ÖFSE	Österreichische Forschungstiftung für Internationale Entwicklung
ÖSKN	Österreichisches Solidaritätskomitee für Nicaragua
ÖVP	Österreichische Volkspartei
PLC	Partido Liberal Constitucionalista
PNDH	Plan Nacional de Desarrollo Humano
PRORURAL	Política y Estrategia para el desarrollo Rural Productiva

PRSP	Poverty Reduction Strategy Paper
RAAN	Región Autónoma Atlántico Norte
RGE	Rat der Gemeinden Europas
RGRE	Rat der Gemeinden und Regionen Europas
SADC	Southern African Development Community
SICA	Sistema de la Integración Centroamericana
SPÖ	Sozialdemokratische Partei Österreichs
UCLG	United Cities & Local Governments
UNCED	United Nations Conference on Environment and Development
UNDP	United Nations Development Programme
UNO	Unión Nacional Opositora
UNO	United Nations Organisation
UN/VN	United Nations/Vereinte Nationen

Abstract

Städtepartnerschaften werden spätestens seit den 1980er Jahren als Instrument der Entwicklungszusammenarbeit (EZA) betrachtet. Auch in Österreich sind seit den 1980er Jahren einige Städtepartnerschaften mit Städten des globalen Südens entstanden. Eine Vielzahl dieser gibt es vor allem mit Städten in Nicaragua. Diese sind meist im Zuge der Solidaritätsbewegung mit der sandinistischen Revolution gegründet worden und bestehen bis heute. Auch die Aufnahme Nicaraguas in die Liste der Schwerpunktländer der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (OEZA) steht in engem Zusammenhang mit der Solidaritätsbewegung mit Nicaragua. Mit dem Jahr 2013 wird jedoch Nicaragua von der Liste der Schwerpunktländer der OEZA gestrichen und die bilaterale Zusammenarbeit zwischen Österreich und Nicaragua beendet.

Vor diesem Hintergrund werden einerseits Städtepartnerschaften als Beispiel kommunaler EZA untersucht und analysiert welchen Beitrag Städtepartnerschaften zur EZA in Österreich leisten. Dazu bedarf es einer Darstellung von Theorien über kommunale EZA im Allgemeinen sowie über Städtepartnerschaften. Es wird versucht, Definitionen für die Begriffe kommunale EZA und Städtepartnerschaft zu finden, jedoch auch erkannt, dass diese vielfältig sind und nicht einer einheitlichen Kategorisierung unterzogen werden können. Ein ausgewähltes Beispiel, nämlich die Städtepartnerschaft Wels – Chichigalpa, dient schließlich als praktisches Exempel für eine solche Form der kommunalen EZA. Mittels qualitativer Interviews werden Fakten und Erkenntnisse über diese Städtepartnerschaft gewonnen. Ein Fokus wird auf die Vorteile und Nachteile kommunaler EZA und ihr Zutreffen auf die untersuchte Städtepartnerschaft gelegt, wodurch ihr Beitrag zur EZA sichtbar gemacht werden kann. Andererseits wird der Frage nachgegangen, in welchem Verhältnis die kommunale EZA zur staatlichen EZA steht. Dies wird anhand des Rückzugs der OEZA aus Nicaragua deutlich gemacht. Interessant dabei ist, inwieweit diese „politische Entscheidung“ Auswirkungen auf die Städtepartnerschaften haben wird oder ob sie durch ihre Unabhängigkeit und Autonomie in keiner Weise von dieser Entscheidung berührt werden. Es wird ein kurzer Überblick über die OEZA im Allgemeinen gegeben sowie speziell die OEZA mit Nicaragua thematisiert. Sowohl die Entstehungsgeschichte als auch aktuelle Tendenzen und Gründe für die Entscheidung, Nicaragua als Schwerpunktland zu streichen, werden erläutert. Die Städtepartnerschaft Wels – Chichigalpa zeigt folglich, dass zwar Abhängigkeiten zur staatlichen EZA bestehen, diese jedoch das Funktionieren und Fortbestehen der Städtepartnerschaft nicht wesentlich beeinträchtigen.

Abstract (english)

Since the 1980's, Town Twinning (Twinning are partnerships between two cities of two different countries), are recognized as instruments of development assistance. Currently, there are several Twinning and Sister Cities, between cities in Austria and various developing countries. Many of these partner cities are located in Nicaragua; most developed because of the Solidarity Movement with the revolution of Sandinistas. Most still exist. Since 1992, Nicaragua has been designated as a priority country of the Austrian Development cooperation, which was also influenced by the Solidarity Movement. However, in 2013, Nicaragua will no longer be a part of the key regions and priority countries, and the bilateral aid will be stopped.

Based on this background, this thesis intends to examine Twinning as types or forms of communal development cooperation, and their contribution specifically to Austrian development cooperation. First, it is important to give an overview of theories about communal development cooperation, in general, and especially about Twinning. The goal will be to find definitions for the terms: "Communal Development Cooperation" and "Twinning"; however, it must be recognized that each one is complex and unique. For this reason, they can not easily be homogeneously categorized. A specific example of a communal development cooperation, the Twinning between Wels and Chichigalpa, will be investigated. Using qualitative interviews, data and findings will be collected about this Twinning. The focus will be on advantages and disadvantages of communal development cooperation, and how these apply for this specific examined Twinning. This will demonstrate the impact on development cooperation.

Additionally, this thesis tries to show the relationship between communal development cooperation and national development cooperation. The end of bilateral aid for Nicaragua serves as an example to demonstrate this relationship. In this case, it is interesting to see what impact this political decision has on Twinning with Nicaraguan cities, or whether they are not affected because of their independence of interests, or their autonomy. It will be necessary to give an overview of the Austrian Development Cooperation, and especially of the Austrian Development Cooperation with Nicaragua. This will require a summary of the history of how this cooperation developed, as well as the presentation of the recent developments and trends, such as the reasons for cutting back the bilateral aid for Nicaragua. Therefore, the Twinning of Wels – Chichigalpa demonstrates that there are dependencies on national development policy, but these dependencies do not substantially affect their work and consistency.

Lebenslauf

Persönliche Daten:

Name: Alexandra Humer, BA
Geburtsdatum: 16.9.1988
Geburtsort: Wels
Staatsbürgerschaft: Österreich

Bildung:

Seit 2007: Universität Wien Internationale Entwicklung
2007-2010: Universität Wien Politikwissenschaft (BA - abgeschlossen)
2006-2007: Universität Salzburg (Portugiesisch/Spanisch)
2000-2006: BG/BRG Dr. Schauerstraße Wels
1998-2000: Stiftsgymnasium Kremsmünster
1994-1998 : Volksschule Thalheim bei Wels

Berufserfahrung:

2008-2013: Tätigkeit in der Fachbereichsbibliothek Soziologie und
Politikwissenschaft der Universität Wien
2012: Praktikum bei NPH Österreich (3 Monate)
2011: Transkriptionsarbeiten an der Universität Wien
2009: Praktikum beim Österreichischen Kulturforum in New York
(2 Monate)
2006-2007: Aushilfsbürokrant bei Rechtsanwaltskanzlei Mairhofer/Gradl
2005/2006: Feriarbeit bei EC Logistik und Tribune (Boutique)

Besondere Kenntnisse und Fähigkeiten:

Englisch und Spanisch (sehr gute Kenntnisse); Portugiesisch (Grundkenntnisse)
Microsoft Office (sehr gute Kenntnisse); Photoshop (Grundkenntnisse)
Auslandserfahrung: Chile – 6 Monate (2004); New York – 2 Monate (2009); Nicaragua – 5
Wochen (2011)